

UNIVERSITÄT GREIFSWALD
LEHRSTUHL FÜR POLITISCHE THEORIE UND IDEENGESCHICHTE
INSTITUT FÜR POLITIK- UND KOMMUNIKATIONSWISSENSCHAFT



POLITIK
DEMOKRATIE

LAURA NIEMANN

**DIE NPD IM LANDTAG
VON MECKLENBURG-
VORPOMMERN**

IHRE PARLAMENTSARBEIT IM
ERSTEN JAHR

DEMOKRATIEPOLITIK -

POLITIKWISSENSCHAFTLICHE
ARBEITSPAPIERE AUS DEM
ARBEITSBEREICH POLITISCHE
THEORIE UND
IDEENGESCHICHTE

HEFT 4

ISBN 3-86006-309-X
ISSN 978-3-86006-309-5

GREIFSWALD 2008

Laura Niemann

DIE NPD IM LANDTAG VON MECKLENBURG-VORPOMMERN
IHRE PARLAMENTARBEIT IM ERSTEN JAHR

DEMOKRATIEPOLITIK -

POLITIKWISSENSCHAFTLICHE ARBEITSPAPIERE AUS DEM
ARBEITSBEREICH POLITISCHE THEORIE UND IDEENGESCHICHTE

HEFT 4

GREIFSWALD 2008

IMPRESSUM

TITELANGABE

Laura Niemann 2008: „Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Ihre Parlamentsarbeit im ersten Jahr“

(DemokratiePolitik – Politikwissenschaftliche Arbeitspapiere aus dem Arbeitsbereich Politische Theorie und Ideengeschichte; Heft 4). Greifswald: Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte, Universität Greifswald.

ISBN 3-86006-309-X

ISSN 978-3-86006-309-5

HERAUSGEBER

Prof. Dr. Hubertus Buchstein

Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte
Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft
Universität Greifswald

REDAKTION

Jenny Bogitzky

Michael Hein

BEZUGSMÖGLICHKEIT

Universität Greifswald
Philosophische Fakultät
Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft
Baderstr. 6/7
17487 Greifswald
Tel. +49(0)3834 86-3150
Fax +49(0)3834 86-3153
E-mail powi@uni-greifswald.de

DRUCK

CP-Büroausstatter Greifswald

© UNIVERSITÄT GREIFSWALD, INSTITUT FÜR POLITIK- UND
KOMMUNIKATIONSWISSENSCHAFT, LEHRSTUHL FÜR POLITISCHE THEORIE UND
IDEENGESCHICHTE

Mit dem Einzug der NPD in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern im September 2006 hat sich das politische Klima innerhalb und außerhalb des Landesparlaments in unserem Bundesland deutlich verändert. Nicht nur, daß den Rechtsextremen seitdem deutlich mehr öffentliche Aufmerksamkeit zuteilwird – und dies in aller Regel nicht zu ihrem Vorteil –, sondern auch die demokratischen Parteien sehen sich stärker als zuvor gefordert, einen die Bürger überzeugenden Weg im Umgang mit rechtsextremistischen Akteuren zu finden.

Die Reaktionen in den letzten beiden Jahren auf den Rechtsextremismus im Land sind vielfältiger Art und decken das gesamte Spektrum ab, das einer streitbaren Demokratie im Umgang mit ihren Feinden zur Verfügung steht: die Stärkung der Politischen Bildung, die Förderung lokaler zivilgesellschaftlicher Netzwerke, die Information und Unterstützung lokaler Akteure wie freiwilliger Feuerwehren und Sportvereine bis hin zu repressiven Maßnahmen durch Verbote von Veranstaltungen und den sogenannten ‚Extremistenerlass‘ des Innenministeriums. Die Entwicklung in den letzten beiden Jahren hat gezeigt, daß die konkrete Auseinandersetzung mit den Rechtsextremisten vor Ort durchaus demokratische Früchte trägt. Denn die zeitweilig in der Presse befürchteten (und von den Rechtsextremisten vollmundig bejubelten) Szenarien, wonach ganze Regionen im Land inklusive der häufig zitierten ‚Mitte der Gesellschaft‘ ins rechtsextremistische Fahrwasser abdriften, haben sich nicht bestätigt. Ganz so wehrlos haben sich die Demokraten dann doch nicht erwiesen. Zum entspannten Jubeln besteht allerdings kein Grund; eher zur Einsicht, dass die politische Auseinandersetzung mit den Rechtsextremisten die Demokraten in diesem Bundesland noch eine Weile beschäftigen wird.

Nach dem Einzug der NPD in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern gibt es mittlerweile in vier Bundesländern Rechtsextremisten in Landesparlamenten. In Bremen (mit einer Unterbrechung seit 1987) und in Brandenburg (seit 1999) ist es die DVU, in Sachsen (seit 2004) und in Mecklenburg-Vorpommern die NPD. Für die NPD ist Ostdeutschland zum wichtigsten Betätigungsfeld geworden und mit den Ressourcen, die die beiden Landtagsvertretungen bieten, hält sich die Partei derzeit im wesentlichen am Laufen. Doch unabhängig von dieser strategischen Bedeutung, die die Mitgliedschaft in Landtagen für die Partei bietet: Wie nutzen die Abgeordneten und Mitarbeiter der NPD ihre neuen parlamentarischen Arbeitsmöglichkeiten in Mecklenburg-Vorpommern und was konkret leistet die Partei?

Dies sind die Fragen, denen Laura Niemann in dieser Studie nachgeht. Gestützt auf eine Auswertung der einschlägigen Parlamentsdokumente, auf Beobachtungen von Landtagssitzungen sowie Interviews mit Beteiligten aller politischen Parteien im Landtag präsentiert sie eine faktenreiche und detaillierte

VORWORT

Beschreibung der Arbeit der NPD in ihrem ersten parlamentarischen Jahr in Mecklenburg-Vorpommern. Die Einbettung ihrer Studie in einen Vergleich mit der Tätigkeit rechtsextremistischer Parteien in anderen – gegenwärtigen und vormaligen – Landtagen der Bundesrepublik erweist sich dabei als besonders instruktiv. Denn Laura Niemann kann zum einen zeigen, dass die Arbeit der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern vergleichsweise professionell und gut organisiert geleistet wird; sie kann zum anderen aber auch zeigen, dass es den demokratischen Parteien im Landtag bislang vergleichsweise gut gelungen ist, die Provokationsstrategie der NPD ins Leere laufen zu lassen ohne dabei auf die inhaltliche politische Auseinandersetzung zu verzichten. Nicht nur die NPD, sondern auch die demokratischen Parteien haben in den letzten beiden Jahren dazugelernt.

Es ist eine zufällige Fügung, dass genau zeitgleich mit der Studie von Laura Niemann zwei weitere Arbeiten zum Thema Rechtsextremismus in Parlamenten erscheinen. Zum einen das von Mathias Brodkorb und Volker Schlotmann (im Namen der Landtagsfraktion der SPD) herausgegebene Buch ‚Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern‘, und zum anderen die Broschüre ‚Nazis in den Parlamenten‘, herausgegeben von Milan Horacek und Sebastian Striegel (im Namen der Grünen Fraktion im EU-Parlament). Diese Publikationen bieten zusammen mit der detaillierten Studie von Laura Niemann ein facettenreiches Bild der Tätigkeit von Rechtsextremisten in Parlamenten und liefern eine gute Faktenbasis für demokratische Gegenstrategien.

Greifswald im Mai 2008, Hubertus Buchstein

LAURA NIEMANN

DIE NPD IM LANDTAG VON MECKLENBURG-VORPOMMERN
 IHRE PARLAMENTSARBEIT IM ERSTEN JAHR

1. Einleitung	7
2. Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands	9
3. Rechtsextreme Parteien in Landtagen der Bundesrepublik Deutschland	17
4. Die Aussagen der NPD zur Landtagswahl 2006	30
5. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern	35
6. Schlussbemerkungen	88
7. Literatur- und Quellenverzeichnis	90
8. Abkürzungsverzeichnis	96

1. EINLEITUNG

Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 17. September 2006 wurde die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) mit einem Stimmenanteil von 7,3 Prozent und sechs Abgeordneten in das Schweriner Parlament gewählt. Zwei Jahre zuvor hatte die Partei bei der Landtagswahl in Sachsen 9,2 Prozent der Stimmen erzielt und war mit zwölf Abgeordneten zum ersten Mal seit 1968 wieder in einen Landtag eingezogen. Das Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern wurde von der NPD frenetisch gefeiert. Es beweise, daß der Erfolg in Sachsen keine Eintagsfliege sei und auch ohne „zentrales Aufregerthema“, wie die Debatte um Hartz IV, die bei der Wahl in Sachsen eine große Rolle gespielt hatte, von der Partei jederzeit wiederholt werden könne, so der Dresdner Landtagsabgeordnete der NPD und Mitglied des Bundesvorstandes der Partei, Jürgen Gansel.¹ Der Parteivorsitzende Udo Voigt sah in dem Einzug der NPD in den Schweriner Landtag einen „strategischen Gewinn“, der den „psychologischen Druck“ von der Landtagsfraktion in Sachsen nehmen werde.²

Nachdem die NPD inzwischen ein Jahr im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern vertreten ist, wird hier eine detaillierte Analyse der

¹ http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=535, 5. Juni 2007.

² „NPD mit Deutschlandpakt voran!“ In: Deutsche Stimme, Oktober 2006, S. 2.

Arbeit der Fraktion während des ersten Jahres der Legislaturperiode geliefert werden. Die Untersuchung gliedert sich in zwei Teile. Der erste Teil umfaßt drei Kapitel. Um zu beleuchten, welche Grundpositionen die NPD vertritt und welchen Stellenwert sie parlamentarischer Arbeit innerhalb ihrer aktuellen Strategie beimißt, wird in Kapitel 2 mit einer Darstellung der Organisationsstruktur, der Programmatik und der strategischen Ansätze der NPD begonnen. In Kapitel 3 werden Untersuchungen über das Agieren bisheriger Landtagsfraktionen rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik sowie die Reaktion der jeweiligen anderen Fraktionen ausgewertet. Somit wird die Arbeit der Schweriner NPD-Fraktion mit diesen vergleichbar und es kann festgestellt werden, ob eine gewisse parlamentarische Tradition rechtsextremer Parteien in Landtagen existiert. Dabei wird gesondert auf die Fraktionen der NPD in den 1960er Jahren, die Landtagsfraktionen der Deutschen Volksunion (DVU) und der Republikaner, sowie auf die Fraktion der NPD in Sachsen eingegangen. Abschließend wird in einem kurzen Fazit versucht charakteristische Merkmale rechtsextremer Landtagsfraktionen zu formulieren. Kapitel 4 beleuchtet die Aussagen der NPD während des Wahlkampfes 2006 in Mecklenburg-Vorpommern, um den eigenen Anspruch der Partei an ihre Arbeit im Landtag darzustellen. Diese drei Kapitel bilden den Hintergrund für die Analyse der Arbeit der NPD im Schweriner Landtag, die den zweiten Teil dieser Betrachtung ausmacht. Dieser beginnt mit einer Vorstellung der Abgeordneten der NPD und ihrer Mitarbeiter. Danach wird das Agieren der Fraktion in der konstituierenden Sitzung des Landtages, im Plenum, die Arbeit der Abgeordneten in den Ausschüssen, sowie Anzahl, Art und Themenschwerpunkte der parlamentarischen Initiativen der Fraktion dargestellt. Die Öffentlichkeitsarbeit und die außerparlamentarischen Aktivitäten der NPD werden in einem weiteren Abschnitt beschrieben, bevor das Agieren der Partei im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ausgewertet wird.

Der Untersuchungszeitraum dieser Analyse reicht von der konstituierenden Sitzung des Landtages am 16. Oktober 2006 bis zur Sommerpause des Parlaments im Juli 2007. In einigen Fällen wurden jedoch auch wichtige Vorkommnisse, die sich bis zum November 2007 ereignet haben, berücksichtigt.

Als Quellen dienen in Kapitel 2 neben der Analyse der Fachliteratur das Wahl- sowie das Aktionsprogramm der NPD und weitere Verlautbarungen der Partei. Während in Kapitel 3 auf Untersuchungen bisheriger Landtagsfraktionen zurückgegriffen wird, sind in Kapitel 4 das Aktionsprogramm der NPD in Mecklenburg-Vorpommern zur Landtagswahl 2006, Flugblätter sowie Äußerungen ihrer Kandidaten bzw. Abgeordneten wichtige Quellen. Mit Hilfe einer Dokumentenanalyse wurden für die Darstellung der Landtagsarbeit der Partei 22 Plenarprotokolle sowie sämtliche im Untersuchungszeitraum von der NPD in

den Landtag eingebrachten parlamentarischen Initiativen ausgewertet. Außerdem wurden mehrere Plenarsitzungen des Landtages besucht, sowie ein Leitfadeninterview mit dem Fraktionsvorsitzenden der NPD, Udo Pastörs, geführt. Um die Sichtweise der anderen Fraktionen auf die Arbeit der NPD zu beleuchten, wurden Interviews mit jeweils einem Abgeordneten der übrigen vier Parteien geführt. Weitere wichtige Quellen sind die Internetseite der Landespartei sowie der Fraktion der NPD, andere Veröffentlichungen wie etwa die Fraktionszeitung oder ihre Mitteilungsblätter, Zeitungsartikel der regionalen wie der überregionalen Presse und die Internetseite „Endstation Rechts“, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, über die Arbeit der NPD im Schweriner Landtag zu informieren.

2. DIE NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

Im folgenden werden die aktuellen organisatorischen, programmatischen und strategischen Grundpositionen der NPD erläutert. In der Analyse der Arbeit der Schweriner NPD-Fraktion wird im 5. Kapitel zu untersuchen sein, inwiefern die Grundpositionen der Partei im Landtag ihren Niederschlag finden.

2.1 Organisation

Die NPD – am 28. November 1964 als nationale Sammlungsbewegung mit dem Ziel, alle extremen rechten Gruppen unter dem Dach einer Partei zu vereinen, in Hannover gegründet – ist die älteste zurzeit agierende, ehemals erfolgreichste und einst mitgliederstärkste rechtsextreme Partei der Bundesrepublik. Auf dem Höhepunkt ihrer bisherigen Geschichte Ende der 1960er Jahre hatte sie 28.000 Mitglieder und war in sieben Landesparlamenten vertreten.³ Nach einer langen „Durststrecke“ als rechtsextreme Splitterpartei befindet sie sich seit Mitte der 1990er Jahre wieder im Aufwind. Mit einer Zahl von bundesweit 7.000 Mitgliedern hat sie die Republikaner (6.000) überflügelt und ist an die DVU (8.500), die kontinuierlich an Zuspruch verliert, herangerückt.⁴ Der Anstieg der Mitgliederzahlen kommt insbesondere durch den Beitritt von jungen Neonazis aus den ostdeutschen Bundesländern zustande, die vielfach in sogenannten „Freien Kameradschaften“ zusammengeschlossen sind.⁵ Ebenfalls dient die NPD seit Anfang der 1990er Jahre als Auffangbecken von Mitgliedern verbotener rechtsextremer Organisationen. Schon unter dem Vorsitzenden Günter Deckert, aber besonders seit 1996 unter dem Parteichef Udo Voigt, wird die Öffnung der Partei für diese Kräfte gezielt betrieben. Dabei hat die NPD, wie bei öffentlich-

³ Kailitz 2005: 13.

⁴ Bundesministerium des Innern 2007: 51.

⁵ Zu den Freien Kameradschaften vgl. Röpke/Speit 2005 sowie Grumke/Wagner 2002: 391-397.

keitswirksamen Aufmärschen demonstriert, nicht nur ihr Erscheinungsbild stark verändert, sondern sich auch programmatisch radikalisiert.⁶

2.2 Programmatik

Die heutige Programmatik der NPD hat mit jener der 1960er Jahre nur noch wenig gemein. Damals vertrat sie antikommunistische und deutschnationale Standpunkte. Enthielt das erste Parteiprogramm von 1967 noch ein formales Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung, wird in dem 1996 verabschiedeten und bis heute gültigen Programm dieser Punkt bewußt offen gelassen. In anderen Verlautbarungen positioniert sich die Partei dagegen sehr eindeutig. In einem Interview der Berliner Zeitung mit Udo Voigt gibt der Vorsitzende beispielsweise ganz unverblümt zu, daß die Partei die Bundesrepublik „abwickeln“ möchte.⁷ An anderer Stelle schreibt er: „Die NPD wird nicht versuchen, ein paar Krankheitssymptome des Systems oberflächlich zu kurieren. Wir Nationaldemokraten werden die Probleme an der Wurzel packen.“⁸ Aus diesem Grund wird die NPD vom Verfassungsschutz nicht als „rechtsradikal“, sondern als „rechtsextrem“ charakterisiert, da sie sich mit ihrem Ziel, die Bundesrepublik zu überwinden, außerhalb des demokratischen Grundkonsenses stellt.⁹ Die NPD selbst möchte sich auf der klassischen Links-Rechts-Achse der Parteien gar nicht einordnen, sondern steht nach ihrem Selbstverständnis allen anderen Parteien als Alternative gegenüber.¹⁰ Hauptsächlich wegen der programmatischen, aber auch der organisatorischen Radikalisierung unter Voigt, wurde die Forderung nach einem Verbot der NPD laut. Im Jahre 2001 wurden von allen drei dazu berechtigten Verfassungsorganen – der Bundesregierung, dem Bundestag und dem Bundesrat – Verbotsanträge beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Im Laufe des Verfahrens stellte man fest, daß unter den als Zeugen geladenen NPD-Funktionären Personen waren, die für den Verfassungsschutz arbeiten. Die ungeklärte Rolle dieser „V-Männer“ in der Partei stellte nach Meinung des Gerichts ein nicht behebbares Verfahrenshindernis dar, so daß das Verfahren 2003 eingestellt wurde. Die Partei erhielt dadurch jedoch kein Plazet der Verfassungsmäßigkeit, da das Bestreben, die NPD zu verbieten, bereits aus

⁶ Pfahl-Traugher 2002: 32.

⁷ „Man investiert wieder in die NPD“, in: Berliner Zeitung, 29. Oktober 2004, S. 6.

⁸ Voigt 1999: 473.

⁹ Zur Geschichte und Problematik des Begriffes „Rechtsextremismus“ vgl. Butterwegge 2002: 18-22.

¹⁰ Voigt 1999: 472.

formalen Gründen scheiterte und über ihre Verfassungsfeindlichkeit letztlich nicht befunden werden konnte.¹¹

Das „Wohl des Volkes“ steht im Mittelpunkt aller Überlegungen der NPD. Es wird über das Wohl der Individuen gestellt. So werden etwa die im Grundgesetz verankerten Grundrechte jedes Einzelnen an einer Stelle von der Partei als „Menschenrechtstümelei“ diffamiert.¹² Daß die NPD fundamentale Werte der Verfassung der Bundesrepublik ablehnt, wird schon im ersten Punkt ihres Parteiprogramms deutlich. Dort heißt es: „Volkstum und Kultur sind die Grundlage für die Würde des Menschen“.¹³ Die Menschenwürde ergibt sich also nicht, wie im Grundgesetz, aus der individuellen Menschlichkeit, sondern benötigt als Voraussetzung eine Kultur bzw. ein Volk. Die Erhaltung der Völker diene der Erhaltung der für die Menschenwürde grundlegenden Kultur, multikulturelle Gesellschaften seien in Wirklichkeit kulturlose Gesellschaften, deswegen müsse die Vielfalt der Völker bewahrt werden.¹⁴ Damit nimmt die NPD den Gedanken des „Ethnopluralismus“ in ihr Parteiprogramm auf, der in den 1970er Jahren von der „Neuen Rechten“, führend von dem Franzosen Alain de Benoist, in bewußter Abgrenzung zum nationalsozialistischen Denken konzipiert wurde. Die Menschen werden demnach nicht durch die Zugehörigkeit zu einer biologischen „Rasse“ unterschieden, sondern dadurch, daß sie einer bestimmten Kultur angehören. Eine Höherwertigkeit der eigenen Kultur gegenüber anderen wird im Ethnopluralismus allerdings nicht mehr postuliert.¹⁵ Um der angeblichen „Entkulturalisierung“ und dem Verlust der Identität der Deutschen, aber auch der in Deutschland lebenden Ausländer durch den „multikulturelle[n] Wahnsinn“ entgegenzuwirken, fordert die NPD einen Einwanderungsstopp und schlägt einen „5-Punkte-Plan“ zur Rückführung der Ausländer vor. So sollen diese beispielsweise von Sozialleistungen ausgeschlossen werden, sowie diejenigen ohne Arbeitserlaubnis oder „Sonderaufenthaltsgenehmigung“ nach spätestens drei Monaten das Land verlassen. Wobei die NPD jedoch erwähnt, daß ihnen „[a]usländische Gäste, Touristen, Studenten, Auszubildende u.ä. [...] selbstverständlich willkommen“ seien.¹⁶ Udo Voigt führt in dem bereits zitierten Interview aus, wer für die NPD ein Deutscher ist. Demnach ist „das deutsche Volk nach dem Abstammungsprinzip“ definiert, nicht jeder mit einem deutschen Paß

¹¹ Zur Geschichte des NPD-Verbotsverfahrens vgl. Flemming 2005.

¹² NPD-Parteivorstand 2006: 30.

¹³ NPD-Parteivorstand 2004: 1.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Vgl. Brodkorb 2003: 73-79.

¹⁶ NPD-Parteivorstand 2002: 13.

sei ein Deutscher.¹⁷ So heißt es in einer „Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung“ für „Kandidaten und Funktionsträger“ der NPD:

„Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, gleich, wie lange sie in Deutschland leben, und mutieren durch die Verleihung bedruckten Papiers nicht zu germanischstämmigen Deutschen.“¹⁸

Dieses Zitat veranschaulicht, daß es trotz der ideologischen Neuausrichtung der NPD neben der Ausländerfeindlichkeit einen weiteren Punkt gibt, der im Laufe der Geschichte der Partei eine Konstante darstellt: Der positive Bezug zum Dritten Reich. Es zeigt sich, daß die NPD in ihren Verlautbarungen keineswegs konsequent ist. So wird hier, im Unterschied zum Parteiprogramm und im Gegensatz zu den Gedanken der Neuen Rechten, sehr wohl auf die von den Nationalsozialisten propagierte Rassenideologie verwiesen. Auch die Betonung der Abstammung der Deutschen von den Germanen macht deutlich, daß der 1945 offiziell vollzogene Bruch mit dem nationalsozialistischen Gedankengut, in dem ein ausgeprägter Germanenkult gepflegt wurde, für die NPD nicht gilt. In ihrem Parteiprogramm werden gleichermaßen geschichtsrevisionistische Elemente deutlich. So sei Deutschland „größer als die Bundesrepublik“. Die NPD fordert die Änderung der nach dem Krieg abgeschlossenen „Grenz- anerkennungsverträge“ und strebt eine Wiedervereinigung Deutschlands in „seinen geschichtlich gewachsenen Grenzen“ an.¹⁹ In der Handreichung für Kandidaten und Funktionsträger heißt es:

„Auf den Themenkomplex Holocaust, Kriegsschuldfrage 1939 und Nationalsozialismus sollte sich mit dem Hinweis auf die Gegenwartsaufgaben der NPD niemand festnageln lassen. [...] Adolf Hitler ist tot und die NSDAP aufgelöst [...]. Die Menschen haben andere Probleme, als sich ständig mit einer Zeit zu beschäftigen, die mehr als sechzig Jahre zurückliegt.“²⁰

Daß es jedoch die NPD selbst ist, die von diesem Thema nicht loskommt, wird durch die oben genannten Zitate und anhand zahlreicher Äußerungen ihrer Parteifunktionäre deutlich.

Welche alternativen Systemvorstellungen die NPD für Deutschland hat, wird in ihrem Aktionsprogramm aus dem Jahr 2002 erläutert. Sie fordert die strikte Trennung der drei Gewalten und eine Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene, damit das Volk in die „Machenschaften der Kartellparteien“ eingreifen könne. Ebenfalls fordert sie eine Stärkung der Stellung des Bundespräsidenten, der durch das Volk direkt gewählt werden und ohne Einmischung

¹⁷ „Man investiert wieder in die NPD“, in: Berliner Zeitung, 29. Oktober 2004, S. 6.

¹⁸ NPD-Parteivorstand 2006: 12.

¹⁹ NPD-Parteivorstand 2004: 4.

²⁰ NPD-Parteivorstand 2006: 34.

des „Gesetzgebungsorgans“ die Regierung einsetzen und abberufen können soll.²¹ Welche konkreten Aufgaben dabei dem Parlament zukommen, bleibt jedoch unerwähnt. An anderer Stelle formuliert die Partei:

„[S]ind wir eine antiliberale und parlamentarismuskritische Partei. Wir wollen das liberale Parteienregime – ganz demokratisch! – durch ein neues Gemeinwesen mit einem volksgewählten Präsidenten und Volksabstimmungen in allen Lebensfragen der Nation ablösen. Ein solches plebiszitäres Präsidialsystem würde die deutsche Politik aus dem Würgegriff der Blockparteien und der eigensüchtigen Interessengruppen befreien.“²²

Es wird deutlich, daß sich hinter der genannten „Parlamentarismuskritik“ eine klare Ablehnung der parlamentarischen Demokratie verbirgt und die NPD diese durch ein präsidentielles System ersetzen möchte. Dem Parlament obläge es dabei, so Udo Voigt, sich auf die Gesetzgebung und die Kontrolle der anderen Gewalten zu beschränken.²³ Nähere Einzelheiten darüber, wie das politische System nach den Vorstellungen der NPD aussehen soll, sucht man in ihren Verlautbarungen jedoch vergeblich. Zum Stichwort „Regionalismus“ bzw. „Föderalismus“ – sowohl das Parteiprogramm als auch das detailliertere Aktionsprogramm schweigen sich zu diesem Punkt aus – heißt es in einem „Politischen Lexikon“ der NPD: „Bei aller Anerkennung seiner kulturellen Bedeutung spielt der Regionalismus politisch eine untergeordnete Rolle, und hat sich der Zentralgewalt des Reiches unterzuordnen.“²⁴ Damit wird die föderale Struktur der Bundesrepublik nicht offen abgelehnt. Jedoch läßt diese Überlegung für die Zukunft des Föderalismus – würde es nach den Vorstellungen der NPD gehen – nichts Positives erahnen.

Ökonomisch fordert die Partei eine „raumorientierte Volkswirtschaft“. Die ökonomische Freiheit soll eingedämmt werden, der Staat soll über eigene Wirtschafts- und Währungshoheit verfügen, weitestgehend autark von äußeren Einflüssen sein und die nationale Wirtschaft durch Schutzzölle abgesichert werden.²⁵ Gleichzeitig lehnt die NPD die Europäische Union ab, plädiert für ein „Europa der Völker“ und schlägt als Alternative einen „Europäischen Bund“ aus starken europäischen Nationalstaaten vor, der an einen die NATO abzulösenden „Europäischen Verteidigungspakt“ gekoppelt sein soll.²⁶ Außerdem hat die Partei in

²¹ NPD-Parteivorstand 2002: 45.

²² NPD-Parteivorstand 2006: 32.

²³ Backes/Jesse 2005: 137.

²⁴ Hier ist mit dem Wort „Reich“ nicht in erster Linie das Dritte Reich gemeint, sondern das Deutsche Reich, dessen Wiederherstellung die NPD als eine ihrer wichtigsten Aufgaben ansieht. Vgl. http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=31&seite_id=30&vid=736, 8. Mai 2007.

²⁵ „Man investiert wieder in die NPD“, in: Berliner Zeitung, 29. Oktober 2004, S. 6.

²⁶ http://partei.npd.de/medien/pdf/Europaprogramm_Netz.pdf, 8. Mai 2007.

den vergangenen Jahren die Globalisierung als Thema entdeckt. Im Gegensatz zu anderen, zumeist linksorientierten Kritikern, die nur eine andere Globalisierung wollten, lehne sie diese vollständig ab.²⁷ In die Globalisierungsfeindlichkeit der NPD ist neben antikapitalistischen Positionen auch ein ausgeprägter Anti-amerikanismus und Antisemitismus eingebettet. So soll laut der Handreichung für Kandidaten und Funktionsträger auf die Frage, warum die NPD die Globalisierung ablehne, geantwortet werden:

„Es handelt sich bei der Globalisierung um das planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter der Führung des Großen Geldes. Dieses hat, obwohl seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch und ortlos, seinen politisch-militärisch beschirmten Standort vor allem an der Ostküste der USA. Deshalb ist Globalisierung eine unverblümete Imperialismusstrategie der USA, um der ganzen Welt den von US-Konzernen ausbeutbaren American Way of Life – besser: American Way of Death – aufzuzwingen.“²⁸

Das Wort „Ostküste“ wird von Rechtsextremisten gern als Code für das Judentum benutzt, das sich der Welt ihrer Ansicht nach, wie in diesem Zitat angedeutet, u.a. mittels der Globalisierung bemächtigen möchte.²⁹

Unter ihrem Vorsitzenden Udo Voigt hat die Partei sozialpolitische Themen in den Vordergrund gerückt, um damit von der schlechten ökonomischen Situation vor allem in den ostdeutschen Bundesländern zu profitieren. Sie ist für die Abschaffung von „Hartz IV“, für soziale Gerechtigkeit und propagiert einen „nationalen Sozialismus“. Damit versucht sie gezielt die Frustrationen über politische und vor allem wirtschaftliche Probleme der Bundesrepublik für sich zu nutzen und an Verklärungen der DDR in Ostdeutschland anzuknüpfen, wobei mit dem Stichwort „nationaler Sozialismus“ ein „Sozialismus des Volkes“ gemeint ist der nur scheinbar die soziale Gleichheit der Menschen zum Ziel hat. So werde, laut Politischem Lexikon der NPD, die Volksgemeinschaft „stets eine klare Unterscheidung zeigen als Folge der Verschiedenheit der Menschen (nach Alter, Begabung, Anspruch, Kenntnis, Fähigkeit, Leistung, Haltung usw.)“.³⁰ Außer der Agitation mit Begriffen, die einen Bezug zur DDR herzustellen versuchen, hat sich die NPD gezielt ostdeutscher Interessen angenommen. Sie fordert somit beispielsweise die Angleichung der Löhne in West- und „Mitteldeutschland“ und die Stärkung mittelständischer Betriebe vor allem in Ostdeutschland.³¹

²⁷ „Ja zur Heimat – Nein zur Globalisierung“, in: Deutsche Stimme, Juni 2007, S. 2.

²⁸ NPD-Parteivorstand 2006: 19.

²⁹ Vgl. Staud 2006: 101.

³⁰ Vgl. Staud 2006: 93-94 sowie http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=31&seite_id=30&vid=736, 8. Mai 2007.

³¹ NPD-Parteivorstand 2002: 23 sowie NPD-Parteivorstand 2004: 2.

2.3 Strategie

Die Früchte dieser Programmatik blieben nicht aus. Erste kommunale Wahlerfolge und der Mitgliederzuwachs, vor allem in Ostdeutschland, haben die Partei dazu bewogen, ihre strategische Ausgangsbasis von Westdeutschland nach Ostdeutschland zu verlagern. So ist die Bundesgeschäftsstelle der NPD im Jahre 2000 von Stuttgart nach Berlin-Köpenick gezogen, und der Verlag der Parteizeitung „Deutsche Stimme“ hat seinen neuen Sitz im sächsischen Riesa gefunden.³²

Die NPD hat sich unter Udo Voigt gemeinsam mit ihrer ideologischen Neuausrichtung auch in strategischer Hinsicht stark gewandelt. 1998 wurde auf ihrem Bundesparteitag in Stavenhagen ein neues Papier verabschiedet, das die sogenannte „Drei-Säulen-Strategie“ beinhaltet. Diese Konzeption umfaßt drei Komponenten: den „Kampf um die Straße“, den „Kampf um die Köpfe“ und den „Kampf um die Parlamente“.³³ Erstgenannter meint, die Präsenz der NPD auf der Straße mittels zahlreicher Demonstrationen zu zeigen, und durch diese Aktionen die Partei besonders für junge Menschen attraktiv zu machen. Zusätzlich sollen dadurch die Positionen der NPD in die Öffentlichkeit getragen werden.³⁴ Der „Kampf um die Köpfe“ zielt auf die Ausbreitung der Programmatik der NPD in den Orientierungen der Menschen, wofür allerdings laut Voigt erst einmal die Köpfe „vom Denken unserer Feinde befreit werden“ müßten, womit er die Re-Education durch die Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg meint. Außerdem brauche es innerhalb der Partei „neue Eliten, um als ‚Köpfe‘ eine glaubhafte Alternative“ darstellen zu können.³⁵ Die dritte Säule, der „Kampf um die Parlamente“, war den anderen beiden Säulen zunächst nachgeordnet, denn es gehe der NPD nicht um kurzfristige Wahlerfolge, sondern „um langfristige, kontinuierliche Aufbauarbeit“. Erst, wenn der „Kampf um die Straße“ endgültig für sie entschieden sei, könne „der ‚Kampf um die Parlamente‘ mit der Aussicht geführt werden, keine schnell verschwindenden Proteststimmen zu kanalisieren, sondern eine dauerhafte nationale Kraft im Nachkriegsdeutschland zu etablieren“.³⁶ Deshalb, postulierte Voigt, werde die Partei auch weiterhin an Wahlen teilnehmen – wobei er vorrangig die Kommunalwahlen meint, um dort das „Fundament“ der künftigen Arbeit zu legen. Dies würde dazu dienen „neue Mitglieder und Anhänger zu gewinnen“ sowie sich „als die nationale Alternative“ darstellen zu

³² Erb 2002: 48.

³³ Backes/Jesse 2005: 131.

³⁴ Backes/Jesse 2005: 133.

³⁵ Backes/Jesse 2005: 131-132.

³⁶ Voigt 1999: 471.

können und „den Kontakt zum Wähler nicht zu verlieren“, denn den brauche man „zur (sic!) Erlangen der Macht“. Gleichzeitig müsse man sich aber auch der „Methoden einer ‚Außerparlamentarischen Opposition‘ bedienen, um Erfolg zu haben“.³⁷ Damit zog die NPD Konsequenzen aus ihrer jahrelangen Bedeutungslosigkeit bei Wahlen und verlagerte im Gegensatz zu anderen rechtsextremen Parteien, wie den Republikanern oder der DVU, die hauptsächlich Wahlparteien sind, ihren Schwerpunkt auf die Arbeit außerhalb der Parlamente.

Seit 2004 jedoch hat der „Kampf um die Parlamente“ ein stärkeres Gewicht bekommen. Inzwischen hat die Partei Erfolge bei Wahlen zu verzeichnen. Sie ist in zahlreichen Kommunalparlamenten und zwei Landesparlamenten vertreten. Die drei Säulen stehen jetzt gleichberechtigt nebeneinander, wobei, wie aus einem Artikel der „Deutschen Stimme“ von Klaus Beissner, einem NPD-Kader aus Hannover, hervorgeht, die Rolle von öffentlichkeitswirksamen Demonstrationen, der Kampf um die Straße, innerhalb des rechtsextremen Lagers stark diskutiert wird. Es gebe seiner Ansicht nach zwei Möglichkeiten: Erstens auf Demonstrationen zu verzichten, „um ja keine Negativ-Schlagzeilen in Kauf zu nehmen“ oder aber durch die Durchführung von Demonstrationen „weiterhin in aller Munde zu bleiben“. Beissner persönlich hält diese öffentlichen Aktionen nach wie vor für wichtig, allerdings solle seiner Ansicht nach die Zahl der Demonstrationen begrenzt werden, um für diese wenigen dann um so mehr Aktivist*innen zu mobilisieren.³⁸ Diese Diskussion veranschaulicht einen Punkt, auf den schon Richard Stöss hingewiesen hat, nämlich daß das Konzept der NPD in sich widersprüchlich ist und immer wieder für parteiinternen Konfliktsstoff sorgt. So steht der aktionistisch geprägte „Kampf um die Straße“, der vor allem die gewaltbereite Szene der Rechtsextremisten ansprechen soll, im Widerspruch zu dem „Kampf um die Parlamente“, der eher übliche Wahlkampfaktivitäten beinhaltet, um gemäßigte Sympathisanten der NPD zu erreichen.³⁹ Die Partei ist also hin und hergerissen zwischen dem Bedienen der Interessen des militanten rechtsextremen Spektrums sowie der Strategie, die auf ein seriöses Auftreten setzt, um langfristig ebenfalls andere Kreise der Bevölkerung für sich einnehmen zu können.

Im Jahr 2004 auf dem Parteitag in Leinefelde fügte Udo Voigt zu den genannten drei Säulen noch eine vierte hinzu: Den „Kampf um den organisierten Willen“. Damit meint er die „Konzentration möglichst aller nationaler Kräfte“.⁴⁰ Unter dem propagierten Ausdruck einer „Volksfront von rechts“ bemüht sich die

³⁷ Voigt 1999: 470, 475.

³⁸ „Kampf um die Straße ist Ehrensache“, in: Deutsche Stimme, Februar 2007, S. 11.

³⁹ Stöss 2005: 135-136.

⁴⁰ Backes/Jesse 2005: 134.

NPD zusätzlich zu der Öffnung der Partei für sogenannte „Freie Nationalisten“ und Mitgliedern von Kameradschaften ebenfalls um die Kooperation mit anderen rechtsextremen Parteien. Dem Parteitag in Leinefelde war die Landtagswahl in Sachsen vorausgegangen, die für die NPD u.a. deshalb erfolgreich ausging, da man mit der DVU vereinbart hatte, daß diese nicht in diesem Bundesland kandidieren würde und im Gegenzug die NPD darauf verzichtete, sich in Brandenburg zur Wahl zu stellen. Der Vorsitzende der Republikaner, Rolf Schlierer, hatte dieses Angebot der NPD für eine Zusammenarbeit hingegen kategorisch abgelehnt.⁴¹ Am 15. Januar 2005 schlossen die DVU und die NPD einen sogenannten „Deutschland-Pakt“, in dem festgeschrieben wurde, daß die beiden Parteien bis Ende 2009 nicht mehr gegeneinander kandidieren. Damit setzt sich die Geschichte dieser Zweckbeziehung fort, die schon mehrfach angesichts persönlicher Animositäten und programmatischer Differenzen aufgekündigt worden war.⁴²

Die NPD verfolgt also eine langfristig angelegte Strategie. Sie strebt danach, mit legalen Mitteln, durch Wahlen und vor allem durch ihre politische Basisarbeit in den Kommunen, ihre rechtsextreme Ideologie mit dem Ziel zu verbreiten, daß diese zur „Normalität“ in den Köpfen wird. Außerdem sollen Funktionsträger der NPD durch ihr Engagement auf kommunaler Ebene und in Vereinen der Partei ein positives Gesicht geben und ihre Akzeptanz in der Bevölkerung vergrößern. Mittels dieses sozialen Fundaments möchte die NPD letztendlich das „System“ überwinden.⁴³ Dabei argumentiert sie, daß dies durchaus vom Grundgesetz gedeckt sei, indem sie sich auf Artikel 146 beruft.⁴⁴ Der strategische Schwerpunkt der NPD liegt dabei auf den ostdeutschen Bundesländern, da sie meint, hier angesichts der stärker vorhandenen Skepsis gegenüber Demokratie und Kapitalismus mit ihrer Äußerungen eher auf fruchtbaren Boden zu stoßen. Es hat den Anschein, daß die Wahlerfolge in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern diese Strategie bestätigen.

3. RECHTSEXTREME PARTEIEN IN LANDTAGEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die Darstellung der Geschichte rechtsextremer Parteien in den Landesparlamenten der Bundesrepublik wird sich an dieser Stelle auf die Wahlerfolge der aktuellen drei größeren rechtsextremen Parteien, der NPD, DVU und Republikaner, beschränken. Damit wird die Präsenz rechtsextremer Parteien in Landes-

⁴¹ Stöss 2005: 138.

⁴² Jesse 2005: 35.

⁴³ Erb 2002: 51.

⁴⁴ Backes/Jesse 2005: 137. Zu den verschiedenen Interpretationen von Art. 146 GG vgl. beispielsweise Dreier 2000: Art. 146 Rn. 28-30.

parlamenten vor der Existenz der NPD – also vor 1964 – ausgeblendet. Ebenfalls werden die Erfolge der drei Parteien bei Kommunal- und Europawahlen nicht thematisiert. Zunächst soll die Arbeit der NPD-Landtagsfraktionen in den 1960er Jahren beleuchtet werden, und in einem zweiten Punkt wird auf die Präsenz von Abgeordneten der DVU sowie der Republikaner in Landtagen der Bundesrepublik eingegangen. Als letztes wird das Agieren der NPD-Fraktion in Sachsen dargestellt, die als Vorbild für die NPD im Schweriner Landtag gilt. In einem Fazit werden schließlich Charakteristika für rechtsextreme Fraktionen in Landtagen formuliert, die sich aus den vorhergehenden Darstellungen ergeben. Tabelle 1 liefert einen Überblick über die Erfolge von NPD, DVU und Republikanern bei Landtagswahlen seit 1966.

Tabelle 1:

Rechtsextreme Parteien in den Landtagen der Bundesrepublik (1966-2007)⁴⁵

Jahr der Wahl	Partei	Bundesland	Zweitstimmen in %	Sitze
1966	NPD	Hessen	7,9	8
1966	NPD	Bayern	7,4	15
1967	NPD	Rheinland-Pfalz	6,9	4
1967	NPD	Schleswig-Holstein	5,8	4
1967	NPD	Niedersachsen	7,0	10
1967	NPD	Bremen	8,8	8
1968	NPD	Baden-Württemberg	9,8	12
1987	DVU	Bremen	3,4	1
1989	REP	Berlin (West)	7,5	11
1991	DVU	Bremen	6,2	6 (2 NPD)
1992	DVU	Schleswig-Holstein	6,3	6
1992	REP	Baden-Württemberg	10,9	15
1996	REP	Baden-Württemberg	9,1	14
1998	DVU	Sachsen-Anhalt	12,9	16
1999	DVU	Bremen	3,0	1
1999	DVU	Brandenburg	5,3	5
2003	DVU	Bremen	2,3	1
2004	NPD	Sachsen	9,2	12
2004	DVU	Brandenburg	6,1	6
2006	NPD	Mecklenburg-Vorpommern	7,3	6
2007	DVU	Bremen	2,8	1

Die Betrachtung der Landtagsfraktionen der genannten drei Parteien wird dabei – soweit es die vorliegenden Forschungsarbeiten erlauben – folgende

⁴⁵ <http://www.wahlrecht.de>, 11. September 2007, eigene Zusammenstellung. Zu Bremen vgl. die Angaben in Fußnote 56.

Punkte berücksichtigen, die später, wenn es um die Arbeit der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern geht, vergleichend aufgegriffen werden:

1. Wie sieht die Sozialstruktur der Fraktionen rechtsextremer Parteien aus?
2. Wie verhalten sich die Parlamentarier in den Landtagen?
3. Wie beständig sind die Fraktionen?
4. Welche Themen werden von ihnen aufgegriffen?
5. Wie reagieren die anderen Parteien auf die rechtsextremen Abgeordneten in den Parlamenten?

3.1 Die NPD-Landtagsfraktionen in den 1960er Jahren

Bereits zwei Jahre nach ihrer Gründung gelang es der NPD, in das hessische (7,9 Prozent) und das bayerische (7,4 Prozent) Landesparlament einzuziehen. Der Erfolg setzte sich 1967 fort, als sie ebenfalls in Rheinland-Pfalz (6,9 Prozent), Schleswig-Holstein (5,8 Prozent), Niedersachsen (7,0 Prozent) und in Bremen (8,8 Prozent) Vertreter in die Landtage entsenden konnte. Im Jahr 1968 erzielte die Partei in Baden-Württemberg mit 9,8 Prozent das bis dato beste Wahlergebnis ihrer Geschichte, zog damit in die siebte Landesvertretung der alten Bundesrepublik ein und stellte somit insgesamt 61 Abgeordnete.⁴⁶

Die NPD-Fraktionen setzten sich folgendermaßen zusammen: Unter den Abgeordneten der Partei waren insgesamt nur drei Frauen. Arbeiter waren kaum vertreten, wohingegen rund ein Viertel zum selbständigen Mittelstand zählte. Ein mit den anderen Parteien vergleichbarer Anteil von einem Drittel Angestellter und einem knappen Fünftel Staatsbediensteter gehörte ebenfalls zu den NPD-Fraktionen. Hinzu kamen vier Rechtsanwälte sowie zwei Journalisten.⁴⁷

Laut einer Analyse von Lutz Niethammer aus dem Jahre 1969 waren die sieben NPD-Landtagsfraktionen in ihrem politischen Verhalten und in ihrer Zusammensetzung sehr unterschiedlich.⁴⁸ Er stellte fest, daß lediglich die NPD-Fraktionen in Baden-Württemberg und in Bayern eine rege Tätigkeit entwickelt hatten, jene Fraktionen, in denen das Bildungsniveau der Abgeordneten im Vergleich zu den anderen am höchsten war und die durch die von ihm so bezeichneten „Neofaschisten“ dominiert wurden. Diese fielen gleichzeitig jedoch verstärkt durch ideologisch oder demagogisch geprägte Äußerungen auf und schlugen im Plenum vereinzelt über die Stränge. Je ausgeprägter das Engagement der Abgeordneten im Dritten Reich und bei rechtsradikalen Organi-

⁴⁶ Vgl. Tabelle 1.

⁴⁷ Hoffmann 1999: 400-401.

⁴⁸ Vgl. Niethammer 1969: 97.

sationen gewesen sei, von Niethammer „Postfaschisten“ genannten, desto mehr hielten sie sich hingegen an parlamentarische Konventionen.⁴⁹

Mindestens acht Austritte beziehungsweise Ausschlüsse von Vertretern der NPD-Fraktionen gab es im Laufe der Legislaturperioden insgesamt.⁵⁰ Diese Volatilitätsquote ist im Vergleich zu anderen Fraktionen rechtsextremer Parteien relativ gering. Für eine gewisse Stabilität der Fraktionen sorgte wahrscheinlich auch der Aspekt, daß jeder, der für die NPD kandidieren wollte, einen sogenannten Sicherungswechsel zu unterzeichnen hatte, in dem er sich verpflichtete, bei Austritt oder Ausschluß aus der Fraktion das Mandat niederzulegen oder eine gewisse Summe zu zahlen.⁵¹

Inhaltlich befaßten sich die sieben Fraktionen angesichts der Studentenunruhen der 1960er Jahre vor allem mit Fragen von Recht und Ordnung und plädierten dabei für die Stärkung der Polizei und die Unterdrückung der Demonstrationen.⁵² Eine fast obligatorische Forderung aller sieben Fraktionen war die nach der vollkommenen Streichung der Mittel für die Zentralstelle in Ludwigsborg zur Verfolgung von NS-Verbrechen sowie die Kürzung der Abgeordnetendiäten, die lediglich in Bremen von der NPD als Einsparmöglichkeit abgelehnt wurde.

Die anderen Parteien reagierten auf die NPD in den Landtagen insofern verschieden, als der Grad der Auseinandersetzung mit ihr und ihre Ausgrenzung durch die Geschäftsordnung variierte, was sicherlich auch mit dem unterschiedlichen Auftreten der sieben NPD-Fraktionen zusammenhing. Eine grundlegende Gemeinsamkeit war jedoch, daß die anderen Fraktionen die NPD in keinem Fall als eine normale Partei betrachteten und überall eine Zusammenarbeit mit ihr ablehnten. In Baden-Württemberg wurde dies sogar in einer gemeinsamen Erklärung der drei Fraktionen festgeschrieben.⁵³ In mehreren der Landtage wurde die NPD gezielt durch Änderungen der Geschäftsordnung bekämpft. Beispielsweise wurde in Bayern die Redezeit nach dem d'Hondtschen Verfahren nach der Fraktionsstärke bemessen. Die NPD reagierte darauf, indem sie bei jeder ihrer Äußerungen anführte, daß sie durch die kurze Redezeit eingeschränkt sei und so nur wenige Aspekte der zu debattierenden Frage diskutieren könne. Gleichzeitig konnte sie so davon absehen, ihre angebrachte Kritik detailliert auszuführen oder gar eigene Änderungsvorschläge zu machen.⁵⁴

⁴⁹ Niethammer 1969: 98, 268-269.

⁵⁰ Hoffmann 1999: 406-407.

⁵¹ Hoffmann 1999: 403.

⁵² Zum folgenden: Niethammer 1969: 98-229.

⁵³ Niethammer 1969: 100.

⁵⁴ Vgl. Niethammer 1969: 119-120.

Bei der Bundestagswahl im Jahre 1969 verpaßte die NPD mit nur 4,3 Prozent den sicher geglaubten Einzug in das Parlament. Danach begann ein kontinuierlicher und langanhaltender Niedergang der Partei, der von internen Richtungskämpfen begleitet war. Keine der sieben NPD-Fraktionen wurde wiedergewählt. Somit war die Partei ab 1972 aus allen Landtagen verschwunden. Nahm die NPD in den Folgejahren an Landtagswahlen teil, erreichte sie nirgendwo ein besseres Ergebnis als 0,4 Prozent.⁵⁵

3.2 Fraktionen der DVU und REP in den Landtagen

Die DVU wurde 1971 von dem rechtsextremen Verleger Gerhard Frey als Verein gegründet und 1987 in eine Partei umgewandelt. Im selben Jahr begann eine weitere Erfolgswelle rechtsextremer Parteien bei Wahlen. Die DVU erhielt in Bremen 3,4 Prozent der Stimmen und konnte aufgrund des besonderen Wahlrechts in dem Stadtstaat einen Abgeordneten in die Bremer Bürgerschaft entsenden.⁵⁶ 1991 konnte sie mit insgesamt 6,2 Prozent sogar die Fünfprozenthürde überwinden und eine Fraktion mit sechs Abgeordneten im Landesparlament stellen, zu denen auch anfangs zwei NPD-Mitglieder gehörten. Bei den Landtagswahlen 1999, 2003 und 2007 gelangte sie ebenfalls mit einem Sitz in die Bürgerschaft.⁵⁷ In anderen Bundesländern war die Partei ebenfalls erfolgreich. So erzielte sie 1992 in Schleswig-Holstein 6,3 Prozent der Stimmen und entsandte sechs Abgeordnete in den Landtag. Mit 12,9 Prozent erreichte die DVU in Sachsen-Anhalt 1998 das bisher beste Ergebnis einer rechtsextremen Partei in der Bundesrepublik bei Landtagswahlen und zog mit 16 Abgeordneten als erste rechtsextreme Partei in ein ostdeutsches Parlament ein.⁵⁸

Die Zusammensetzung der DVU-Fraktionen in Bremen und Schleswig-Holstein war sehr ähnlich. In beiden fanden sich überwiegend Abgeordnete mit überdurchschnittlichen Bildungsabschlüssen, die mehrheitlich über Erfahrung in politischer Arbeit verfügten. In Bremen befand sich in der sechsköpfigen Fraktion nur eine Frau, wohingegen in Schleswig-Holstein mit zwei weiblichen Abgeordneten der Frauenanteil für eine rechtsextreme Partei relativ

⁵⁵ Hoffmann 1999: 259.

⁵⁶ Nach Bremer Wahlrecht reicht es aus, wenn es einer Partei gelingt, in einem der beiden Wahlbereiche, Bremen oder Bremerhaven, die Fünfprozenthürde zu überwinden, was der DVU seit 1987 in Bremerhaven gelang.

⁵⁷ Ungefähr zwei Monate nach der Wahl 2007 erklärte Siegfried Tittmann, der für die DVU seit 1999 in der Bürgerschaft saß und seit 2004 ihr stellvertretender Vorsitzender war, seinen Austritt aus der Partei. Zur Begründung gab er an, daß er von der Parteipolitik die Nase voll habe. Folglich ist die DVU nach langjähriger Präsenz in der Bremer Bürgerschaft nun dort nicht mehr vertreten. Vgl. „Führungsmittglied der DVU verläßt die Partei“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Juli 2007, S. 4.

⁵⁸ Kailitz 2005: 24-25.

hoch war.⁵⁹ In Sachsen-Anhalt stammten die Abgeordneten, unter ihnen drei Frauen, mehrheitlich aus unteren sozialen Schichten und Berufen, die Hälfte von ihnen war zum Zeitpunkt des Mandatantritts arbeitslos. Mit einer Ausnahme verfügten sie nicht über politische Erfahrung und nur acht der 16 Personen hatten der DVU bereits ein Jahr vor der Wahl angehört.⁶⁰

Die Arbeit der drei Fraktionen weist deutliche Parallelen auf.⁶¹ In allen drei Landtagen fielen die Abgeordneten eher durch Beschimpfungen der anderen Parteien oder durch propagandistische Reden als durch konstruktive Sacharbeit auf. An einer ernsthaften, kontinuierlichen politischen Tätigkeit hatten sie kein Interesse. Mittels einer Flut von parlamentarischen Initiativen versuchten sie, die Arbeit der Landtagsverwaltung und des Plenums zu blockieren. Damit verfahren sie ähnlich wie die NSDAP in den frühen 1930er Jahren, die ebenfalls darauf abzielte, das Parlament durch Obstruktion zu behindern und es als „Quasselbude“ darzustellen.⁶² Außerdem traten die Mitglieder der DVU-Fraktionen nur im Plenum durch kurze Redebeiträge hervor, in den Ausschüssen hingegen waren sie oft abwesend oder hielten sich schweigsam im Hintergrund, so daß dort sogar von einer Arbeitsverweigerung gesprochen werden konnte. Obwohl die soziale Zusammensetzung in den Fraktionen in Bremen und Schleswig-Holstein sich von der in Sachsen-Anhalt stark unterschied, läßt sich konstatieren, daß in allen drei Landtagen die große Mehrheit der DVU-Abgeordneten fachlich überfordert war. Typisch für alle drei Fraktionen war ferner ein leichtfertiges und unzulässiges Finanzgebaren zugunsten der Parteibundeszentrale und der Abgeordneten selbst. Eine weitere Gemeinsamkeit aller drei Fraktionen war, daß sie stark durch die Parteizentrale in München gesteuert wurden und Gerhard Frey den Abgeordneten keinen politischen Spielraum ließ. Dies ging soweit, daß von der Bundeszentrale vorgefertigte Reden an die DVU-Parlamentarier geschickt wurden. Diese starke Kontrolle durch den Parteivorsitzenden sowie interne Streitigkeiten führten zu Spannungen und zu frühzeitiger Auflösung aller drei Fraktionen.

Inhaltlich beschäftigten sich die DVU-Fraktionen in Bremen und Schleswig-Holstein mit ähnlichen Themen. Der eindeutige Schwerpunkt lag bei der Asyl- und Ausländerpolitik, aber auch die Kritik an demokratischen Institutionen nahm einen großen Raum ein. In Sachsen-Anhalt nahm das Themenfeld Sicherheit, Ordnung und Kriminalitätsbekämpfung den ersten Platz ein. Damit

⁵⁹ Schmidt 1997: 99, 162-163.

⁶⁰ Holtmann 2002: 109-111.

⁶¹ Vgl. wenn nicht anders angegeben zum folgenden: Schmidt 1997: 102-143, 159-181 sowie Hoffmann/Lepszy 1998: 23-54 und Holtmann 2002: 112-152, 164-178.

⁶² Schmidt 1997: 120-121.

war das Thema Ausländer stark verknüpft, der Komplex nationaler Fragen und Vergangenheitspolitik wurde hingegen vergleichsweise gering artikuliert.

Im Umgang mit der DVU im Landtag verhielten sich die übrigen Parteien in allen drei Parlamenten recht unterschiedlich. Während in Schleswig-Holstein eine gemeinsame Strategie für die Auseinandersetzung mit der DVU gefunden wurde, war dies in Bremen und Sachsen-Anhalt nicht der Fall. In allen drei Landtagen wurde versucht, die DVU durch Änderung der Geschäftsordnung in ihrer parlamentarischen Arbeit zu beschneiden.

Die DVU konnte 1999 in einem weiteren ostdeutschen Bundesland bei einer Landtagswahl reüssieren. Mit 5,3 Prozent zogen in Brandenburg fünf DVU-Abgeordnete in das Parlament ein. Bei der darauffolgenden Wahl 2004 verbesserte die Partei ihr Ergebnis sogar auf 6,1 Prozent und sitzt zur Zeit mit einer sechsköpfigen Fraktion, darunter zwei Frauen, im Brandenburger Landtag.⁶³ Keiner der sechs Abgeordneten verfügte über politische oder parlamentarische Erfahrungen. Die DVU hat jedoch offenbar aus dem für sie blamablen Verhalten ihrer anderen drei Landtagsfraktionen Schlußfolgerungen gezogen. Die Abgeordneten in Brandenburg treten wesentlich unscheinbarer, braver, formal angepaßter, aber auch professioneller auf. So gibt die Fraktion seit 2001 ihre eigene Publikation heraus und unterhält insgesamt acht Bürgerbüros. Im Landtag halten die Abgeordneten eine große Anzahl von Reden und tätigen unzählige parlamentarische Initiativen. Sie vertreten nationalistische und fremdenfeindliche Positionen.⁶⁴ Die Fraktion wird ebenso wie ihre erfolglosen Vorgänger in anderen Bundesländern von dem Parteivorsitzenden Gerhard Frey kontrolliert und gesteuert. In Brandenburg hat dies jedoch noch nicht zu Konflikten und Abspaltungen geführt, da sich die Abgeordneten offenbar stärker unterordnen als dies bei den übrigen DVU-Fraktionen der Fall war.

Im Januar 1989 konnte eine weitere rechtsextreme Partei in ein Landesparlament gelangen. Die Republikaner, die 1983 gegründet wurden, erreichten bei der Wahl zum (West-) Berliner Abgeordnetenhaus 7,1 Prozent der Stimmen und damit 11 Mandate.⁶⁵ Bei den darauffolgenden Gesamtberliner Wahlen, die Anfang Dezember 1990 stattfanden, scheiterten die Republikaner jedoch an der

⁶³ Vgl. wenn nicht anders angegeben zum folgenden: Mayer 2006: 154-170.

⁶⁴ SPD-Landtagsfraktion Brandenburg 2005: 11.

⁶⁵ Ob die Republikaner als rechtsextrem einzustufen sind, ist immer wieder umstritten. So ist die Partei beispielsweise nicht in den aktuellen Bundesverfassungsschutzbericht gesondert aufgenommen worden, da es derzeit keine Anhaltspunkte dafür gebe, daß die Partei sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richte. Allerdings seien innerhalb der Partei durchaus Bestrebungen vorhanden, die rechtsextreme Ziele verfolgen oder unterstützen. Vgl. Bundesministerium des Innern 2007: 51.

Fünfprozenthürde.⁶⁶ In der kurzen Zeit, in der die Republikaner im Abgeordnetenhaus vertreten waren, traten drei Abgeordnete aufgrund innerparteilicher Machtkämpfe aus Fraktion und Partei aus.⁶⁷ Einen größeren Wahlerfolg erzielten die Republikaner jedoch 1992, als sie in Baden-Württemberg 10,9 Prozent erreichten und mit 15 Abgeordneten die stärkste Oppositionspartei gegenüber der Großen Koalition in diesem Landtag darstellten. In der darauffolgenden Wahl gelang es ihr, daran anzuknüpfen, erreichte aber mit 9,1 Prozent der Stimmen und 14 Mandaten ein etwas schwächeres Ergebnis. Allerdings war es den Republikanern hier als erste rechtsextreme Partei geglückt, zweimal in einem Flächenbundesland in den Landtag zu gelangen.⁶⁸

Die 15 REP-Parlamentarier in Baden-Württemberg, unter ihnen nur eine Frau, hatten zu einer großen Mehrheit einen hohen Bildungsgrad, und elf von ihnen hatten bereits Erfahrungen in kommunalpolitischen Gremien gesammelt. Die übrigen vier waren durch verschiedene Tätigkeiten für die Partei ebenfalls keine Politik-Neulinge.⁶⁹ Im Plenum traten sie populistisch auf und verquickten so gut wie jedes Thema mit der Ausländer- und Asylpolitik. Der Ausschussarbeit hingegen maßen sie weniger Bedeutung bei und hielten sich dort relativ zurück. Die Fraktion kämpfte ebenfalls mit Austritten sowie Ermittlungsverfahren gegen einzelne ihrer Abgeordneten. Im Laufe der Zeit behandelte die Fraktion der Republikaner neben den vorherrschenden Themen Ausländer und Kriminalität auch immer mehr Fragen aus anderen Feldern der Politik. So war vor allem in der zweiten Legislaturperiode eine Professionalisierung der Fraktion der Republikaner zu erkennen, die teilweise ihr Personal gewechselt hatte, nach wie vor jedoch ein populistisches Auftreten bevorzugte. Im Verlauf der Anwesenheit der Republikaner im Landtag setzte allerdings eine Mäßigung ein, was die Inhalte, aber auch das Verhalten der Fraktion anging.

Mit der Reduktion von Auffälligkeiten im Verhalten der Abgeordneten der Republikaner, kam es auch zu einer Normalisierung des Umgangs der übrigen Parteien mit ihnen. Grundsätzlich standen die anderen Fraktionen jedoch in Frontstellung zu der rechtsextremen Partei. Vereinzelt verhalfen allerdings die Parlamentarier der Republikaner, Anträgen anderer Fraktionen zur Mehrheit, und es gelang ihnen mitunter, Stimmen von Abgeordneten der übrigen Parteien für sich zu gewinnen. So tauchten auch Elemente von Initiativen der Republikaner, die zuvor abgelehnt worden waren, nach teilweise jahrelanger Verzögerung in Vorlagen der Landesregierung wieder auf. Eine politische

⁶⁶ Backes/Jesse 1991: 107.

⁶⁷ Stöss 1990: 48-49.

⁶⁸ Kailitz 2005: 29-36.

⁶⁹ Vgl. wenn nicht anders angegeben zum folgenden: Neubacher 2001: 152-184, 205-295.

Auseinandersetzung der anderen Parteien mit den Republikaner fand zumeist nicht statt. Seit 2001 sind die Republikaner in keinem Landtag mehr vertreten.

3.3 Die NPD im Landtag von Sachsen

2004 gelang es der NPD zum ersten Mal nach 36 Jahren wieder bei einer Landtagswahl, die Fünfprozenthürde zu überwinden. Sie erreichte in Sachsen 9,2 Prozent der Stimmen und zog mit zwölf Abgeordneten in das Landesparlament ein.

Die Fraktion ist relativ heterogen und setzte sich bei Einzug in den Landtag folgendermaßen zusammen: Unter ihnen fanden sich Abgeordnete mit Studienabschluß, mit einer kaufmännischen oder handwerklichen Ausbildung und Mandatsträger mit ausschließlicher Parteikarriere.⁷⁰ Nur eine Frau gehörte der Fraktion an. Acht der NPD-Parlamentarier stammten aus Sachsen, die übrigen vier waren aus den alten Bundesländern zugezogen. Fünf Abgeordnete hatten neben ihrem Landtagsmandat ebenfalls Sitze in kommunalpolitischen Gremien inne, vier von ihnen sogar jeweils zwei.⁷¹ Auffällig war, daß alle NPD-Repräsentanten führende Funktionen innerhalb der Partei einnehmen. So waren beispielsweise fünf von ihnen im Bundesvorstand der NPD vertreten. Mit dem aus Hildesheim stammenden Holger Apfel, Chefredakteur der „Deutschen Stimme“, hatte ein stellvertretender Bundesvorsitzender den Fraktionsvorsitz der Partei im sächsischen Landtag übernommen. Der Mitarbeiterstab der Fraktion, der offiziell 17 Personen umfaßte, war ebenfalls prominent besetzt. Darunter fungierte beispielsweise als Geschäftsführer der Fraktion Peter Marx, ebenfalls stellvertretender Bundesvorsitzender der NPD, Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz und erfahrener Parteifunktionär.⁷² Es wird deutlich, daß die NPD einen großen Teil ihrer Parteielite aus der gesamten Bundesrepublik in und um die Landtagsfraktion in Sachsen zusammengezogen hatte.

Die NPD-Fraktion inszenierte sich im Plenum als Fundamentalopposition, die anderen Parteien wurden von ihr als „sächsische Blockparteien“ bezeichnet. In ihrem Auftreten ist die NPD um Professionalität, Seriosität und Bürgerlichkeit bemüht. Dies versuchte die Partei durch korrektes Auftreten in der Öffentlichkeit, durch einen Internetauftritt der Fraktion, durch ein regelmäßig erscheinendes Mitteilungsblatt über die Aktivitäten der NPD im Landtag und durch Informationsbroschüren zu bestimmten Themen zu unterstreichen. Allerdings befanden sich die NPD-Parlamentarier ebenso wie die Bundespartei in dem Di-

⁷⁰ Brech 2005: 9.

⁷¹ Steglich 2006: 123.

⁷² Brandstetter 2006: 138-139.

lemma, daß sie sowohl bürgerlich-konservative als auch rechtsextreme Kräfte innerhalb der Gesellschaft ansprechen wollten.⁷³ Letzte erreichten sie mit verschiedenen Äußerungen, die Eklats und ein enormes Medienecho verursachten. Am prominentesten ist in diesem Zusammenhang die Rede des NPD-Abgeordneten Jürgen Gansel im Januar 2005 anlässlich des Gedenkens der Bombardierung Dresdens vor 60 Jahren. Gansel hatte dort die Bombardierung der Stadt durch die Alliierten als „Bomben-Holocaust“ bezeichnet. Holger Apfel meinte dazu, es müsse „hin und wieder ein Tabubruch vollzogen werden, damit sich die NPD in Erinnerung ruft“.⁷⁴ Auf diese Weise konnte die Partei extreme Anhänger bedienen sowie bundesweit Aufmerksamkeit erlangen. Ob diese Art der Eklats, besonders im Anbetracht der Tatsache, daß die NPD ihre Angehörigen als Biedermänner präsentieren möchte, der Partei jedoch dienlich waren, ist auch innerhalb der NPD umstritten.⁷⁵

Die Fraktion war in allen Ausschüssen vertreten, im Ausschuß für Umwelt und Landwirtschaft stellte sie den Vorsitzenden. An den Diskussionen in den Landtagsgremien beteiligten sich die NPD-Mandatsträger jedoch bewußt nicht, da ihnen dort die Öffentlichkeitswirksamkeit fehlte und, wie Jürgen Gansel äußerte, man sich nicht in ein „Hamsterrad“ begeben wolle und die Anträge der NPD in den Ausschüssen sowieso abgelehnt werden würden.⁷⁶ Die NPD-Fraktion hatte gleichwohl eine Vielzahl von parlamentarischen Initiativen in den sächsischen Landtag eingebracht.⁷⁷ Thematisch beschäftigten sich diese mit der Kritik an demokratischen Institutionen und an der Europäischen Union, mit umweltpolitischen Fragen – was mit dem Vorsitz der Partei in dem entsprechenden Ausschuß zusammenhing – sowie sozial- und wirtschaftspolitischen Belangen. Letztgenannte spielten jedoch im Vergleich zu den anderen Themen eine geringere Rolle.⁷⁸ So fand beispielsweise der Protest gegen „Hartz IV“, den die Partei im Wahlkampf strategisch für sich nutzen konnte und ihr auch dazu verholfen hat, in den Landtag zu gelangen, in den Initiativen der NPD kaum einen Niederschlag. Auf der anderen Seite suchten die Abgeordneten nach Themen, von denen sie annahmen, daß sie in der Bevölkerung auf großes Interesse stoßen, darunter auch populäre soziale Forderungen, die teilweise auch von der PDS vertreten wurden. Originär rechtsextreme Themen, wie z. B. Fragen der Ausländer- und Asylpolitik wurden in den parlamentarischen Initiativen der Partei nur

⁷³ Steglich 2006: 125-126.

⁷⁴ Zitiert nach: Staud 2006: 119.

⁷⁵ Staud 2006: 124.

⁷⁶ Zitiert nach: Staud 2006: 126-127.

⁷⁷ Vgl. Steglich 2006: 128.

⁷⁸ Steglich 2006: 128-132.

vereinzelt behandelt.⁷⁹ Eine Untersuchung der sächsischen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellte eine Verschiebung hin zu sozialpolitischen Fragen ab September/Oktober 2005 fest, die nun relativ stark unter den Initiativen der NPD-Fraktion vertreten seien, für deren Finanzierung sie jedoch keine ernsthaften Vorschläge machte. Ebenso stellte die Ausländerpolitik nach dieser Untersuchung eines der Hauptthemen der NPD dar, die allerdings generell versuchte, ihre rechtsextreme Gesinnung innerhalb des Parlaments zu verbergen. Die wenigen Initiativen zu Fragen von „Hartz IV“ wurden laut Studie von der NPD häufig und wiederholt publiziert, um sich nach außen als engagiert zu diesem Thema darzustellen.⁸⁰

Über ein Jahr lang vermittelte die Fraktion der NPD den Eindruck von Geschlossenheit. Im Dezember 2005 jedoch traten nacheinander drei Abgeordnete aus. Es handelte sich dabei um drei ostdeutsche Parlamentarier, die sich darüber beschwerten, daß die Fraktion von westdeutschen Kadern dominiert sei und durch diese eine ideologische Ausrichtung am Nationalsozialismus in den Vordergrund rücke. Demgegenüber spielten soziale Themen, für die die NPD gewählt worden sei, jedoch nur eine geringe Rolle; die Partei würde somit nicht mehr die Interessen ihrer Wähler vertreten.⁸¹ Die Austritte hatten für die Fraktion erhebliche Folgen. Sie verlor den Vorsitz im Ausschuß für Umwelt und Landwirtschaft, ist in jedem Ausschuß nur noch mit einem, statt wie bisher mit zwei Abgeordneten vertreten und muß zusätzlich mit geringeren Finanzmitteln auskommen. Ende August 2006 kam der Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, Uwe Leichsenring, bei einem Autounfall ums Leben und im Dezember desselben Jahres wurde der Abgeordnete Klaus-Jürgen Menzel, angeblich wegen seines Finanzgebarens, aus der Fraktion ausgeschlossen. Menzel, der sich öffentlich positiv auf Adolf Hitler bezieht, war für die Partei wohl nicht länger tragbar gewesen. Mathias Paul, ein weiterer NPD-Abgeordneter, ist von seinem Mandat zurückgetreten, da er im Verdacht steht, kinderpornographisches Material zu besitzen. Mit zwei Nachrückern für Leichsenring und Paul ist die Landesliste der NPD nun erschöpft.⁸² Der Fraktion gehören gegenüber den ursprünglichen zwölf nun nur noch acht Abgeordnete an.

Die übrigen Parteien im Sächsischen Landtag wurden vom Einzug der NPD förmlich überrumpelt. Sie hatten nicht abgesprochen, wie sie auf die Anwesenheit einer rechtsextremen Partei reagieren sollten, deren Abgeordnete ganz und gar nicht dem Klischee von unfähigen und uninformierten

⁷⁹ Staud 2006: 118-119, 116-115.

⁸⁰ Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag, 2006: 111-113, 131, 26, 133.

⁸¹ Brandstetter 2006: 144.

⁸² Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag 2006: 19-20, 27-28.

Parlamentariern dieses Parteienspektrums entsprachen, sondern kompetente Fragen stellten und geschäftsordnungssicher waren. Bei der Wahl zum Ministerpräsidenten sowie zur Ausländerbeauftragten erhielt der von der NPD aufgestellt Kandidat jeweils 14 Stimmen, also zwei mehr, als der Fraktion angehörten. Dies sorgte bundesweit für Aufsehen.⁸³ Anfang Januar 2005 einigten sich die anderen Fraktionen im Rahmen einer gemeinsamen Erklärung auf eine Verhaltensweise gegenüber der NPD. Da diese Partei verfassungsfeindlich sei, könnten ihre Anträge nicht wie Anträge anderer Fraktionen behandelt werden. Von da an sprachen in der Regel jeweils ein Abgeordneter der Regierungskoalition und einer der Opposition zu den Anträgen der NPD, um die Themen so schnell wie möglich abzuhandeln.⁸⁴ Alle Anträge der NPD wurden bisher abgelehnt, später jedoch vereinzelt von anderen Parteien fast wortgleich wieder eingebracht.⁸⁵ Aus Protest gegen die Reden von Holger Apfel und Jürgen Gansel anlässlich des Gedenkens der Bombardierung Dresdens vor 60 Jahren, verließ die große Mehrheit der Parlamentarier den Plenarsaal, was allerdings die Auseinandersetzung mit den Äußerungen der NPD erschwerte.⁸⁶ Der Eklat um die von der NPD hervorgebrachten Provokationen in bezug auf den von ihr so bezeichneten „Bomben-Holocaust“, markierte nach der Studie der sächsischen Fraktion der Bündnisgrünen jedoch einen weiteren Wendepunkt im Verhalten gegenüber der rechtsextremen Fraktion, da es in der Zeit danach mehrfach zu „deutlichen, überzeugenden und inhaltlich begründeten Distanzierungen aller Fraktionen“ kam.⁸⁷ Die Ausgrenzungsstrategie gegenüber der NPD habe laut Parlamentarischem Geschäftsführer der sächsischen SPD-Fraktion dazu geführt, daß diese „keine größere Rolle mehr spielt und nur noch mit Eklats rüberkommt“.⁸⁸ Die Abgrenzungspolitik wird jedoch nicht immer konsequent eingehalten. So ist ein NPD-Abgeordneter in einen Untersuchungsausschuß mit 35 Stimmen, statt nur mit den zu der Zeit eigenen neun, gewählt worden.⁸⁹

3.4 Fazit

Anhand der Darstellungen bisheriger Landtagsfraktionen rechtsextremer Parteien wird deutlich, daß diese sich stark in ihrer Zusammensetzung und ihrem Verhalten unterscheiden. Auch Christoph Butterwegge stellt fest: „Demnach gibt es ‚die‘ Parlamentspraxis von Rechtsextremisten überhaupt

⁸³ Steglich 2006: 132.

⁸⁴ Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag 2006: 16-17.

⁸⁵ Steglich 2006: 127.

⁸⁶ Kailitz 2005: 58.

⁸⁷ Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag 2006: 17.

⁸⁸ Zitiert nach: „Gemeinsam gegen die Braunen“, in: Der Tagesspiegel, 21. September 2006, S. 6.

⁸⁹ Ebd.

nicht“⁹⁰, sondern das Auftreten dieser Parteien in den Landtagen hängt von den jeweiligen Fähigkeiten und politischen Erfahrungen ihrer Abgeordneten ab. Die NPD-Parlamentarier der 1960er Jahre waren beispielsweise geprägt durch ihre politische Biographie, also ob sie nun als „Neofaschisten“ oder „Postfaschisten“ einzuordnen waren, was sich in ihrem Auftreten in den Landtagen – eher angepaßt zu agieren oder nicht – widerspiegelte. Das Ziel, das die jeweilige Fraktion mit ihrer Präsenz im Parlament verfolgt, bestimmt ebenso ihr Verhalten. Liegt es nicht in ihrem Interesse, ernsthafte und kontinuierliche politische Arbeit zu leisten, wie beispielsweise bei den Fraktionen der DVU in Bremen, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt, so ist auch keine konstruktive Sacharbeit zu erwarten.

Auch wenn man keine typische Strategie benennen kann, die auf alle rechtsextremen Fraktionen paßt, so gibt es doch Gemeinsamkeiten oder auffällige Häufungen, die ihre Zusammensetzung und Verhaltensweisen betreffen.

1. In der Regel haben rechtsextreme Fraktionen unter ihren Parlamentariern nur einen geringen Frauenteil.
2. Häufig bringen diese Fraktionen eine große Anzahl von parlamentarischen Initiativen in den Landtag ein und melden sich im Plenum oft zu Wort, halten sich in den Ausschüssen hingegen stark zurück. Dies hängt vermutlich mit dem Interesse zusammen, mit der parlamentarischen Arbeit die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erlangen, was in den zumeist nicht öffentlich tagenden Ausschüssen nicht erreicht werden kann.
3. Ebenfalls kann als Kennzeichen rechtsextremer Fraktionen ihre geringe Stabilität angeführt werden. Dies liegt laut Butterwegge daran, daß ihnen eine „Rückkopplung an eine vitale Parteiorganisation und wesentliche Bedingungen einer innerparteilichen Demokratie fehlen“.⁹¹ Konflikte können deshalb nicht ausgetragen werden und brechen dann irgendwann hervor. Die Fraktion der DVU in Brandenburg stellt in diesem Zusammenhang eine Ausnahme dar, da sie sogar schon in der zweiten Legislaturperiode ohne Ausschlüsse oder Austritte ihrer Abgeordneten besteht.
4. Die Themen, die von rechtsextremen Fraktionen behandelt werden, sind sehr unterschiedlich, Schwerpunkte liegen allerdings oft auf der Ausländer- und Asylpolitik sowie auf Aspekten, die Sicherheit und Ordnung betreffen.

⁹⁰ Butterwegge 1999: 183.

⁹¹ Butterwegge 1999: 180-181.

5. Die Reaktionen der anderen Parteien auf die Anwesenheit einer rechts-extremen Fraktion fallen ebenso sehr verschieden aus. Wie intensiv die politische Auseinandersetzung geführt wird, hängt augenscheinlich in sehr großem Maße von dem Auftreten der rechtsextremen Parlamentarier selbst ab. Mehrheitlich wird eine Ausgrenzungsstrategie verfolgt, die im Falle einer Einigkeit der übrigen Fraktionen durch eine gemeinsame Erklärung bekräftigt wird. Anträge rechts-extremer Fraktionen werden vereinzelt gleichlautend wieder eingebracht, nachdem sie mehr oder weniger geschlossen abgelehnt wurden. Änderungen der Geschäftsordnung sind ein häufiges Mittel, das zur Eindämmung der Arbeit rechtsextremer Fraktionen verwendet wird. Diesen kann es allerdings gelingen, die Beschränkungen für ihre Selbstdarstellung als Opfer der übrigen Parteien für sich strategisch zu nutzen.

4. DIE AUSSAGEN DER NPD ZUR LANDTAGSWAHL 2006

Die NPD muß ihre Arbeit im Landtag, genauso wie andere Parteien, an ihren Äußerungen und Versprechen im Vorfeld der Wahl messen lassen, da auch ihre Wähler – haben diese die NPD nicht lediglich aus dem Grund gewählt, den anderen Parteien einen „Denkzettel“ zu verpassen – bestimmte Erwartungshaltungen an ihre Stimme geknüpft haben. Von Interesse ist also, welche Themen die NPD im Wahlkampf anspricht und welche Rolle sie im Landtag einnehmen möchte. Außerdem ist für die Bewertung des Auftretens der NPD im Landtag relevant, welchen Stellenwert sie selbst der parlamentarischen Arbeit beimißt und was sie sich nach eigener Aussage für die Legislaturperiode vorgenommen hat. Für diesen Zweck werden Wahlkampfmaterial der Partei und Äußerungen ihrer Kandidaten herangezogen.

Die NPD betrieb eher einen Themen- als einen Personenwahlkampf und konnte dabei von dem weitgehend auf die Kandidaten konzentrierten Wahlkampf der übrigen Parteien profitieren.⁹² In sieben Themenflugblättern, zwei Wahlkampfzeitungen und einem „Aktionsprogramm zur Landtagswahl '06“ stellte die NPD sich und ihre Positionen vor. Außerdem wurden unzählige Plakate geklebt, die mit Inhalten wie „Arbeitslosigkeit und Sozialabbau. Wehrt Euch!“ und „Hartz IV-Armut. Praxisgebühr. Mehrwertsteuer. Es reicht!“ sowie „Unsere Kinder sind die Zukunft! Ländliche Schulen erhalten!“ soziale Fragen

thematisierten.⁹³ Andere Plakate wiederum bedienten mit Schlagworten wie „Arbeit statt Einwanderung!“ oder „Touristen willkommen. Asylbetrüger raus!“ gezielt ausländerfeindliche Ressentiments. Protestwähler wurden ebenso durch Sprüche wie „Im Auftrag des Volkes! Den Bonzen auf die Finger hauen!“ angesprochen.⁹⁴

In ihrem Wahlprogramm, das in weiten Teilen identisch ist mit dem Programm der sächsischen NPD zur Landtagswahl 2004, hat die NPD allerdings speziell für Mecklenburg-Vorpommern, das sie in geschichtsrevisionistischem Duktus durchgehend „Mecklenburg und Pommern“ nennt, Forderungen aufgestellt.⁹⁵ Sie bekennt sich zur föderalen Struktur der Bundesrepublik, plädiert für eine Direktwahl des Ministerpräsidenten, positioniert sich mit ihrer Ablehnung der Zusammenlegung von Landkreisen gegen die Kreisgebietsreform und spricht sich gegen jedwede Privatisierung öffentlichen Eigentums aus. Außerdem fordert sie im Bereich der „Arbeits- und Strukturpolitik“ die Abschaffung der Hartz-IV-Gesetze und auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik setzt sie sich für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,80 Euro pro Stunde ein.⁹⁶ Die Gesundheitspolitik betreffend fordert sie u.a. die Abschaffung der Praxisgebühr und spricht sich, um gezielt an positive Erinnerungen vieler Bürger an die DDR anzuknüpfen, für die „Wiederherstellung der Poliklinik-Strukturen“ aus. Unter dem Stichwort „Ausländer“ warnt die NPD in ihrem Landtagswahlprogramm davor, daß es in Mecklenburg-Vorpommern einmal so weit kommen könnte wie in „westdeutschen Ballungsgebieten“. Die „indianischen Völker“ seien ebenfalls ein abschreckendes Beispiel, da sie die Zuwanderung nicht stoppen konnten und jetzt in Reservaten lebten. So weit solle es in Mecklenburg-Vorpommern nicht kommen, da die Abwanderung „große Gefahren“ berge. Deshalb fordert die NPD u.a. einen Stopp der Einwanderung, das Schengener Abkommen solle aufgekündigt werden und alle Arbeitgeber, die ausländische Arbeitskräfte beschäftigen, müßten eine „Fremdarbeiter-Abgabe“ entrichten (hier spielt die NPD mit Vokabeln der Nationalsozialisten). Im Bereich der Landwirtschafts- und Umweltpolitik artikuliert die Partei u.a. ihre Ablehnung der grünen Gentechnik und plädiert für die stärkere Förderung von biologischer Landwirtschaft. Auf dem Ge-

⁹³ Heinrich/Lehmann 2006: 71.

⁹⁴ http://www.npd-mv.de/index.php?sek=0&pfad_id=62&seite_id=60&altp=18, 10. September 2007.

⁹⁵ Vgl. zum folgenden: http://www.npd-mv.de/medien/bilder/ltw_0620060727_aktionsprogramm.pdf, 8. Mai 2007.

⁹⁶ Der Betrag von 8,80 Euro ist von der NPD möglicherweise nicht zufällig gewählt, da die Zahl Acht in rechtsextremen Kreisen für den achten Buchstaben im Alphabet und 88 als Verschlüsselung für „Heil Hitler“ steht. Vgl. Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern 2005: 61.

biet der inneren Sicherheit fordert die NPD höhere Strafen für alle Bereiche der Kriminalität, insbesondere für Korruption und Drogenhandel. Außerdem solle der „Straftatbestand der Amtsuntreue für Steuergeldverschwendung“ eingeführt werden. Die Polizei müsse eine „echte Volkspolizei“ werden, dezentralisiert agieren und mit modernster Technik ausgestattet werden. Die NPD schreibt in ihrem Wahlprogramm, sie wolle sich im Landtag für eine sozial gerechte Bildungspolitik einsetzen, außerdem möchte sie sich dem Problem des „Schulsterbens“ annehmen. In dem Bereich der Kultur als „kollektive[s] Gedächtnis unseres Volkes“ müsse laut NPD die „von den Herrschenden betriebene geistige Verarmung der Massen durch Billigkultur ohne Vermittlung von Werten“ überwunden werden. Privatisierung von Bildungs- und Kultureinrichtungen gelte es zu verhindern, „heimatverbundene“ Vereine stärker zu unterstützen, denjenigen die den „kulturellen Verfall“ vorantrieben, sei die Förderung zu streichen und in gleicher Weise sei auch bei „antideutschen Gruppierungen“ zu verfahren.

In den beiden Wahlkampfzeitungen mit den Titeln „Es reicht“ und „Weiterdenken“ werden zu großen Teilen ähnliche Themen erörtert und die gleichen Vorschläge unterbreitet wie in dem Wahlprogramm der NPD, jedoch ist der Bezug zu Mecklenburg-Vorpommern hier deutlicher erkennbar.⁹⁷ Beispielsweise wird unter der Überschrift „Mit den Roten ins Abseits“ mit der SPD/PDS-Regierung abgerechnet und an anderer Stelle wird die Thematik des Verkaufs von kommunalen Wohnungen angesprochen. Die übrigen Parteien werden als „Altparteien“ oder „Blockparteien“ bezeichnet. Es sind auch mehrere Verweise auf die NPD-Fraktion in Sachsen zu finden, die als „eine Erfolgsgeschichte“ dargestellt wird. In den Flugblättern werden u.a. noch einmal gesondert die Abwanderung, die Asylpolitik sowie wirtschaftspolitische Fragen („Unternehmer, unternimm was!“) thematisiert, eine Anleitung für gerichtliche Klagen gegen Hartz IV gegeben und speziell Nichtwähler angesprochen („Nichtwählen wird teuer“). Außerdem gibt es ein Flugblatt, das mit Schlagworten wie „Dein Land braucht Deinen Einsatz“ und „Deine Stimme ist eine Waffe“ speziell Erstwähler ansprechen sollte.

So schreibt die NPD in ihrem Erstwähler-Flugblatt: „Wir versprechen nichts – das überlassen wir den Maulaffen der Etablierten“. Tatsächlich macht die Partei keine konkreten Wahlversprechen, versichert allerdings, daß es mit ihr im Landtag dort ganz anders werden würde. In das Parlament gehörten „neue, unverbrauchte Kräfte mit Ideen“.⁹⁸ Die NPD sei die „wirkliche Alternative“ und

⁹⁷ Die im folgenden genannten Wahlkampfmaterialien der NPD sind fast alle im Internet zu finden unter: http://www.npd-mv.de/index.php?sek=0&pfad_id=62&seite_id=60&altp=18, 17. September 2007.

⁹⁸ http://www.npd-mv.de/medien/bilder/ltw_0620060727_aktionsprogramm.pdf, 8. Mai 2007.

„echte Oppositionspartei“, eine „authentische, ehrliche Opposition“, die „den Etablierten auf die Finger klopft und wirksam verhindert, daß weitergemauschelt wird wie bisher“. Mit der NPD sei die „Friedhofsruhe im Landtag vorbei“, mit ihr werde „endlich wieder die Stimme des Volkes im Schweriner Schloß erklingen – und diese Stimme wird laut und niemals müde sein!“⁹⁹ Gefragt, was er denn unter „fundamentaler Opposition“ verstehe, antwortet Udo Pastörs, daß es doch zwischen den Positionen der Linken und der CDU gar keine Unterschiede mehr gebe. Als Beispiel nennt er das Thema „Hartz IV“, welches seine Partei als einzige glaubhaft habe besetzen können, da die NPD vorher nicht in Verantwortung gewesen sei und es keine Entscheidungshistorie gegeben habe – „wir konnten sagen, was wir wollten“ – und selbst die Linkspartei.PDS habe nicht gegen „Hartz IV“ gestimmt.¹⁰⁰ Was die Partei jedoch auch unter „Opposition“ versteht, wird ebenfalls durch Äußerungen ihres Spitzenkandidaten deutlich, nämlich Opposition zum bestehenden politischen System. Bei der Wahlkampfauftaktveranstaltung der NPD im mecklenburgischen Lübtheen sagte Udo Pastörs in einer Rede: „In zehn bis fünfzehn Jahren machen wir uns frei von diesem Gaunerstaat“, dann „bestücken wir unsere Besen mit Eisenborsten“ und dann werde rücksichtslos aufgeräumt in diesem Land.¹⁰¹ In einem Flugblatt der NPD – ebenfalls ein Zitat von Udo Pastörs – heißt es: „Die etablierten Politiker haben unser Land völlig kaputt gemacht – Totalschaden. Deshalb müssen wir über ganz neue Wege, über Systemalternativen nachdenken“. Noch fehle ihnen die Macht, diesen „Raubbau an unserem Vermögen“ zu stoppen. Die NPD werde jedoch alles „in ihrer Macht Stehende“ tun, „um dort zu schützen und zu erhalten, wo es nur möglich ist. Und wenn der Zusammenbruch kommt, werden wir zur Stelle sein und mit vereinten Kräften unser Land wieder aufbauen. Zum Wohle der Menschen hier, unserer Erde, unserer Heimat“.¹⁰² Diese neuen Umstände meint die NPD jedoch hauptsächlich auf anderem Wege als über parlamentarische Arbeit zu erreichen. Für den langfristigen Erfolg ihrer Partei hält die NPD eher die Arbeit in den Städten und Dörfern außerhalb des Parlaments für entscheidend. In diesem Sinne äußert sich auch der Anklamer NPD-Abgeordnete Michael Andrejewski. Er erwarte von der Präsenz der Partei im Landtag nicht sonderlich viel, und er wolle sich weiterhin auf die kommunale Arbeit konzentrieren.¹⁰³ Trotzdem hat die NPD sicherlich ein Interesse daran, eine stabile Parla-

⁹⁹ Wahlkampfzeitung der NPD Mecklenburg-Vorpommern: „Weiterdenken“, S. 1.

¹⁰⁰ Interview mit Udo Pastörs am 24. September 2007.

¹⁰¹ Zitiert nach: <http://www.zeit.de/online/2006/38/npd-mecklenburg-vorpommern?page=all>, 26. Juni 2007.

¹⁰² NPD Mecklenburg-Vorpommern, Flugblatt: „Knallharte Oppositionspolitik. Ressourcen erhalten!“.

¹⁰³ Geisler 2007: 8.

mentsarbeit zu entwickeln, da sie sich für einen legalistischen Weg des Systemsturzes entschieden hat und aus diesem Grund die Partei weiterhin wählbar halten möchte.

Nachdem feststand, daß die NPD den Einzug in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern geschafft hatte, äußerte sie ihre Vorstellungen über die Inhalte ihrer parlamentarischen Arbeit. So werden nach dem Landesvorsitzenden der Partei, Stefan Köster, die Themen der ersten Anträge die Abgeordnetendiäten und die ländlichen Schulen sein.¹⁰⁴ Udo Pastörs machte nach der Wahl deutlich, daß er die Unterstützung von Frauen, Behinderten und Asylbewerbern für „Heuchelei“ halte und das Geld seiner Meinung nach statt dessen für die Förderung von Familien sowie für den ländlichen Raum eingesetzt werden solle. Außerdem erwiderte er auf die Frage, ob er Gewalt als politisches Mittel ablehne, daß dies immer darauf ankäme, in welchem Grad das Volk verelendet sei.¹⁰⁵ Eine weitere Äußerung von Pastörs nach der Wahl belegt seine Parlamentarismusfeindlichkeit, man kann ihr aber ebenso entnehmen, wie er sich das Vorgehen der NPD im Landtag vorstellt:

„Ich bin kein großer Anhänger dieser Form des Parlamentarismus. Aber das macht man so, daß man da reingeht und provoziert mit Präzision. Dann werden Sie sehen, wie diese ganzen Viren, diese Parasiten, wach werden, dann sehen die, daß die Axt kommt, daß man das bis aufs Gesunde herausseziert. Das ist die Aufgabe eines nationalen Menschen.“¹⁰⁶

Außerhalb des Parlaments möchte die NPD ebenso aktiv werden. Sie kündigte nach der Wahl an, daß alle ihre Abgeordneten Bürgerbüros eröffnen werden. Michael Andrejewski werde seines schon im Oktober 2006 eröffnen und dort auch Beratung für Arbeitslosengeld-II-Empfänger anbieten. Die Partei möchte augenscheinlich auf diesem Weg ihre kommunale Verankerung ausbauen.¹⁰⁷

Zu konstatieren ist, daß die NPD in ihrer Agitation um die Landtagswahl zu großen Teilen sehr vage bleibt. Sie möchte nichts versprechen, wie sie in einem ihrer Flugblätter schreibt. Ihr geht es nur um das Aufgreifen von populären Themen, um dem Wähler ihr Engagement zu demonstrieren. Einen Schwerpunkt legte sie im Wahlkampf vor allem auf soziale Inhalte wie beispielsweise Arbeitslosigkeit, „Hartz IV“, die Abwanderung und die Situation der ländlichen Schulen. Ebenso präsentierte sich die NPD als einzige Alternative zu den von ihr dif-

¹⁰⁴ <http://www.zeit.de/online/2006/38/wahlen-meckpomm-npd-analyse?page=all>, 26. Juni 2007.

¹⁰⁵ „Neonazis schaffen es in den Schweriner Landtag“, in: Ostsee-Zeitung, 18. September 2006, S. 2.

¹⁰⁶ Zitiert nach: http://www.stern.de/politik/deutschland/570674.html?nv=ct_mt, 1. September 2007.

¹⁰⁷ „Rechte Personalpolitik im Schloss-Café“, in: die tageszeitung, 20. September 2006, S. 7.

famierten „Blockparteien“. Sie stellt sich als einzig wahre Opposition dar und macht aus ihrer Ablehnung des politischen Systems keinen Hehl. Deutlich wird jedoch anhand der Äußerungen von Michael Andrejewski, daß die NPD der parlamentarischen Arbeit wohl einen nicht so entscheidenden Stellenwert einräumt wie ihren Tätigkeiten außerhalb des Landtages in den Kommunen. Darauf deutet ebenso die Betonung der Partei hin, rasch Bürgerbüros eröffnen zu wollen.

5. DIE NPD IM LANDTAG VON MECKLENBURG-VORPOMMERN

Wie agiert nun die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern? Bevor dieser Frage im folgenden nachgegangen wird, wird kurz auf das Ergebnis der Landtagswahl vom 17. September 2006 eingegangen werden: Nach der Wahl sind fünf Parteien – gegenüber den vorherigen drei – im Schweriner Parlament vertreten (vgl. Tabelle 2). Die SPD bleibt trotz deutlicher Stimmeinbußen gegenüber der Landtagswahl 2002 von über zehn Prozentpunkten stärkste politische Kraft.¹⁰⁸ Sie stellt im Landtag 23 Abgeordnete und bildet zusammen mit den 22 Abgeordneten der CDU eine Große Koalition, wodurch die rot-rote Regierung aus SPD und PDS abgelöst wurde. Erstmals seit 1994 ist die FDP wieder im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern vertreten, Bündnis 90/Die Grünen hingegen verpaßten mit einem Ergebnis von 3,4 Prozent den Einzug deutlich. Die Linkspartei.PDS¹⁰⁹ stellt mit 13 Abgeordneten die größte Oppositionspartei im Landtag. FDP und NPD bilden mit sieben und sechs Mandatsträgern fast gleichstarke Oppositionsfraktionen.

Tabelle 2:

Die Wahlergebnisse der im Landtag vertretenen Parteien¹¹⁰

Partei	Linkspartei.PDS	SPD	CDU	FDP	NPD
Zweitstimmen in %	16,8	30,2	28,8	9,6	7,3
Sitze	13	23	22	7	6

Für den Erfolg der NPD waren zwei wichtige organisatorische Voraussetzungen entscheidend: die massive personelle und finanzielle Wahlkampfhilfe durch den sächsischen Landesverband und die Unterstützung durch Angehörige

¹⁰⁸ Vgl. zum folgenden: Schoon 2006: 9-20.

¹⁰⁹ Seit Mitte 2007: „Die Linke“. Weil die Partei jedoch den größten Teil des Untersuchungszeitraumes dieser Arbeit Linkspartei.PDS hieß, wird aus Gründen der Übersichtlichkeit der alte Name verwendet.

¹¹⁰ http://www.statistik-mv.de/index_lwahl.htm?/pages/txt_wahlen_2006_ergebnisse.htm, 11. September 2007.

„Freier Kameradschaften“ besonders im Osten des Bundeslandes.¹¹¹ Die Zusammenarbeit mit der Dresdner Landtagsfraktion manifestierte sich insbesondere in der Person des dortigen Fraktionsvorsitzenden Holger Apfel, der in Mecklenburg-Vorpommern als Wahlkampfleiter fungierte.¹¹²

Im folgenden werden die sechs Abgeordneten der NPD und ihre Mitarbeiter kurz vorgestellt und die soziale Zusammensetzung der Fraktion und ihrer Mitarbeiter analysiert. Anschließend werden die Ereignisse der konstituierenden Sitzung im Hinblick auf das Agieren der NPD-Fraktion, das Verhalten der NPD-Parlamentarier in den Plenarsitzungen und Ausschüssen, die Anzahl der parlamentarischen Initiativen sowie die Themenschwerpunkte, mit denen sich die Fraktion befaßt, dargestellt. In einem letzten Punkt wird auf die Arbeit der NPD außerhalb des Parlaments eingegangen.

5.1 Die Personen

5.1.1 Die Abgeordneten

Udo Pastörs:

- Vorsitzender der NPD-Fraktion und wirtschaftspolitischer Sprecher¹¹³;
- geboren 1952 in Wegberg (Nordrhein-Westfalen);
- Uhrmachermeister, war als Kaufmann im Goldhandel tätig¹¹⁴;
- wohnt seit einigen Jahren im mecklenburgischen Lübtheen, wo er bis vor kurzem ein Uhren- und Schmuckgeschäft führte;
- gehörte der inzwischen verbotenen „Wiking Jugend“ an und war Mitglied der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH)¹¹⁵;
- seit 2000 Mitglied der NPD;
- seit 2005 stellvertretender Landesvorsitzender der Partei in Mecklenburg-Vorpommern;
- Gründungsmitglied der Bürgerinitiative „Braunkohle-Nein“ in Lübtheen, die sich gegen den geplanten Braunkohleabbau in der Region engagiert, wurde jedoch inzwischen aus der Initiative ausgeschlossen¹¹⁶;

¹¹¹ „Mit ‚Kameradschaften‘ in den Landtag“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. September 2006, S. 9.

¹¹² Zum Wahlergebnis der NPD vgl.: Schoon 2006: 9-20 sowie Heinrich/Lehmann 2006: 67-77.

¹¹³ http://www.npd-mv.de/index.php?sek=0&pfad_id=37&cmsint_id=1&detail=1389, 6. Juli 2007.

¹¹⁴ Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2007: 50.

¹¹⁵ Interview mit Udo Pastörs am 24. September 2007.

¹¹⁶ „Ausgeschlossen: Pastörs muss Bürgerinitiative verlassen“, in: Schweriner Volkszeitung, 8. März 2007.

- vor seiner Nominierung zum Spitzenkandidaten der NPD bei der Landtagswahl 2006 kaum öffentlich in Erscheinung getreten, gilt jedoch als „ökonomische[s] und agitatorische[s] Rückrat“ der rechtsextremen Szene in Westmecklenburg¹¹⁷.

Stefan Köster:

- Parlamentarischer Geschäftsführer, zweiter stellvertretender Fraktionsvorsitzender und sozialpolitischen Sprecher der NPD-Fraktion¹¹⁸;
- geboren 1973 in Dortmund;
- Ausbildung zum Versicherungskaufmann und Studium der Betriebswirtschaft, seit 2006 selbstständiger Werbe- und Verwaltungsberater;
- lebt seit einigen Jahren in Pätow-Steegen bei Hagenow im Landkreis Ludwigslust;
- früher ebenfalls bei der „Wiking Jugend“ aktiv¹¹⁹;
- seit 1993 Mitglied der NPD;
- seit 2002 Bundesgeschäftsführer der Partei und seit 2004 Landesvorsitzender der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, gehört dem Regionalen Planungsverband Westmecklenburg an¹²⁰;
- seit 2004 gemeinsam mit einem weiteren Abgeordneten der NPD im Kreistag von Ludwigslust. Beide brachten dort, im Zeitraum von Juli 2004 bis Ende Dezember 2005, nur einen einzigen Antrag ein. Fragen und Reden nutzten sie lediglich zur Selbstdarstellung und verwendeten mehr Energie auf die Präsentation ihrer Arbeit nach außen – etwa im Internet – als auf die eigentliche Arbeit im Kreistag¹²¹;
- wurde als Landesvorsitzender nicht Spitzenkandidat der Partei zur Landtagswahl, weil gegen ihn ein Verfahren wegen schwerer Körperverletzung lief. Köster hatte gemeinsam mit drei anderen Rechtsextremen am Rande einer NPD-Wahlkampfveranstaltung in Schleswig-Holstein eine am Boden liegende Gegendemonstrantin getreten. Gegen ein erstes Urteil hatte Stefan Köster Berufung eingelegt, die Straftat in zweiter Instanz aber eingeräumt, wurde zu einer Geldstrafe von 5400 Euro verurteilt, gilt jedoch nicht als vorbestraft, da es bei dem festgelegten Tagessatz noch zu keinem Eintrag in das polizeiliche Führungszeugnis gekommen ist¹²².

¹¹⁷ http://www.mbt-mv.de/aktuelles/kg_npd_kandidaten.pdf, 29. April 2006.

¹¹⁸ <http://www.npd-fraktion-mv.de/index.php?id=14&obj=680&vchg=2&detail=1>, 22. Mai 2007.

¹¹⁹ <http://www.bnr.de/archiv/jahrgang2007/ausgabe122007/rechtsextremekinderfaenger/>, 1. September 2007.

¹²⁰ Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2007: 31.

¹²¹ Beier u.a. 2006: 100-114.

¹²² <http://www.bnr.de/archiv/jahrgang2007/ausgabe072007/dealmitderjustiz/>,

Tino Müller:

- erster stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Sprecher für Familien- und Arbeitnehmerfragen¹²³;
- geboren 1978 in Ueckermünde, wo er bis heute lebt;
- gelernter Maurer¹²⁴;
- gehört zu den Kameradschaftsangehörigen, die 2005 in die NPD eingetreten sind;
- seit März 2006 Kreisvorsitzender der NPD in Uecker-Randow;
- wichtiger Kopf des „Sozialen und Nationalen Bündnisses Pommerns“ (SNBP) und Sprecher der Bürgerinitiative „Schöner und sicherer wohnen in Ueckermünde“, die sich 2003/2004 gegen den Umzug eines Asylbewerberheimes in das Ueckermünder Stadtzentrum engagierte¹²⁵;
- aktiv in der „Heimattreuen deutschen Jugend“ (HDJ), die in ihren Aktivitäten stark an die verbotene „Wiking Jugend“ erinnert¹²⁶.

Michael Andrejewski:

- innenpolitischer Sprecher der NPD-Fraktion¹²⁷;
- geboren 1959 in Baden-Baden;
- Jura-Studium, das er 2002 nach über 20 Jahren abschloß, bis zum Einzug der NPD in den Landtag arbeitslos;
- wohnt in Anklam;
- wohnte während seines Studiums zeitweilig in Hamburg und war dort Mitglied und Initiator der Gruppe „Hamburger Liste Ausländerstopp“, gründete nach der Wende in Rostock die Gruppe „Rostock bleibt deutsch“, die sich 1992 zur Bürgerschaftswahl stellte und zwei Prozent erzielte¹²⁸;
- seit 1994 Mitglied der NPD;
- Beisitzer im Landesvorstand der NPD;
- seit 2004 Abgeordneter der NPD im Kreistag von Ostvorpommern sowie in der Anklamer Stadtvertretung,¹²⁹ gilt als fähigster und aktivster der kommunalen Vertreter der Partei in Mecklenburg-Vorpommern. Mit der

1. September 2007.

¹²³ <http://www.npd-fraktion-mv.de/index.php?id=14&obj=679&vchg=2&detail=1>, 22. Mai 2007.

¹²⁴ Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2007: 48.

¹²⁵ Fischer 2006: 14, 19, 27-31.

¹²⁶ Hoffmann 2007: 24.

¹²⁷ <http://www.npd-fraktion-mv.de/index.php?id=14&obj=678&vchg=2&detail=1>, 22. Mai 2007.

¹²⁸ Beier u.a. 2006: 46-47.

¹²⁹ Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2007: 9.

Taktik, Thematiken schneller als die anderen Parteien aufzugreifen, ist es Andrejewski besonders in der Anklamer Stadtvertretung gelungen, Themen für die NPD zu besetzen und sie als eine seriös kommunalpolitisch arbeitende Partei darzustellen, konnte vereinzelt seine parlamentarische Isolation dadurch durchbrechen, daß die anderen Parteien von ihm gestellte Anträge einstimmig annahmen¹³⁰.

Raimund Borrmann:

- Sprecher für „Umwelt-, Kultur- und Heimatschutz“¹³¹;
- geboren 1960 in Rostock-Warnemünde;
- Ausbildung zum Koch, anschließend Studium der Philosophie und des Marxismus-Leninismus in Leipzig, arbeitete u.a. in der Denkmalpflege und war an der Sächsischen Akademie der Wissenschaften in Leipzig tätig, zur Zeit selbständiger Unternehmer;
- lebt in Bad-Doberan;
- von 1990 bis 1994 Mitglied des Kreistages Bischofswerda¹³²;
- seit Ende 2004 in der NPD aktiv¹³³.

Birger Lüssow:

- „Jugendpolitischer Sprecher“ der NPD-Fraktion¹³⁴;
- geboren 1975 in Rostock, wo er bis heute lebt;
- gelernter Energieelektroniker;
- in der Kameradschaft „Festungsstadt Rostock“ aktiv;
- seit 2005 Mitglied der NPD¹³⁵;
- seit März 2006 Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Mecklenburg-Mitte¹³⁶.

Das soziale Profil der Mandatsträger der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern stellt sich damit folgendermaßen dar: Unter den sechs Abgeordneten ist keine Frau vertreten. Mit einem Altersdurchschnitt (am Tag der Wahl) von 39,7 Jahren ist die NPD-Fraktion diejenige mit dem durchschnittlich geringsten Lebensalter ihrer Parlamentarier im Landtag. Die FDP-Fraktion liegt mit einem Durchschnitt von 40,6 Jahren etwas darüber, die Links-

¹³⁰ Beier u.a. 2006: 70-90.

¹³¹ <http://www.npd-fraktion-mv.de/index.php?id=14&obj=682&vchg=2&detail=1>, 22. Mai 2007.

¹³² Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2007: 15.

¹³³ „Wir müssen die Menschen aus der Resignation holen“, in: Deutsche Stimme, Mai 2007, S. 3.

¹³⁴ <http://www.npd-fraktion-mv.de/index.php?id=14&obj=681&vchg=2&detail=1>, 22. Mai 2007.

¹³⁵ <http://www.bnr.de/archiv/jahrgang2006/ausgabe242006/waffensnostalgiker/>, 5. Juni 2007.

¹³⁶ Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2007: 42.

partei.PDS ist mit durchschnittlich 51,6 Jahren die Fraktion mit den ältesten Abgeordneten.¹³⁷ Tino Müller ist mit 29 Jahren gemeinsam mit dem Abgeordneten Marc Reinhardt von der CDU der jüngste Mandatsträger im Landtag. Mit 55 Jahren ist Udo Pastörs der älteste Abgeordnete der NPD-Fraktion.

Unter den sechs Abgeordneten der NPD finden sich zwei Arbeiter (Energieelektroniker und Maurer), ein arbeitsloser Jurist, ein selbständiger Unternehmer, ein selbständiger Werbe- und Verwaltungsberater sowie ein selbständiger Kaufmann. Die Fraktion setzt sich demnach aus genau den Berufsgruppen zusammen, welche die NPD überdurchschnittlich stark gewählt haben: Arbeiter, Arbeitslose und Selbständige.¹³⁸ Auffällig ist, daß die beiden Arbeiter in der Fraktion der Kameradschaftsszene zuzuordnen sind, der Anteil an Selbständigen mit drei Mandatsträgern (Pastörs, Köster und Borrmann) und ebenso der Anteil an Studierenden mit drei Personen (Köster, Andrejewski und Borrmann) relativ hoch ist.

Drei der Abgeordneten sind aus West- bzw. Süddeutschland gezielt in die neuen Bundesländer gezogen, da sie dort ein größeres politisches Betätigungsfeld für sich sahen.¹³⁹ Die drei weiteren NPD-Mandatsträger stammen aus Mecklenburg-Vorpommern. Mit Udo Pastörs als Fraktionsvorsitzendem und Stefan Köster als Parlamentarischen Geschäftsführer und zweitem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden nehmen zwei aus Westdeutschland stammende Personen entscheidende Positionen innerhalb der Fraktion ein. Tino Müller hat die Funktion des ersten stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden inne, jedoch ist Stefan Köster als Parlamentarischer Geschäftsführer Mitglied des Ältestenrates und gehört damit dem wichtigsten Lenkungs- und Vermittlungsgremium für parlamentarische Prozesse im Landtag an. Dadurch wird ebenfalls deutlich, daß Tino Müller, aus Mecklenburg-Vorpommern stammend und Vertreter der Kameradschaftsszene, innerhalb der Fraktionshierarchie höchstens an dritter Stelle steht und NPD-Kader aus dem Westteil der Bundesrepublik wichtige Positionen einnehmen. Zu beleuchten ist jedoch, ob im Gegenzug die beiden Kameradschaftsangehörigen in der Fraktion die Arbeit außerhalb des Parlaments dominieren.

Als Landesvorsitzender der NPD in Mecklenburg-Vorpommern und als Angehöriger des Bundesvorstandes der Partei ist Stefan Köster der einzige unter den sechs Abgeordneten, der eine Parteikarriere hinter sich hat. Inzwischen haben bis auf Raimund Borrmann alle weiteren Mandatsträger allerdings ebenfalls eine Funktion im Landesvorstand oder in einem Kreisverband der NPD inne,

¹³⁷ Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2007: 113.

¹³⁸ Vgl. Schoon 2006: 18.

¹³⁹ Vgl. Beier u.a. 2006: 47.

dies jedoch mitunter erst seit kurzer Zeit. Stefan Köster und Michael Andrejewski sind die Mandatsträger, die am längsten der NPD angehören, bzw. im Falle von Andrejewski auch in anderen Gruppierungen Erfahrungen mit parteipolitischer Arbeit sammeln konnten. Ebenso haben diese beiden durch ihre Mandate in kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns Erfahrungen mit parlamentarischer Arbeit. Dies gilt ebenso für Raimund Borrmann, der Anfang der 1990er Jahre in einem Kreistag Sachsens ein Mandat inne hatte. Udo Pastörs, Stefan Köster, Tino Müller und Michael Andrejewski haben darüber hinaus ein zweiwöchiges Praktikum bei der sächsischen NPD-Fraktion absolviert.¹⁴⁰ Köster und Andrejewski haben in ihrer kommunalpolitischen Arbeit unterschiedliche Arbeitsstrategien praktiziert. Von Interesse wird sein, welchen Weg sie im Landtag wählen, und ob sich dort ihre konträren Aktionsformen einander eventuell angenähert haben.

5.1.2 Die Mitarbeiter

Die NPD-Fraktion hat eine Reihe Mitarbeiter engagiert, bleibt mit Informationen über ihr Personal jedoch sehr zurückhaltend. Während andere Fraktionen zumindest die Namen und Funktionen oder sogar Kurzporträts zu ihren Mitarbeitern auf ihren Fraktionsseiten im Internet veröffentlicht haben, sucht man Vergleichbares auf den Seiten der NPD vergeblich. Nicht über alle bei der NPD-Fraktion angestellten Personen sind gleichermaßen Informationen verfügbar, da einige von ihnen bisher kaum öffentlich in Erscheinung getreten sind. Es sind zur Zeit neun Personen bekannt, die bei der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag beschäftigt sind und sieben Personen, die für die Fraktion als Wahlkreismitarbeiter fungieren.

Peter Marx ist der prominenteste unter den Mitarbeitern im Schweriner Landtag. Er war Fraktionsgeschäftsführer für die NPD in Sachsen und ist seit September 2006 in gleicher Funktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern tätig. Marx, Jahrgang 1956, stammt aus der Pfalz und gilt als Multifunktionär der NPD. Er ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Partei, Vorsitzender der NPD in Rheinland-Pfalz und war bis 2005 Landesvorsitzender im Saarland. Dort trat er im September 2004 als Spitzenkandidat zur Landtagswahl an. Die NPD erzielte mit 4 Prozent ein relativ gutes Ergebnis. Im Jahr darauf ließ er sich als Kandidat zur Oberbürgermeisterwahl in Leipzig aufstellen, erreichte für die NPD jedoch nur 2,4 Prozent. Wegen Wählertäuschung ist Peter Marx 2001 verurteilt worden. Er soll 1997 im hessischen Kommunalwahlkampf Unterstützungs-

¹⁴⁰ http://www.npd-mv.net/mvneu/index.php?sek=0&pfad_id=54&cmsint_id=1&detail=456, 14. Juni 2006.

unterschriften für die NPD gesammelt haben, aber besonders älteren Menschen weisgemacht haben, es handele sich um Unterschriften gegen den weiteren Zuzug von Ausländern. Im Frankfurter Römer und im Kreistag von Darmstadt-Dieburg war Peter Marx parlamentarischer Geschäftsführer der NPD und kann somit auf gewisse Erfahrungen in parlamentarischer Arbeit zurückgreifen. Marx hat Jura studiert, allerdings keinen Abschluß gemacht.¹⁴¹

Stefan Rochow war wie Peter Marx zuerst bei der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag tätig und ist nun Referent für Sozialpolitik für die Schweriner Fraktion.¹⁴² Rochow wurde 1976 geboren, stammt aus Mecklenburg-Vorpommern, studierte in Greifswald Pädagogik und war dort in der Burschenschaft „Rugia“ aktiv, die Kontakte zur rechtsextremen Szene halten soll.¹⁴³ Von November 2002 bis Oktober 2007 war er Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten (JN), der Jugendorganisation der NPD.¹⁴⁴ Die Schulhof-CD der NPD, die rechtsextreme Musik enthält und von der Partei auf Schulhöfen verteilt wurde, ist eng mit Stefan Rochow verbunden, dessen Schwerpunkt im Sächsischen Landtag ebenfalls auf Jugendarbeit lag.¹⁴⁵

Jörg Hähnel, Jahrgang 1975, ist ein weiterer Mitarbeiter der Fraktion.¹⁴⁶ Er stammt aus Frankfurt/Oder, ist gelernter Landschaftsgärtner und studiert in Berlin Gesellschafts- und Wirtschaftskommunikation. Hähnel kandidierte bei Wahlen verschiedentlich für die NPD und sitzt seit 2006 für die Partei in der Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Lichtenberg. Seit 2000 ist er Mitglied des Bundesvorstandes der NPD und dort zuständig für den Bereich Medien. Jörg Hähnel tritt außerdem als rechtsextremer Liedermacher in Erscheinung.¹⁴⁷ Ebenso wie Tino Müller ist Hähnel in der HDJ aktiv.¹⁴⁸ Anfang Mai 2007 war Jörg Hähnel aufgefallen, weil in der Sicherheitsschleuse des Schweriner Landtages bei ihm ein 40 Zentimeter langer Teleskopschlagstock gefunden wurde.¹⁴⁹

¹⁴¹ Brech 2005: 14-15 sowie <http://nip.systemli.org/modules.php?op=modload&name=News&file=article&sid=21>, 25. September 2007.

¹⁴² „Rechte Personalpolitik im Schloss-Café“, in: die tageszeitung, 20. September 2006, S. 7.

¹⁴³ http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=322&Itemid=174, 14. Juni 2007.

¹⁴⁴ <http://www.npd-blog.info/>, 12. Oktober 2007.

¹⁴⁵ http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=322&Itemid=174, 14. Juni 2007.

¹⁴⁶ „Achse Schwerin-Dresden mit Leben erfüllt“, in: Deutsche Stimme, Februar 2007, S. 14.

¹⁴⁷ http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=322&Itemid=174, 14. Juni 2007.

¹⁴⁸ <http://www.bnr.de/archiv/jahrgang2007/ausgabe212007/aufmaerscheinkluft/>, 5. November 2007.

¹⁴⁹ „NPD-Mann mit Waffe im Landtag“, in: Ostsee-Zeitung, 4. Mai 2007, S. 1.

Michael Gielnik ist ebenfalls Mitarbeiter der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag. Er wurde 1983 in Haldensleben (Sachsen-Anhalt) geboren und wohnt in Heringsdorf auf Usedom. Er ist gelernter Kfz-Mechaniker und wie Tino Müller im SNBP sowie in der Bürgerinitiative „Schöner und sicherer wohnen in Ueckermünde“ aktiv. Er gehört zu den Aktivisten aus der Kameradschaftsszene, die 2005 in die NPD eingetreten sind und ist inzwischen Mitglied des Landesvorstandes der Partei.¹⁵⁰ Michael Gielnik ist ebenfalls in der HDJ aktiv.¹⁵¹

Karola Suhr (ehemals Nachtigall) ist als Sekretärin des Vorsitzenden Udo Pastörs in der Fraktion angestellt.¹⁵² Sie ist gelernte Schneiderin und stammt aus Ostdeutschland. Von 2000 bis 2002 war sie Landesvorsitzende der NPD von Berlin-Brandenburg und von 2002 bis 2006 Mitglied des Bundesvorstandes der Partei. Karola Suhr hat gemeinsam mit anderen in der rechtsextremen Szene bekannten Frauen im September 2006 den „Ring nationaler Frauen“ gegründet.¹⁵³

Frank Franz soll ebenfalls bis Juni 2007 bei der Schweriner Fraktion angestellt gewesen sein. Er gilt als „Ziehsohn“ von Peter Marx und ist seit 2005 Landesvorsitzender der NPD im Saarland.¹⁵⁴ Reinhard M. Hufnagel, aus Worms stammend, studierter Historiker und Führungskader der Kameradschaft Worms, soll inzwischen ebenfalls nicht mehr bei der Fraktion beschäftigt sein, da es im Juni 2007 bei dem Mitarbeiterstab der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern offenbar einige Veränderungen gegeben hat.¹⁵⁵ Marko Müller, der Bruder von Tino Müller, zählt zu den neu eingestellten Mitarbeitern.¹⁵⁶ Eric Kaden, ebenfalls neu im Mitarbeiterstab der Schweriner Landtagsfraktion der NPD, stammt aus Dresden und betreibt den dort ansässigen „Winkelried-Verlag“, der ein Buch über die Waffen-SS verlegt hat, das auf der Internetseite der NPD Mecklenburg-Vorpommern vorgestellt wurde. Als Landesvorsitzender der Partei und damit verantwortlich für die Website, wurde gegen Stefan Köster Mitte September 2007 Strafanzeige wegen Volksverhetzung erstattet, da in dem empfohlenen Buch die SS verherrlicht werde.¹⁵⁷ Eric Kaden ist ebenso wie Tino

¹⁵⁰ http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=322&Itemid=174, 14. Juni 2007.

¹⁵¹ <http://www.bnr.de/archiv/jahrgang2007/ausgabe212007/aufmaerscheinkluft/>, 5. November 2007.

¹⁵² E-Mail von Karola Suhr vom 12. September 2007.

¹⁵³ http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=322&Itemid=174, 14. Juni 2007.

¹⁵⁴ Ebd.

¹⁵⁵ Ebd.

¹⁵⁶ Ebd.

¹⁵⁷ <http://www.redok.de/content/view/820/36/>, 26. September 2007.

Müller, Jörg Hähnel und Michael Gielnik in der HDJ aktiv, die im April 2007 einen Landesverband in Sachsen gegründet haben soll.¹⁵⁸

Ebenfalls Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion sind David Böttcher und Dirk Schmidt.¹⁵⁹ Über diese beiden ist weiter nichts bekannt. Im November 2007 wurde öffentlich, daß die NPD im Landtag Patrick Wieschke beschäftigt. Dieser absolviert seit Oktober 2007 ein fünfmonatiges Praktikum bei der Fraktion in Vorbereitung als Spitzenfunktionär für den Landtagswahlkampf 2009 in Thüringen. Wieschke ist wegen Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag auf einen türkischen Imbiß und wegen Körperverletzung mehrfach vorbestraft.¹⁶⁰

Als Wahlkreismitarbeiter der NPD sind Andreas Theißen (bei Udo Pastörs), Torgai Klingebiel (bei Stefan Köster), Enrico Hamisch und Alexander Wendt (bei Tino Müller), Dirk Arendt (bei Michael Andrejewski), Thomas Düwel (bei Raimund Borrmann) sowie David Petereit (bei Birger Lüssow) angestellt.¹⁶¹

Andreas Theißen wurde 1972 geboren und wohnt in Langenheide bei Boizenburg. Er ist gelernter Zimmermann, Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Westmecklenburg und kandidierte bei der Landtagswahl 2006 für die Partei als Direktkandidat im Wahlkreis Parchim II. Gegen Theißen wird ermittelt, da er bei der Wahlparty der NPD im September 2006 einen Kameramann des NDR tätlich angegriffen haben soll.¹⁶² Außerdem soll er 1999 wegen Sprengstoffbesitzes zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden sein.¹⁶³

Torgai Klingebiel ist Landesgeschäftsführer der NPD in Mecklenburg-Vorpommern und wurde im Mai 2007 zum stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisverbandes Westmecklenburg gewählt.¹⁶⁴

Enrico Hamisch ist in der rechtsextremen Szene Mecklenburg-Vorpommerns ebenfalls kein unbeschriebenes Blatt. Er wurde 1974 geboren, ist gelernter Koch und Konditor und wohnt in Bansin auf Usedom. Er kandidierte zur Landtagswahl 2006 auf Platz zehn der Landesliste der NPD und als Direktkandidat für den Wahlkreis Demmin I. Hamisch ist Herausgeber des rechtsextremen Rundbriefes „Der Insel Bote“ und gilt als Kopf des „Vereins für

¹⁵⁸ <http://www.bnr.de/archiv/jahrgang2007/ausgabe212007/aufmaerscheinkluft/>, 5. November 2007.

¹⁵⁹ http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=322&Itemid=174, 14. Juni 2007.

¹⁶⁰ <http://www.npd-blog.info/>, 18. November 2007.

¹⁶¹ http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=322&Itemid=174, 14. Juni 2007.

¹⁶² Ebd.

¹⁶³ „Neue Nahrung für das Image der Nazis“, in: Nordkurier vom 28. März 2007.

¹⁶⁴ http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=413&Itemid=241, 28. Juni 2007 sowie http://www.npd-mv.de/index.php?sek=0&pfad_id=38&cmsint_id=1&detail=1418, 28. September 2007.

Volksaufklärung e.V.“ sowie des Kameradschaftsbunds Usedom.¹⁶⁵ Gemeinsam mit dem in Salchow lebenden Alexander Wendt, dem zweiten Wahlkreismitarbeiter von Tino Müller, kaufte Enrico Hamisch im August 2007 einen ehemaligen Möbelmarkt in Anklam. Es wird vermutet, daß in diesem Objekt ein NPD-Schulungszentrum entstehen soll.¹⁶⁶ Alexander Wendt verletzt 2004 bei einer Demonstration eine Fotografin und wurde dafür zu einer Geldstrafe verurteilt.¹⁶⁷ Dirk Arendt, Wahlkreismitarbeiter von Michael Andrejewski, 1976 in Stralsund geboren, ist gelernter Schiffsbauer. Er ist stellvertretender Landesvorsitzender der NPD in Mecklenburg-Vorpommern und seit 2001 Kreisvorsitzender der NPD in Stralsund.¹⁶⁸ Seit 2004 ist Dirk Arendt Mitglied der Stralsunder Bürgerschaft. Dort wurden er und ein weiterer Vertreter der NPD erst wirklich parlamentarisch aktiv, als sie seit Anfang 2006 von Michael Andrejewski in ihrer Arbeit unterstützt wurden.¹⁶⁹ Über den Wahlkreismitarbeiter von Raimund Borrmann, Thomas Düwel, ist weiter nichts bekannt, über David Petereit, Mitarbeiter von Birger Lüssow, hingegen schon. Dieser wurde 1981 in Rochlitz geboren und studiert Jura in Rostock. David Petereit gehört ebenfalls zu den Personen aus der Kameradschaftsszene, die 2005 in die NPD eingetreten sind und fungiert als Landesschiedsgerichtsvorsitzender der Partei. Er kandidierte bei der Landtagswahl 2006 auf der Landesliste der NPD auf Platz 13 und als Direktkandidat für den Wahlkreis Mecklenburg-Strelitz I.¹⁷⁰ David Petereit gilt als Mitbegründer der „Mecklenburgischen Aktionsfront“, einer Dachorganisation von Kameradschaften im Landkreis Mecklenburg-Strelitz.¹⁷¹

Unter den insgesamt 16 Mitarbeitern der NPD-Fraktion befindet sich nur eine Frau. Nicht von allen Mitarbeitern ist das Alter bekannt, es fällt jedoch auf, daß neun der Mitarbeiter, bei denen Angaben zum Lebensalter vorhanden sind, bis auf Peter Marx alle zwischen 24 und 35 Jahren alt sind. Die NPD rekrutiert also nicht nur ihre Mandatsträger, sondern auch ihrer Mitarbeiter tendenziell aus jungen Altersgruppen. Die berufliche Ausbildung ist ebenfalls nur von neun Personen bekannt. Davon haben vier eine akademische Ausbildung bzw.

¹⁶⁵ http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=322&Itemid=174, 14. Juni 2007.

¹⁶⁶ http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=575&Itemid=92, 10. Oktober 2007.

¹⁶⁷ „Neue Nahrung für das Image der Nazis“, in: Nordkurier, 28. März 2007.

¹⁶⁸ http://www.npd-mv.de/index.php?sek=0&pfad_id=51&cmsint_id=1&detail=542&altp=33 28. September 2007.

¹⁶⁹ Beier u.a. 2006: 130.

¹⁷⁰ http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=322&Itemid=174, 14. Juni 2007.

¹⁷¹ Mobiles Beratungsteam für demokratische Kultur 2006: 21.

studieren derzeit noch; die übrigen fünf haben handwerkliche Ausbildungen absolviert. Seit Frank Franz und Reinhard M. Hufnagel nicht mehr dem Mitarbeiterstab der Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern angehören, ist Peter Marx der einzige aus Westdeutschland stammende unter den neun Mitarbeitern, über die es Angaben zu ihrer Herkunft gibt. Die übrigen acht Personen stammen aus Ostdeutschland, davon aber vermutlich nur Stefan Rochow, Marko Müller und Dirk Arendt ursprünglich aus Mecklenburg-Vorpommern. Es sind jedoch lediglich Peter Marx, Stefan Rochow, Eric Kaden, Jörg Hähnel und Karola Suhr für ihre Tätigkeit in der Schweriner NPD-Fraktion in den Norden gekommen, die übrigen acht der 13 Personen, deren Wohnort bekannt ist, sind in Mecklenburg-Vorpommern früher schon ansässig gewesen. Von den zehn Personen, deren weitere politische Aktivitäten bekannt sind, stammen Michael Gielnik, Enrico Hamisch und David Petereit aus der Kameradschaftsszene. Das ist angesichts der Rolle, welche die Kameradschaften in Mecklenburg-Vorpommern und dabei vor allem in Vorpommern spielen, nur eine geringe Anzahl.¹⁷² Es können jedoch daraus keine Schlußfolgerungen gezogen werden, da von sechs der 16 Personen nur wenige bis keine Informationen über deren politische Aktivitäten vorhanden sind und bei einigen Personen, die vermutlich in Kameradschaften aktiv sind, dies nicht belegt werden kann.¹⁷³ Die Fraktionsmitarbeiter Eric Kaden und Jörg Hähnel sind in der HDJ, einer Vorfeldorganisation der Kameradschaften, aktiv. Erfahrung mit parteipolitischer Arbeit haben neun der Mitarbeiter durch ihre Funktionen in einem Kreis-, im Landes-, bzw. Bundesvorstand der Partei, aber lediglich Peter Marx, Stefan Rochow, Jörg Hähnel und Dirk Arendt haben bereits Erfahrungen mit parlamentarischer Arbeit sammeln können.

Welche Funktionen die Mitarbeiter im einzelnen genau ausüben, ist nicht bei allen bekannt. „In Ermangelung von Personal“, so Udo Pastörs, müßten die wissenschaftlichen Mitarbeiter jedoch „zwei, drei Felder beackern“. Grund dafür sei „antidemokratisches Verhalten der Blockparteien“, die die „Budgets zusammengestrichen“ hätten.¹⁷⁴ Hintergrund dieser Aussage ist die Änderung des Abgeordnetengesetzes am Anfang der Legislaturperiode. Diese Neuerung sieht vor, daß das Berechnungsverfahren für die Fraktionsgelder geändert, diese dadurch gesenkt werden und kleinere Fraktionen weniger Geld erhalten. Die NPD bekommt mit sechs Abgeordneten dadurch 600.000 statt 847.000 Euro an jährlichen Zuwendungen. Die FDP-Fraktion hat mit sieben Abgeordneten An-

¹⁷² Vgl. dazu beispielsweise Hoffmann 2007: 21-25.

¹⁷³ Laut Toralf Staud stellen Kameradschaftsangehörige „etwa die Hälfte von Fraktion und Referentenstab“ vgl. Staud 2008: 33.

¹⁷⁴ Interview mit Udo Pastörs vom 24. September 2007.

spruch auf 675.000 statt 882.000 Euro.¹⁷⁵ Ein weiterer Aspekt dürfte die Suche der NPD nach geeignetem Personal – angesichts zahlreicher Vorbestrafter in ihren Reihen – erheblich erschwert haben: Das neue Abgeordnetengesetz sieht ebenfalls vor, daß Fraktionsmitarbeiter sowie Wahlkreismitarbeiter ein polizeiliches Führungszeugnis vorzulegen haben.¹⁷⁶

5.2 Das Agieren der NPD im Landtag

Zu dem Stellenwert der Schweriner Landtagsfraktion der NPD innerhalb der Strategie der Partei sagte Udo Pastörs:

„Das ist ungeheuer wichtig gewesen, daß wir hier reinkommen. Sie wissen, daß wir Jahrzehnte in der Bedeutungslosigkeit verharret sind, nach den Erfolgen, die wir in den 60er Jahren hatten [...]. Die NPD hat als Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern die Leuchtturmfunktion [...] mit sehr gut überlegten Themen, im Rahmen dessen, was uns möglich ist, diesen Leuchtturm immer wieder aufblitzen zu lassen. Wir haben nicht die Kraft, daß er also ständig wie eine Blinkleuchte wahrzunehmen ist, aber wir sind schon in der Lage immer wieder durch gezielte Besetzung von Themen dafür zu sorgen, daß das mal wieder aufflackert. [...] Also, in unserer Strategie ganz wichtig: Leuchtturmfunktion der Fraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern.“¹⁷⁷

Interessant dabei ist, daß Pastörs in diesem Zitat erstens die Kontinuität zu den NPD-Fraktionen in den Landtagen der 1960er Jahre und zweitens eine Verbindung zu der Fraktion in Sachsen herstellt, die ebenso eine „Leuchtturmfunktion“ habe. Wie die NPD-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern u.a. ihre „Leuchtturmfunktion“ ausübt, und was wahrscheinlich darunter zu verstehen ist, wie die „Blinkleuchte“ von der Fraktion zum Aufflackern gebracht wird, und welche Themen sie wie gezielt besetzt, wird im folgenden analysiert.

5.2.1 Die konstituierende Sitzung des Landtages

In der konstituierenden Sitzung des Landtages der 5. Wahlperiode (2006-2011) am 16. Oktober 2006 wurde über die neue Geschäftsordnung des Schweriner Landtages abgestimmt, die mehrere Änderungen gegenüber der alten Variante vorsah.¹⁷⁸ Diese Neuerungen sollen nachfolgend erläutert werden, da

¹⁷⁵ Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2006b: 17. Die NPD hat dennoch im Vergleich zu den anderen Fraktionen die höchste finanzielle Ausstattung je Abgeordneten im Jahr. Vgl. Schlotmann 2008: 22.

¹⁷⁶ Vgl. Drucksache 5/10.

¹⁷⁷ Interview mit Udo Pastörs vom 24. September 2007.

¹⁷⁸ Daneben wurde – wie bereits erwähnt – das Abgeordnetengesetz geändert. Darüber hinaus wurde durch Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes verhindert, daß die NPD einen Sitz in der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) bekommt, die für die Aufsicht über den Verfassungsschutz zuständig ist.

das Verhalten der NPD-Fraktion nur im Kontext der parlamentarischen Regeln betrachtet werden kann.

Die neue Geschäftsordnung ist weitgehend identisch mit der Geschäftsordnung der vorhergehenden Wahlperiode, es wurden jedoch einige Änderungen beschlossen, die zum Großteil ihre Ursache in der Anwesenheit der NPD-Fraktion im Landtag haben und aus Erfahrungen mit der NPD-Fraktion in Sachsen resultieren.¹⁷⁹ So wurden u.a. die Redezeiten im Plenum gestaffelt nach den Wahlergebnissen der Fraktionen. Ist für einen Tagesordnungspunkt beispielsweise eine Aussprache von 30 Minuten vereinbart worden, kann die NPD nach geänderter Geschäftsordnung maximal drei Minuten zu diesem Punkt reden.¹⁸⁰ Dies soll verhindern, daß eine Partei die Möglichkeit hat, durch die Einbringung einer Vielzahl von Anträgen ihre Redezeit auszudehnen. Nach neuer Geschäftsordnung soll es ebenfalls, außer bei Wahlen und Vertrauensfragen, keine geheimen Abstimmungen mehr geben.¹⁸¹ Eine weitere Änderung betrifft die Besetzung von Ausschußvorsitzen, die nach dem d'Hondt-Verfahren erfolgen soll. Der NPD stünde damit erst ab einer Anzahl von zehn Ausschüssen ein Vorsitz zu.¹⁸²

Die NPD-Fraktion hat in der konstituierenden Sitzung allein zu der neuen Geschäftsordnung 17 Änderungsanträge in den Landtag eingebracht. Laut NPD formulierte Michael Andrejewski diese Anträge, der sich auch als erster Abgeordneter der Fraktion im Landtag zu Wort meldete.¹⁸³ Seiner Ansicht nach eröffne die Geschäftsordnung „die Möglichkeit reiner Willkür“ und sie wäre „der Volkskammer angemessen gewesen“.¹⁸⁴ Äußerungen der NPD-Fraktion, die eine Parallelisierung mit der DDR erzeugen sollen, zogen sich durch die gesamte konstituierende Sitzung. Die Vokabel „Volkskammer“ wurde von der NPD wiederholt bemüht, und die anderen Parteien wurden von Udo Pastörs und Stefan Köster als „Blockparteien“ bezeichnet.¹⁸⁵ In ihren Änderungsanträgen zur Geschäftsordnung forderte die NPD u.a., daß jeder Fraktion bei der Zweiten Lesung eines Gesetzentwurfes eine Mindestredezeit von zehn Minuten zur Verfügung stehen solle. Die Begründung der NPD zu diesem eigentlich sachlichen Gegenstand – der Redezeit im Landtagsplenum – enthielt ideologische Anklänge

¹⁷⁹ „Erste Sitzung mit der NPD-Fraktion“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Oktober 2006, S. 6.

¹⁸⁰ Vgl. Drucksache 5/1, Anlage 6.

¹⁸¹ Vgl. Drucksache 5/1, § 92.

¹⁸² „Politische Fußfesseln für die NPD“, in: Ostsee-Zeitung, 12. Oktober 2006, S. 6.

¹⁸³ http://www.npd-fraktion-mv.de/index.php?sek=0&pfad_id=8&cmsint_id=1&detail=678&ap=8, 10. Februar 2007.

¹⁸⁴ Plenarprotokoll 5/1, S. 6.

¹⁸⁵ Plenarprotokoll 5/1, S. 6, 13, 14, 18, 21.

und Behauptungen. Die übrigen Fraktionen wurden als „sogenannte multikulturelle Fraktionen“ bezeichnet und „[a]lles andere“ als ein Minimum an Redezeit von zehn Minuten sei „eine Farce“ und würde „die im Volk vorherrschende Meinung“ bekräftigen, „dass der Landtag eigentlich überflüssig sei“.¹⁸⁶ In einem weiteren Änderungsantrag zur Geschäftsordnung sprach sich die NPD gegen die Einsetzung eines dritten Vizepräsidenten aus, da dies dem Steuerzahler „nicht zuzumuten“ sei.¹⁸⁷ Die FDP hatte den Posten eines dritten Vizepräsidenten für ihre Fraktion beantragt. Die NPD benannte trotz ihrer eigentlichen Ablehnung mit Tino Müller einen eigenen Kandidaten für die Wahl zu diesem Posten und erklärte, daß dieser die erhöhten Diäten für Sozialprojekte in Mecklenburg-Vorpommern spenden würde.¹⁸⁸ Durch die Nachnominierung Tino Müller als Kandidat für die Wahl mußte die Sitzung unterbrochen werden, um die Unterlagen entsprechend vorzubereiten. Dieser Umstand wurde von Michael Andrejewski und Raimund Borrmann sogar mit Beifall quittiert.¹⁸⁹ Die NPD versuchte ebenfalls, durch die Nachnominierung eines Kandidaten bei der Wahl des Schriftführers und die Beantragung von namentlichen Abstimmungen die konstituierende Sitzung des Schweriner Landtages in die Länge zu ziehen. Die zur Wahl stehenden Kandidaten der NPD erhielten jeweils nur die sechs Stimmen der eigenen Fraktion und auch ihre Anträge wurden von den übrigen Parteien geschlossen abgelehnt. Bei der Abstimmung zur Geschäftsordnung stimmte die NPD demonstrativ nicht mit.¹⁹⁰

Allen voran versuchte Michael Andrejewski, das Geschehen in der ersten Landtagssitzung im Sinne der NPD zu steuern, aber auch Stefan Köster und Udo Pastörs, welcher von „präsidialdiktatorische[n] Maßnahme[n]“ sprach und dafür einen Ordnungsruf erhielt,¹⁹¹ waren in dieser Hinsicht aktiv. Die übrigen drei Abgeordneten der NPD meldeten sich nicht zu Wort. Andrejewski war es auch, der am Ende der konstituierenden Sitzung Einspruch gegen die Abhaltung einer zweiten Sitzung des Landtages noch am selben Tag erhob, was allerdings von der Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider (SPD) nicht beachtet wurde.¹⁹² Die NPD wollte schon mit zwei ihrer Änderungsanträge zur Geschäftsordnung die Einberufung einer weiteren Sitzung am Tag der konstituierenden Sitzung verhindern.¹⁹³ In einem Eilantrag an das Landesverfassungsgericht wollte die NPD

¹⁸⁶ Drucksache 5/30.

¹⁸⁷ Drucksache 5/17.

¹⁸⁸ Plenarprotokoll 5/1, S. 14.

¹⁸⁹ Plenarprotokoll 5/1, S. 15.

¹⁹⁰ Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 2006a: 3.

¹⁹¹ Plenarprotokoll 5/1, S. 20.

¹⁹² Plenarprotokoll 5/1, S. 22.

¹⁹³ Drucksachen 5/26, 5/33.

wegen der Nichtbeachtung von Andrejewskis Einspruch die Sondersitzung für unrechtmäßig erklären lassen. Das Gericht wies das jedoch zurück, da die Autonomie des Landtages als gesetzgebendes Organ schwerer wiege, als die Interessen einzelner Abgeordneter.¹⁹⁴

Im Interview äußerte sich Udo Pastörs zu der Strategie der NPD folgendermaßen:

„Zunächst ist es für uns erst einmal ganz wichtig, daß wir nach dem Einzug nicht abtauchen. Das ist immer eine sehr große Gefahr für eine kleine Partei, die ihr Maximum an Möglichkeiten in einen Wahlkampf hinein gibt und danach keine Luft mehr hat, sowohl materiell als auch personell. Und auch aus anderen Gründen dann abzutauchen, daß man also nach der Wahl nichts mehr hört.“¹⁹⁵

In der ersten Sitzung des Landtages ist die NPD mit Sicherheit nicht „abgetaucht“, sondern hat ihren Auftritt inszeniert, indem sie den Ablauf der Sitzung durch Anträge oder durch das Nachreichen von Wahlvorschlägen gezielt in die Länge zog und für Unterbrechungen sorgte. Die NPD versuchte, mit polemischen Äußerungen das Parlament sowie die übrigen Parteien zu diskreditieren und diese zu Fehlern im parlamentarischen Handeln zu verleiten. Mit allen diesen Maßnahmen versuchte die NPD die konstituierende Sitzung zu dominieren, sowie die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erregen, was ihr durchaus gelang.¹⁹⁶

5.2.2 Die NPD im Landtagsplenum

Bei den Plenarsitzungen des Landtages ist die NPD-Fraktion fast immer vollzählig anwesend. Die NPD-Fraktion macht von ihrem Rederecht im Plenum starken Gebrauch. Bis auf wenige Ausnahmen hat sie sich im Untersuchungszeitraum zu jedem in den Landtag eingebrachten Antrag oder Gesetzentwurf geäußert. Bei einer quantitativen Auswertung der Redebeiträge der NPD-Fraktion in 22 Landtagssitzungen ergibt sich folgendes Bild: Die NPD hat sich insgesamt 199 mal zu Wort gemeldet.¹⁹⁷ Diese Wortmeldungen können unterteilt werden in Reden zur Einbringung von Anträgen der eigenen Fraktion; Reden zu Anträgen anderer Fraktionen oder der eigenen Fraktion, die keine Einbringungsreden waren; mündlich vorgetragene Geschäftsordnungsanträge, worunter auch Begründungen zur Einbringung von Dringlichkeitsanträgen fallen; sowie

¹⁹⁴ „Greifswalder Gericht schmettert NPD-Antrag ab“, in: Ostsee-Zeitung, 19. Oktober 2006, S. 1.

¹⁹⁵ Interview mit Udo Pastörs am 24. September 2007.

¹⁹⁶ So titelt beispielsweise „Spiegel Online“: „Eklat zur Parlaments-Premiere der NPD“; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,442894,00.html>, 4. November 2007.

¹⁹⁷ Mündliche Anfragen wurden nicht mitgezählt.

persönliche Erklärungen zur Enthaltung bei Abstimmungen nach § 96 der Geschäftsordnung (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3:

Anzahl der Wortmeldungen der NPD-Abgeordneten im Plenum (16.10.2006-11.7.2007)

Abgeordneter der NPD	Einbringung von Anträgen	Reden	Zur Geschäftsordnung	Persönliche Erklärungen	Gesamt
Michael Andrejewski	7	31	11	-	49
Stefan Köster	6	28	8	2	44
Udo Pastörs	5	27	7	-	39
Raimund Borrman	5	16	3	1	25
Birger Lüssow	4	17	2	-	23
Tino Müller	3	15	1	-	19

Die Abgeordneten der NPD, wie bei anderen Fraktionen ebenfalls üblich, sind jeweils auf bestimmte Politikfelder festgelegt und halten sich auch weitgehend in ihren Redebeiträgen an diese Einteilung. Auffällig bei der Anzahl der Redebeiträge der NPD-Mandatsträger ist, daß die drei Abgeordneten Michael Andrejewski, Stefan Köster und Udo Pastörs gemeinsam einen Anteil von 66,3 Prozent der Redebeiträge der NPD bestritten haben, wohingegen auf Raimund Borrman, Birger Lüssow und Tino Müller nur 33,7 Prozent der Wortmeldungen entfallen. Bei den Geschäftsordnungsanträgen steht ebenfalls Michael Andrejewski mit einer Anzahl von elf gegenüber Tino Müller, der mit nur einer Meldung zur Geschäftsordnung den letzten Platz einnimmt, an der Spitze. Andrejewski hat augenscheinlich die parlamentarischen Abläufe am besten verinnerlicht oder nutzt die parlamentarischen Möglichkeiten am häufigsten.

Der Duktus der Redebeiträge der NPD-Abgeordneten reicht von betont sachlich über polemisch bis hin zum kalkulierten Eklat. Die NPD setzt häufig bei ihren in der Regel geschriebenen Reden auf eine sachliche Argumentation, wobei die Seriosität des Gesagten in vielen Fällen durch statistische Daten oder mit Zitaten von Fachleuten unterstrichen werden soll. Es wird auch vereinzelt von ihr um Zustimmung für die eigenen Anträge geworben. So appellierte beispielsweise Stefan Köster bei seiner Einbringungsrede des Dringlichkeitsantrages der NPD „Nein zur Rente erst ab 67“ an die anderen Fraktionen: „Folgen Sie nicht ihrem Parteibuch, sondern Ihrem Gewissen und ermöglichen Sie ein schnelles Handeln dieses Hohen Hauses“.¹⁹⁸ Die Fraktion der NPD ist darum bemüht, sich ein eigenes Profil zu geben. Dies gelingt ihr nur in Ansätzen. So tritt Raimund Borrman als Fachmann der Fraktion für Gentechnik auf, und Michael

¹⁹⁸ Plenarprotokoll 5/8, S. 4.

Andrejewski hat sich insbesondere des Themas „Hartz IV“ angenommen. Er pocht darauf, daß die NPD dieses Thema glaubwürdiger vertreten könne, als die anderen Fraktionen, da bei ihr „selbst Hartz-IV-Empfänger auf der Liste sind und auch in den Landtag eingezogen sind“, womit er u.a. sich selbst meint.¹⁹⁹ Bei anderer Gelegenheit sagte Andrejewski: „Ich bin nicht nur Jurist, ich weiß auch, wie man mit Hartz IV lebt. Da kann keiner von Ihnen mithalten. Das ist eine sehr gute Waffe im politischen Kampf.“²⁰⁰ Im großen und ganzen läßt sich jedoch konstatieren, daß die NPD im Landtagsplenum bei Kritik stehenbleibt, ihre Beiträge oft oberflächlich bleiben und ihre Argumentation, wie ein bestimmtes Problem gelöst werden könnte, in den meisten Fällen auf ihre Vorstellungen einer Änderung des politischen Systems hinausläuft. So sei beispielsweise laut Tino Müller „die soziale Frage“ nur durch eine „Neuordnung der gesamtdeutschen Lebensverhältnisse“ zu lösen, worunter er sich die Errichtung einer „Volksgemeinschaft“ und einer „raumorientierten Volkswirtschaft“ vorstellt.²⁰¹

Bevorzugt wird von der NPD die in ihren Augen vorhandene Unfähigkeit der Landesregierung und der übrigen Parteien betont. Diese werden gerne als „Pseudodemokraten“, „Altparteien“, „Systemparteien“²⁰² oder „Blockparteien“²⁰³ diffamiert. Die Abgeordneten der Linkspartei.PDS werden häufig als „PDS-Kommunisten“ bezeichnet. Außerdem spricht die NPD den anderen im Landtag vertretenen Fraktionen den Anspruch als Vertreter des Volkes ab. Dies wird oft mit antikapitalistischen Anklängen verbunden. So äußerte sich beispielsweise Stefan Köster in der 12. Landtagssitzung folgendermaßen: „Ihre Parteien und Sie sind es aber, welche zielsicher an den Bedürfnissen der Menschen vorbeiarbeiten und dabei mehr Lobbyvertreter als Volksvertreter sind“.²⁰⁴ Oder derselbe zu einem Antrag der Linkspartei.PDS zum Gesundheitswesen: „In diesem von Ihnen als Vertreter der liberal-kapitalistischen Parteien gewünschten Wettbewerb sind vor allem die Patienten und die Beschäftigten die Opfer“ und weiter:

„Alles wollen Sie dem Wettbewerb unterwerfen, bei dem nur die Kostenseite eine Rolle spielt, nicht aber der Nutzen der Allgemeinheit. Solange in Deutschland Parteien an der Macht sind, für die Menschen nur Humankapital sind, ist es schlecht um uns Deutsche bestellt.“²⁰⁵

¹⁹⁹ Plenarprotokoll 5/8, S. 48.

²⁰⁰ Plenarprotokoll 5/22, S. 124.

²⁰¹ Plenarprotokoll 5/18, S. 14.

²⁰² Dieser Ausdruck wurde von den Nationalsozialisten schon in der Weimarer Republik mit dem Ziel der Abwertung der anderen Parteien verwendet.

²⁰³ Mit diesem Begriff möchte die NPD die anderen Parteien in die Nähe der Blockparteien der DDR rücken und damit suggerieren, daß es keine programmatischen Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien gibt.

²⁰⁴ Plenarprotokoll 5/12, S. 45-46.

²⁰⁵ Plenarprotokoll 5/20, S. 48-49.

Wie an diesen Zitaten zu sehen ist, äußert die NPD-Fraktion in den meisten ihrer Reden im Plenum mehr oder weniger offen ihre ideologischen Vorstellungen. Im folgenden sollen Zitate einzelner Abgeordneter der NPD als Beispiel für ihre ideologische Haltung aufgeführt werden. Das heißt nicht, daß andere Mandatsträger der Fraktion im Schweriner Landtag sich nicht in ähnlicher Weise erklären. Die ausgewählten Zitate sind jedoch auch für die Selbstdarstellung der jeweiligen Abgeordneten der NPD im Plenum kennzeichnend. Dabei kann Tino Müller als radikalster unter ihnen gelten, da er sich in seinen Reden im Plenum immer wieder mit völkischem, ausländerfeindlichem und rassistischem Unterton äußert.

Michael Andrejewski machte in einer Rede anlässlich eines Antrages der SPD und CDU zur Verbraucherpolitik in Mecklenburg-Vorpommern wiederum die kapitalismuskritische Haltung der NPD, aber auch ihre Europa- und Globalisierungsfeindlichkeit deutlich. Er sprach von drei „heiligen Kühen“, dieses „real existierenden Systems“, die dem Verbraucherschutz im Wege stünden und gegen die seine Fraktion sei: Erstens die „Herrschaft des Lobbyismus“, zweitens „die Europäische Union“ und drittens „Globalisierung und freier Handel“.²⁰⁶ Im Zusammenhang mit einem Antrag der Linkspartei.PDS zur Reform der Erbschaftssteuer brachte Udo Pastörs jedoch zum Ausdruck, daß es der NPD-Fraktion bei ihrer immer wieder hervorgebrachten Kritik am Kapitalismus nicht um dessen Abschaffung geht: „Es ist Zeit, dass der Neidgesellschaft eine neue Anerkennungskultur entgegengesetzt wird [...] Wir brauchen Unternehmen mit guter Eigenkapitalausstattung und keinen Klassenkampf.“²⁰⁷ Die NPD macht auch im Landtag keinen Hehl aus ihren systemfeindlichen Positionen. Raimund Borrmann sagte beispielsweise: „Ich bin hier, weil ich den Glauben an die Regierung und dieses politische System verloren habe.“²⁰⁸ In einer Äußerung Udo Pastörs' wird außerdem deutlich, daß die Fraktion zentrale Elemente der parlamentarischen Demokratie wie etwa die Parteien ablehnt, die Ausdruck einer pluralistischen Gesellschaft sind: „[W]ir lehnen nicht diesen Staat ab, sondern wir lehnen den Parteienstaat ab, den sich die Parteien schon längst als Beute unter den Nagel gerissen haben.“²⁰⁹ In seiner Begründungsrede zum Dringlichkeitsantrag der NPD „Kampagne zur Filmförderung in Europa durch die EU-Kommission“ wurde Pastörs' homophobe Einstellung offenbar. Der Werbefilm der EU-Kommission, in dem „zwei kopulierende Männer“ gezeigt werden, sei eine

²⁰⁶ Plenarprotokoll 5/20, S. 16.

²⁰⁷ Plenarprotokoll 5/15, S. 72.

²⁰⁸ Plenarprotokoll 5/10, S. 9.

²⁰⁹ Plenarprotokoll 5/16, S. 18.

„unverhohlene Werbung für Homosexuelle“ und dazu geeignet „insbesondere junge Menschen sozial-ethisch zu verwirren und in ihrer natürlichen sexuellen Entwicklung zu stören“.²¹⁰ Die NPD-Fraktion argumentiert immer wieder völkisch, so beispielsweise Tino Müller zu einem Antrag der Linkspartei.PDS für ein kostenfreies Mittagessen für Schüler an staatlichen Grundschulen:

„Bei uns stehen deutsche Kinder und Familien an erster Stelle. Bei uns wäre ein kostenloses Mittagessen für Schulkinder nur eine kleine, völlig selbstverständliche Anfangsmaßnahme einer Familienförderungs politik, die die Existenz unseres Volkes sichern soll.“²¹¹

Indem die NPD betont, daß sie etwa soziale Leistungen für „Deutsche“ befürwortet, schließt sie damit in Deutschland lebende Ausländer aus. Die Fraktion dokumentiert damit nicht nur ihre Ausländerfeindlichkeit, sondern geht noch einen Schritt weiter. Indem sie die Gleichheit aller Menschen negiert, argumentiert sie klar rassistisch:

„[I]hrer Gleichmacherei bei Geschlecht, Kultur und Abstammung, also Ihr falsches Menschenbild und Hirngespinnst der Integration. Das Bildungsdesaster beruht in erster Linie auf dem Ausländerproblem. Der Versuch von Integration ist gescheitert. Daher sind diese Bemühungen einzustellen.“²¹²

Geschichtsrevisionistische Elemente sind in den Reden der NPD-Abgeordneten ebenso zu finden. Neben der Bezeichnung des Bundeslandes mit „Mecklenburg und Pommern“, die wiederholt von mehreren Abgeordneten der NPD gebraucht wird, scheint Raimund Borrmann der Spezialist der Fraktion für geschichtsrevisionistische Äußerungen zu sein. So plädierte er für ein Verbot gentechnisch veränderter Organismen in Deutschland „unter Einschluss Österreichs“²¹³ oder sprach von einer „kleinen deutschen Einheit“ vor 17 Jahren und brachte damit seine Nichtanerkennung der Ostgrenze der Bundesrepublik zum Ausdruck.²¹⁴ Einen direkten positiven Bezug zum Dritten Reich versucht die NPD in ihren Äußerungen zu vermeiden, er ist jedoch unterschwellig zu spüren, wenn beispielsweise die Begriffe „Volksgenossen“ oder „Volksgemeinschaft“, die durch die Nationalsozialisten geprägt wurden, von Tino Müller in seinen Reden verwendet werden.²¹⁵ Außerdem sprach Birger Lüssow im Zusammenhang eines Antrages der Linkspartei.PDS zur Förderung von Klassenfahrten zu KZ-Gedenkstätten, von einem „Schuldkult“ und warnte davor, daß „in der Ge-

²¹⁰ Plenarprotokoll 5/20, S. 15-16.

²¹¹ Plenarprotokoll 5/11, S. 64.

²¹² Tino Müller zum Antrag der Linkspartei.PDS: „Vorschulische Bildung ausdehnen und weiterentwickeln“, Plenarprotokoll 5/18, S. 32.

²¹³ Plenarprotokoll 5/9, S. 38.

²¹⁴ Plenarprotokoll 5/19, S. 73.

²¹⁵ Plenarprotokoll 5/19, S. 81 und Plenarprotokoll 5/18, S. 14.

schichte deutsche Opfer als Opfer zweiter Klasse verunglimpft“ würden.²¹⁶ Interessant ist dabei, daß bei der Neueinbringung, nach Beratung im Bildungsausschuß und Erweiterung des Antrages um die Förderung von Klassenfahrten auch zu Gedenkstätten der DDR-Geschichte, Birger Lüssow als einziger NPD-Abgeordneter für den Antrag votierte, während seine Fraktionskollegen sich der Stimme enthielten. „[D]ie Zeitgeschichte vor und nach 1945“ solle gleichermaßen eingebunden sein und das Geschichtsbewußtsein der Schüler nicht von einem „Tunnelblick begrenzt“ werden, so Lüssow.²¹⁷

Anfang Dezember 2006 provozierte Birger Lüssow jedoch im Landtag einen Eklat, als er indirekt behauptete, das Tagebuch der Anne Frank sei nicht echt und seine Rede mit dem Ausspruch „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein.“ beschloß.²¹⁸ Udo Pastörs relativierte Ende Januar 2007 in seiner Er widerungsrede auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Harald Ringstorff (SPD) den Nationalsozialismus, indem er von der Rolle von Mann und Frau, wie er es ausdrückt: einem „gesunde[n] Frauentum und Mannestum“ sprach, und in diesem Zusammenhang die Worte „Jedem das Seine“ gebrauchte.²¹⁹ In derselben Rede rückte Pastörs durch die Äußerung: „Unser erstes Augenmerk hat dem Gesunden und Starken zu gelten“ ebenfalls an die Ideologie des Dritten Reiches heran.²²⁰ Außerdem steht dieser Ausspruch im krassen Gegensatz dazu, daß sich die NPD im Landtag sonst als Anwalt der sozial Schwachen produziert. Udo Pastörs verursachte mit diesen Äußerungen einen weiteren Eklat.²²¹ In der Sitzung des Landtages am 9. Mai 2007 wurde über einen Antrag der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP zum „Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und seinen aktuellen Bezügen zur politischen Lage“ diskutiert.²²² Udo Pastörs wich in seiner Rede dem Thema aus, indem er über die Verbrechen der Sowjetunion und des SED-Regimes nach 1945 sprach und verwendete in diesem Zusammenhang das schon von der NPD-Fraktion im Landtag von Sachsen erprobte Wort „Bombenholocaust“. Pastörs erhielt zwei Ordnungsrufe, aber für öffentliches Aufsehen sorgten seine Äußerungen in diesem Fall nicht.²²³

Zu der Strategie der NPD-Fraktion im Landtagsplenum äußerte sich Udo Pastörs folgendermaßen:

²¹⁶ Plenarprotokoll 5/12, S. 77-78.

²¹⁷ Plenarprotokoll 5/21, S. 68.

²¹⁸ Plenarprotokoll 5/8, S. 54.

²¹⁹ Plenarprotokoll 5/11, S. 33.

²²⁰ Plenarprotokoll 5/11, S. 33.

²²¹ „NPD-Chef-Parlamentarier offenbart braune Gesinnung“, in: Nordkurier, 1. Februar 2007.

²²² Plenarprotokoll 5/16, S. 78.

²²³ Plenarprotokoll 5/16, S. 84.

„Ich bin derjenige – nicht ausschließlich, aber maßgeblich – der für diese Blitzer zuständig ist. Also, wo ich dann sage, das heben wir mal heraus aus dem normalen Tagesgeschäft, da setzen wir mal wieder einen Stachel, der möglichst tief und auch schmerzhaft in die Blockparteienrhetorik reingeht. Kann ruhig ein Aufschrei sein. Je lauter die schreien, desto lieber ist mir das. Und auf anderer Seite haben wir die Sachebene. Wir können aber unsere Sachebene, wenn wir uns darauf beschränken würden, überhaupt nicht kommunizieren.“²²⁴

Mit anderen Worten: Udo Pastörs ist seiner Ansicht nach hauptsächlich für die Eklats zuständig, die den „Leuchtturm“ – die NPD-Fraktion im Schweriner Landtag – aufblinken lassen sollen, da sie auf anderem Wege außerhalb des Parlaments nicht wahrgenommen werde. Zur Verstärkung der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für das Agieren der NPD-Fraktion im Landtag dient auch die Provokation von Ordnungsrufen, worin Udo Pastörs, der im Untersuchungszeitraum mit 16 die mit Abstand größte Zahl der insgesamt 39 Ordnungsrufe der NPD-Fraktion bekam, ebenso seine Aufgabe zu sehen scheint (vgl. Tabelle 4).²²⁵

Tabelle 4:

Ordnungsrufe und Zwischenrufe der NPD-Fraktion (16.10. 2006-11.7.2007)

Abgeordneter der NPD	Ordnungsruf	Wortentzug	Sitzungsverweis	Zwischenrufe
Udo Pastörs	16	1	1	457
Stefan Köster	8	2	1	352
Michael Andrejewski	5	-	2	347
Raimund Borrmann	5	1	-	171
Tino Müller	4	-	-	10
Birger Lüssow	1	-	-	10

Udo Pastörs, Stefan Köster und Raimund Borrmann wurden nach § 98 der Geschäftsordnung des Landtages nach drei Ordnungsrufen in einer Sitzung jeweils einmal, Stefan Köster schon in zwei Fällen, das Wort entzogen. Außerdem wurden Udo Pastörs und Stefan Köster jeweils einmal, Michael Andrejewski bereits zweimal „[w]egen gröblicher Verletzung der Ordnung“²²⁶ von einer Landtagssitzung ausgeschlossen. Udo Pastörs legt allerdings im Vergleich zu den übrigen Abgeordneten der NPD und der anderen Parteien auch in anderer Form abweichendes parlamentarisches Verhalten an den Tag. In drei Fällen weigerte er sich seine Rede zu beenden, obwohl seine Redezeit abgelaufen war und sprach

²²⁴ Interview mit Udo Pastörs am 24. September 2007.

²²⁵ Die Abgeordneten der anderen vier Fraktionen erhielten im Untersuchungszeitraum nicht einmal eine Handvoll Ordnungsrufe.

²²⁶ Drucksache 5/1, § 99.

bei abgeschaltetem Mikrofon weiter.²²⁷ Ebenso soll er einen Mitarbeiter der Landtagsverwaltung während einer Sitzung bedroht haben und wurde des Saals verwiesen.²²⁸ Udo Pastörs ist auch der einzige der NPD-Abgeordneten, der, allerdings nur vereinzelt, eine Zwischenfrage an Parlamentarier anderer Fraktionen stellen wollte. Er kam jedoch selten dazu, da diese von den jeweiligen Rednern bis auf einen Fall zurückgewiesen wurden.²²⁹

Die Verteilung der Zwischenrufe auf die einzelnen Mandatsträger der NPD zeigt, daß ebenso wie bei den Wortmeldungen – nur in umgekehrter Reihenfolge – Udo Pastörs, Stefan Köster und Michael Andrejewski innerhalb der NPD-Fraktion am aktivsten auftreten und das Erscheinungsbild der Fraktion im Plenum entscheidend prägen (vgl. Tabelle 4). Weite Teile der Plenarsitzungen verlaufen jedoch auch von diesen drei Abgeordneten ungestört. Udo Pastörs legt mit einer Anzahl von 457 Zwischenrufen ein deutlich anderes Verhalten im Plenum an den Tag als Birger Lüssow und Tino Müller mit jeweils nur zehn in den Plenarprotokollen dokumentierten Zwischenrufen. Diese beiden sind deutlich zurückhaltender in ihrem Auftreten.

Raimund Borrmann pflegt den unkonventionellsten Vortragsstil der NPD-Mandatsträger. Er beginnt seine Reden – in denen er beispielsweise über die Geschichte des Begriffs „Chancengleichheit“ philosophiert und weniger über das eigentliche Thema, wie man Chancengleichheit für alle in Mecklenburg-Vorpommern erreichen könnte – nicht mit der üblichen Formel, sondern in der Regel mit der Anrede „Bürger des Landes“.²³⁰ Außerdem werden seine Argumente von ihm akribisch durchnummeriert, manchmal bis hin zur Abschlußformel.²³¹ Die Redebedingungen durch die neue Geschäftsordnung thematisierte die NPD-Fraktion nach der konstituierenden Sitzung nicht mehr. Nur in einem Fall sagte Birger Lüssow, daß er ja nur drei Minuten Zeit hätte und deswegen auf die Äußerungen seines Vorredners nicht eingehen könne.²³² Offenbar wäre er jedoch nicht dazu in der Lage, unabhängig von seinen vorbereiteten Reden spontan zu (re-)agieren. Der Geschäftsführer der NPD-Fraktion, Peter Marx, spielt die Rolle des Strippenziehers im Hintergrund. Er sitzt immer im Plenarsaal in der Reihe der Mitarbeiter der Fraktionen und gibt insbesondere in brenzligen Situationen – beispielsweise bei Ordnungsrufen für die NPD – „Ratschläge und Regieanweisungen“.²³³

²²⁷ Plenarprotokoll 5/6, S. 5, Plenarprotokoll 5/16, S. 84, Plenarprotokoll 5/19, S. 20.

²²⁸ Plenarprotokoll 5/18, S. 9-10.

²²⁹ Plenarprotokoll 5/22, S. 100.

²³⁰ Plenarprotokoll 5/12, S. 94-95.

²³¹ Plenarprotokoll 5/12, S. 85.

²³² Plenarprotokoll 5/8, S. 53.

²³³ Interview mit Peter Ritter (Linkspartei.PDS bzw. Die Linke) am 17. Oktober 2007.

Durch eine Auswertung des zumeist geschlossenen Abstimmungsverhaltens der NPD-Fraktion bei Anträgen und Gesetzesentwürfen der übrigen Parteien, wird offenbar, daß die NPD in mindestens der Hälfte der Fälle für diese oder für ihre Überweisung in die Ausschüsse stimmte. Das geht soweit, daß die NPD Anträge der anderen Fraktionen kritisierte, aber dann trotzdem für diese stimmte: „Die NPD-Fraktion wird dem Antrag zustimmen, er ist aber viel zu kurzfristig gedacht“.²³⁴ Insofern scheint die NPD-Fraktion ein sehr spezielles Selbstverständnis von „fundamentaler Opposition“ zu pflegen. Sie durchbricht damit die moralische Trennlinie zu den anderen Parteien, die sie mittels wiederholter Äußerungen aufbaut. Die Fraktion der NPD konnte bei Abstimmungen jedoch aufgrund der breiten Mehrheit von SPD und CDU noch nie das „Zünglein an der Waage“ spielen. Außer dem schon erwähnten in einem Fall auffallend von dem Rest der Fraktion abweichenden Abstimmungsverhalten von Birger Lüssow macht die Fraktion der NPD einen sehr geschlossenen Eindruck. Eventuell vorhandene Konflikte innerhalb der Fraktion traten in den Plenarsitzungen zu keinem Zeitpunkt zutage. Eine Veränderung des Verhaltens der NPD im Landtagsplenum im Laufe der Zeit war ebenfalls nicht zu beobachten, den einzelnen Abgeordneten ist lediglich ein zunehmend sichereres Auftreten bei ihren Reden und im Umgang mit den parlamentarischen Abläufen anzumerken.

Am 19. Oktober 2006 wurde von den Fraktionsvorsitzenden der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet. Darin machen sie deutlich, daß die NPD, die „sich selbst und [ihre] politischen Ziele ‚verfassungsfeindlich‘ nennt“, nicht auf politischer Gleichbehandlung bestehen und diese einfordern könne. Die Mitglieder ihrer Fraktionen würden keinerlei Initiativen der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern unterstützen, und sie seien sich darin einig, daß trotz unterschiedlicher politischer Auffassungen die Verteidigung der Demokratie Vorrang vor Parteiinteressen haben müsse.²³⁵ Anders als im Landtag von Sachsen wurden im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern alle Anträge oder sonstigen parlamentarischen Initiativen der NPD geschlossen abgelehnt, und die zu Wahlen vorgeschlagenen Kandidaten der NPD bekamen in allen Fällen lediglich die sechs Stimmen der eigenen Fraktion. Außerdem einigte man sich darauf, daß auf einen Antrag der NPD nur ein Abgeordneter stellvertretend für alle anderen Fraktionen reagiert. Es gab zwar einzelne Fälle, bei denen dies nicht konsequent eingehalten wurde und zwei oder sogar drei Parlamentarier verschiedener Fraktionen auf die NPD

²³⁴ Stefan Köster zu dem Antrag der Linkspartei.PDS „Rücknahme der beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung“ Plenarprotokoll 5/9, S. 19.

²³⁵ <http://www.spd-fraktion-mv.de/media/content/Gemeinsame%Erklaerung.pdf>, 30. Juli 2007.

antworteten.²³⁶ Rein quantitativ sind die Erwidern auf die Anträge der NPD jedoch annähernd gleichmäßig über alle vier Parteien verteilt. Es kam im Schweriner Landtag nicht, wie in Sachsen oder anderen Landtagen der Bundesrepublik, zu demonstrativem Verlassen des Sitzungssaales aus Protest gegen die Äußerungen der NPD. So ist der Umgang der anderen Parteien mit der Fraktion der NPD insgesamt unaufgeregt.

5.2.3 Die NPD-Abgeordneten in den Ausschüssen

Die Ausschüsse kommen wesentlich häufiger zusammen, als das Plenum und in ihnen findet die Hauptarbeit des Landtages statt.²³⁷ Sie tagen in der Regel nicht öffentlich, was oftmals damit begründet wird, daß dies die Möglichkeit eröffne, „effizient, sachorientiert und ohne polemischen Parteienstreit“ zu debattieren.²³⁸ Da die Ausschusssitzungen nicht öffentlich stattfinden und ihre Protokolle der Geheimhaltung unterliegen, muß sich die Analyse des Verhaltens der Abgeordneten der NPD in diesen Landtagsgremien nahezu ausschließlich auf Aussagen von Parlamentariern der anderen Parteien stützen. Vereinzelt finden sich auch Äußerungen der NPD zu ihrer Auffassung über die Arbeit in den Ausschüssen.

Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern hat in der 5. Legislaturperiode neun ständige Ausschüsse eingesetzt, in denen jeweils ein Abgeordneter der Fraktion der NPD vertreten ist. Wie bereits erwähnt, stünde der NPD durch die Änderung des Besetzungsverfahrens am Anfang der Legislaturperiode erst ab der Zahl von zehn Ausschüssen ein Vorsitz zu. Die Fraktion hatte aus diesem Grund in einem Antrag die Einsetzung von zehn Ausschüssen gefordert und Michael Andrejewski plädierte in seiner Einbringungsrede für einen eigenständigen Tourismusausschuß.²³⁹ Stefan Köster, Michael Andrejewski und Birger Lüssow sind ständige Mitglieder in jeweils zwei Ausschüssen, die übrigen drei Abgeordneten vertreten die NPD in nur einem Ausschuß. Michael Andrejewski ist zusätzlich noch Mitglied der Enquetekommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“.²⁴⁰ Die Verteilung der Abgeordneten der NPD auf die Ausschüsse entspricht ihrer jeweiligen Sprecherfunktion für bestimmte Politikfelder.

Die NPD-Fraktion zieht eindeutig das Plenum den Ausschüssen vor. So äußerte beispielsweise Michael Andrejewski während einer Landtagssitzung ex-

²³⁶ Plenarprotokoll 5/12, S. 47-50, 70-72, Plenarprotokoll 5/14, S. 65-67.

²³⁷ Vgl. Ewert/Buchstein 2006: 91.

²³⁸ Leunig 2007: 181.

²³⁹ Drucksache 5/59 sowie Plenarprotokoll 5/7, S. 4.

²⁴⁰ Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2007: 87-97.

plizit: „Ich mag das Plenum lieber“.²⁴¹ In ihren Änderungsanträgen zur Geschäftsordnung des Landtages forderte die NPD, daß Ausschußsitzungen öffentlich stattfinden sollten, damit eine „größtmögliche Transparenz der Parlamentsarbeit für die Öffentlichkeit“ gewährleistet sei.²⁴² Parlamentarier der übrigen Fraktionen sagten einhellig, daß die Abgeordneten der NPD in den Ausschüssen wenig bis gar nicht aktiv seien.²⁴³ Sie seien zwar anwesend würden aber nur vereinzelt Anträge stellen²⁴⁴ und beteiligten sich kaum mit Zwischenfragen oder Diskussionsbeiträgen an der inhaltlichen Arbeit in den Ausschüssen. Dies gilt sogar für Michael Andrejewski im Europa- und Rechtsausschuß, der, wie festgestellt, im Gegensatz dazu im Plenum am häufigsten von allen Mitgliedern der NPD-Fraktion das Wort ergriff.²⁴⁵ Die Abgeordneten der NPD seien zwar durchaus auf bestimmte Tagesordnungspunkte der Ausschußsitzungen vorbereitet, aber wenn sie auf bestimmte Situationen reagieren müßten, sei bei ihnen eine „inhaltliche Leere“ vorhanden und es habe auch schon Fälle gegeben, in denen die Abgeordneten der NPD nicht einmal ihre eigenen Anträge kannten.²⁴⁶ In einer von der NPD beantragten Sondersitzung des Innenausschusses zu den Ausschreitungen beim G8-Gipfel sollen gleich vier Abgeordnete der NPD anwesend gewesen sein. Außer dem Ausschußmitglied Andrejewski handelte es sich um Udo Pastörs, Stefan Köster und Raimund Borrmann, die sowohl gegen den Innenminister, als auch den Ausschußvorsitzenden persönliche Beleidigungen ausgesprochen haben sollen, so daß die Sitzung abgebrochen wurde.²⁴⁷ Wie dieses Ereignis zeigt, wollte die NPD lediglich provozieren, an einer sachlichen Aufarbeitung der Geschehnisse um den G8-Gipfel war ihr jedoch nicht gelegen.

Udo Pastörs begründete die geringen Aktivitäten der NPD in den Ausschüssen damit, daß die Anträge seiner Fraktion im Plenum geschlossen abgelehnt würden und es deshalb keinen Grund gebe, sich in den Ausschüssen zu Dingen zu äußern, die vorher abgelehnt worden seien.²⁴⁸ Überzeugender erscheint jedoch die Interpretation, daß die NPD an parlamentarischer Arbeit nicht interessiert ist, wenn sie sich damit nicht öffentlich präsentieren kann. Das Ver-

²⁴¹ Plenarprotokoll 5/4, S. 15.

²⁴² Drucksache 5/20.

²⁴³ Plenarprotokoll 5/4, S. 9, 15, Plenarprotokoll 5/17, S. 65, Interview mit Peter Stein (CDU) am 15. November 2007.

²⁴⁴ So stellte etwa Birger Lüssow im Bildungsausschuß einen inhaltlich unzureichenden Antrag, hat sich jedoch bei dessen Einbringung kaum dazu geäußert. Interview mit Mathias Brodkorb (SPD) am 17. Oktober 2007.

²⁴⁵ Interview mit Peter Ritter (Linkspartei.PDS bzw. Die Linke) am 17. Oktober 2007.

²⁴⁶ Interview mit Michael Roolf (FDP) am 15. November 2007.

²⁴⁷ Plenarprotokoll 5/19, S. 17 und http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=441&Itemid=92, 14. Juni 2007.

²⁴⁸ Interview mit Udo Pastörs am 24. September 2007.

halten der Abgeordneten der NPD in den Ausschüssen weicht entsprechend stark von dem im Landtagsplenum ab. Anders als im Plenum, wo die Abgeordneten der NPD ihre in den meisten Fällen geschriebenen Reden vortragen, tritt in der Ausschußarbeit – wenn die Vertreter der Partei sich äußern – ihre mangelnde Durchdringung der Sachfragen zutage.²⁴⁹

5.2.4 Die parlamentarischen Initiativen der NPD

Eine quantitative Auswertung der Initiativen der NPD soll Art und Häufigkeit der parlamentarischen Aktivitäten der Fraktion feststellen. Innerhalb des Untersuchungszeitraumes hat die NPD insgesamt 364 parlamentarische Initiativen in den Schweriner Landtag eingebracht. Damit hat sie im Vergleich zu den anderen beiden Oppositionsfraktionen im Landtag mehr als viermal so viele Initiativen eingebracht wie die fast gleichgroße Fraktion der FDP (84) und eine fast doppelt so große Anzahl wie die Linkspartei.PDS (198) (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5:

Parlamentarische Initiativen der drei Oppositionsparteien NPD, FDP und Linkspartei.PDS (16.10.2006-31.7.2007)

Parlamentarische Initiativen	NPD	FDP	Linkspartei.PDS
Kleine Anfragen	245	44	103
Anträge	40	18	56
Änderungsanträge	35	12	17
Mündliche Anfragen	30	3	11
Wahlvorschläge	12	4	6
Große Anfragen	1	0	0
Gesetzentwürfe	1	3	5
Gesamt	364	84	198

1. *Kleine Anfragen:* Kleine Anfragen an die Landesregierung sind das Hauptinstrument von Oppositionsparteien, um an Informationen zu bestimmten Sachverhalten zu gelangen, und werden von ihnen entsprechend oft genutzt. So sind die 245 Kleinen Anfragen auch die häufigste Aktionsform der NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern (vgl. Tabelle 6). Davon sind 80,8 Prozent allein von Stefan Köster gestellt worden. Hierunter handelt es sich in 143 Fällen um Anfragen, in denen Stefan Köster rechtsextreme Straftaten, die von dem Verein für Opfer rechtsextremer Gewalt „Lobbi e.V.“ dokumentiert wurden,

²⁴⁹ Möglicherweise wären daher öffentliche Ausschußsitzungen, welche die NPD fordert, für sie eher von Nachteil.

einzelnen thematisiert. Durch diese Flut an gleichförmigen Anfragen kommt u.a. die große Anzahl der Kleinen Anfragen der Fraktion zustande. Doch auch unabhängig von diesen Anfragen hat Stefan Köster mit 55 weiteren Kleinen Anfragen die größte Anzahl in den Landtag eingebracht. Tino Müller folgt mit 23 Stück und Raimund Borrmann bildet mit nur einer Kleinen Anfrage zu „[g]esundheitliche[n] Risiken für Menschen und Tiere durch gentechnisch manipuliertes Saatgut“²⁵⁰ das Schlußlicht.

Tabelle 6:

Verteilung der Kleinen Anfragen, Mündlichen Anfragen und Wahlvorschläge auf die Abgeordneten der NPD (16.10.2006-31.7.2007)

Abgeordneter der NPD	Anzahl der Kleinen Anfragen	Anzahl der Mündlichen Anfragen	Anzahl der zu wählenden Ämter ²⁵¹
Stefan Köster	198	6	0
Tino Müller	23	4	4
Michael Andrejewski	9	5	5
Birger Lüssow	7	5	2
Udo Pastörs	7	5	2
Raimund Borrmann	1	5	2

2. *Anträge*: Die NPD-Fraktion brachte im Untersuchungszeitraum 40 Anträge in den Landtag eingebracht und befindet sich damit weit vor der FDP (18), jedoch hinter der Linkspartei.PDS (56). Seit der sechsten Landtagssitzung hat die NPD es sich zur Gewohnheit gemacht, einen oder mehrere Anträge kurzfristig in den Landtag einzubringen, über deren Dringlichkeit bei der Feststellung der Tagesordnung das Plenum befinden muß. Dadurch erreicht sie, daß sie bereits am Anfang einer Sitzung sprechen kann und nutzt diese Gelegenheit, sich auch inhaltlich zu dem jeweiligen Antrag zu äußern und nicht, wie angebracht, lediglich seine Dringlichkeit zu begründen. So stellte die NPD beispielsweise in der 16. Landtagssitzung einen Dringlichkeitsantrag zum Thema „Solidarität mit dem estnischen Volk“.²⁵² Udo Pastörs sagte in seiner Rede zur Begründung der Dringlichkeit dieses Antrages, daß dem estnischen Volk „moralische Unterstützung“ zu geben sei in seinem „Bestreben, die Geschichtslüge einer sogenannten Befrei-

²⁵⁰ Drucksache 5/368.

²⁵¹ Die Tabelle ergibt 15 zu wählende Ämter, da in drei Fällen jeweils zwei Ämter, auch die stellvertretende Funktion, zur Wahl standen, diese jedoch als ein Wahlvorschlag zählen.

²⁵² Drucksache 5/538. Der Hintergrund dieses Antrages ist die Verlegung eines sowjetischen Kriegerdenkmals von dem Zentrum der estnischen Hauptstadt Tallinn an den Stadtrand. Ende April 2007 war es aus diesem Grund zu Krawallen und Plünderungen einiger hundert russischsprachiger Jugendlicher gekommen und auch in Rußland waren die Reaktionen darauf sehr heftig. Vgl. „Kein Tag des Sieges“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. Mai 2007, S. 6.

ung durch die Sowjets ein für alle Mal vom Tisch zu wischen und der Wahrheit die Ehre zu geben. Wie bei uns plünderten, mordeten, raubten und brandschatzten die sogenannten Befreier“.²⁵³ Der NPD schien es an dieser Stelle also kaum um die Solidarisierung mit den Esten zu gehen, sondern um die Betonung der (Un-)Taten der sowjetischen Besatzer in Deutschland. Indirekt versuchte sie so, die Verbrechen der Nationalsozialisten zu relativieren und erkennt den Begriff der Befreiung im Zusammenhang mit dem Ende des Dritten Reiches nicht an. Es ging ihr in diesem Falle also offenbar um Provokation sowie um die Darstellung ihres eigenen Geschichtsbildes. Letztgenanntes ist ihr im Rahmen der Begründung zur Dringlichkeit des Antrages durch Udo Pastörs gelungen, obwohl dieser mehrfach von der Landtagspräsidentin ermahnt wurde, eine inhaltliche Darstellung des Antrages zu unterlassen. Aus diesem Grund ist es nicht verwunderlich, daß die NPD-Fraktion nach Ablehnung der Dringlichkeit des Antrages durch die anderen Fraktionen diesen zurückzog und ihn nicht wie bei anderen Anträgen in der nächsten Sitzung noch einmal auf normalem Wege einbrachte.²⁵⁴ In sechs weiteren Fällen ist die NPD so verfahren und hat damit insgesamt sieben ihrer 40 Anträge zurückgezogen.²⁵⁵

3. *Änderungsanträge:* Die NPD-Fraktion hat im Untersuchungszeitraum 35 Änderungsanträge gestellt. Darunter befassen sich 17 mit der Geschäftsordnung und sieben mit dem Abgeordnetengesetz. Die übrigen elf thematisieren u.a. Änderungen zum Nachtragshaushaltsgesetz 2006 der Landesregierung, zum Nichtraucherschutzgesetz oder weiteren Anträgen der anderen Fraktionen.

4. *Mündliche Anfragen:* In den Fragestunden stellte die NPD mit insgesamt 30 Stück mit Abstand die meisten Mündlichen Anfragen gegenüber drei von der FDP und elf von der Linkspartei.PDS. Die Fraktion der NPD hat die Anzahl der Fragen fast gleichmäßig unter ihren Abgeordneten aufgeteilt (vgl. Tabelle 6).

5. *Wahlvorschläge:* Mit zwölf Wahlvorschlägen liegt die NPD ebenfalls vor der FDP (vier Wahlvorschläge) und der Linkspartei.PDS (sechs Wahlvorschläge). Die NPD hat bei jeder Wahl einen eigenen Kandidaten aufgestellt und, wie bei den Ausführungen zur konstituierenden Sitzung bereits erwähnt, in mehreren Fällen Personen nachnominiert, wodurch die hohe Zahl der Wahlvorschläge zu-

²⁵³ Plenarprotokoll 5/16, S. 5.

²⁵⁴ Amtliche Mitteilung 5/19.

²⁵⁵ Amtliche Mitteilungen 5/6, 5/11, 5/12, 5/22, 5/26. Seit der 19. Landtagssitzung wird ein im Ältestenrat beschlossenes anderes Vorgehen bei Dringlichkeitsanträgen verfolgt. Die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen in die Tagesordnung wird damit nicht mehr am Anfang, sondern nach Prüfung ihrer Zulässigkeit und Verteilung der Anträge an die Abgeordneten zu einem späteren Zeitpunkt der Sitzung besprochen (vgl. Plenarprotokoll 5/19, S. 4). Damit ist der NPD die Möglichkeit genommen, gleich am Anfang einer Sitzung zu reden, dies als Bühne für ideologische Äußerungen zu nutzen, und es kann besser auf entsprechende Anträge reagiert werden.

stande kommt. Dabei fällt auf, daß Michael Andrejewski und Tino Müller am häufigsten als Kandidaten zur Wahl eines Amtes aufgestellt wurden (vgl. Tabelle 6). So wurde Andrejewski u.a. für das Amt des Vorsitzenden der Enquete-kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ und zum Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission, Tino Müller beispielsweise für das Amt des dritten Vizepräsidenten sowie für die Funktion des Bürgerbeauftragten vorgeschlagen. Udo Pastörs wurde von der NPD-Fraktion als Kandidat zur Wahl des Ministerpräsidenten nominiert.²⁵⁶ Damit wollte die Schweriner Fraktion augenscheinlich ein ähnliches Ergebnis wie in Sachsen provozieren. Pastörs bekam jedoch lediglich die sechs Stimmen der eigenen Fraktion.

6. *Große Anfragen:* Die Fraktion der NPD hat bisher nur eine Große Anfrage an die Landesregierung gestellt. Ihre Große Anfrage zum Thema G8-Gipfel umfaßt insgesamt 165 Fragen u.a. zu den Kosten des Gipfels, dem Einsatz der Polizei, Gegendemonstrationen, Linksextremismus und den Umsatzeinbußen im Einzelhandel.²⁵⁷

7. *Gesetzentwürfe:* Die NPD-Fraktion hat ebenfalls erst einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht. Darin soll eine verbindliche Durchführung von Früherkennungsuntersuchungen zum Schutz von Kindern vor Vernachlässigung, Mißbrauch und Mißhandlung auf Landesebene geregelt werden.²⁵⁸ Der Antrag ist eine fast wortgleiche Kopie eines Gesetzentwurfes der CDU-Landtagsfraktion des Saarlandes vom 23. November 2006.²⁵⁹ Da der Geschäftsführer der NPD-Fraktion, Peter Marx, ehemaliger Vorsitzender der NPD im Saarland ist und Frank Franz als sein Nachfolger in dieser Funktion ebenfalls Mitarbeiter der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag war, ist es sicherlich kein Zufall, daß die Vorlage des Gesetzentwurfes der Fraktion aus dem Saarland stammt.

Festzuhalten bleibt also, daß die NPD im Schweriner Landtag auch im Vergleich zu den anderen beiden Oppositionsfraktionen eine große Anzahl an parlamentarischen Initiativen in den Landtag eingebracht hat und dabei, allen voran Stefan Köster, die Möglichkeit, Kleine Anfragen an die Landesregierung zu stellen, besonders häufig nutzt. Die große Anzahl an parlamentarischen Initiativen der NPD kommt auch durch Kösters massenhaft gestellte Kleinen Anfragen zu politisch motivierten Straftaten zustande. Zieht man diese von der Gesamtzahl der Initiativen der NPD-Fraktion ab, liegt die Zahl nur etwas über jener der Linkspartei.PDS.

²⁵⁶ Drucksachen 5/102, 5/381, 5/34, 5/101, 5/54.

²⁵⁷ Drucksache 5/712.

²⁵⁸ Drucksache 5/467.

²⁵⁹ Plenarprotokoll 5/16, S. 64 sowie Landtag des Saarlandes, Drucksache 13/1140.

Die bisherige quantitative Analyse sagt nur etwas darüber aus, wie aktiv die Fraktion welche Art der parlamentarischen Initiativen nutzt. Im nächsten Abschnitt wird nun qualitativ ausgewertet, mit welchen Inhalten sich die NPD in ihren Anträgen und Kleinen Anfragen beschäftigt und welche Schwerpunkte sie dabei setzt.

5.2.5 Die Themen

Eine Aufschlüsselung der Anträge und Kleinen Anfragen der NPD nach Themen soll im Besonderen einen Vergleich zur Themensetzung der Partei im Wahlkampf ermöglichen. Aufgrund dessen orientieren sich die gewählten Kategorien an den neun thematischen Überschriften, in die das Aktionsprogramm der NPD zur Landtagswahl 2006 gegliedert ist.²⁶⁰ Die in den nachfolgenden Tabellen kursiv gedruckten Kategorien zeigen die Themen an, die im Aktionsprogramm der NPD nicht enthalten sind.

Tabelle 7:
Themen der Anträge (16.10.2006-31.7.2007)

Thema	Anzahl der Anträge
<i>G8-Gipfel</i>	11
Gesundheits- und Sozialpolitik	6
<i>Landtagsintern</i>	5
<i>Kommunales</i>	5
Landwirtschaft, Umwelt- und Tier-schutz	4
Deutschland- und Landespolitik	2
Wirtschaft und Steuern	2
<i>Sonstiges</i>	2
Arbeits- und Strukturpolitik	1
Innere Sicherheit	1
Jugend- und Schulpolitik	1
Kulturpolitik	-
Ausländer	-

1. *G8-Gipfel*: Mit elf der 40 von der NPD in den Landtag eingebrachten Anträge, hat die Fraktion eindeutig einen Schwerpunkt auf den G8-Gipfel gesetzt, der vom 6. bis zum 8. Juni 2007 in Heiligendamm stattfand. Unter den Anträgen der NPD finden sich beispielsweise zwei, welche die Landesregierung auffordern, den Gipfel gegenüber der Bundesregierung abzusagen. Das Treffen

²⁶⁰ Vgl. http://www.npd-mv.de/medien/bilder/ltw_0620060727_aktionsprogramm.pdf, 8. Mai 2007.

dürfe nicht stattfinden aufgrund der „Kostenexplosion“ für die Ausrichtung des Gipfels und dem Schaden, der Mecklenburg-Vorpommern durch „Krawallbilder“ von „Linksautonomen ‚Demokraten‘“ zugefügt werden könne.²⁶¹ Ihre ideologischen Gründe für ihre Ablehnung der Globalisierung und damit auch des Gipfels nennt die NPD an dieser Stelle nicht. Daß der G8-Gipfel möglicherweise auch Werbung für Mecklenburg-Vorpommern mit sich bringen könnte, lehnte die Fraktion ab: „Anstatt den Gipfel als frohes, den Tourismus förderndes Ereignis zu feiern, sollte er als Sicherheitsrisiko betrachtet werden“, formuliert sie in einem weiteren Antrag zu diesem Thema und schürt die Angst vor Terrorangriffen auf den Gipfel.²⁶² In ihrem Antrag „Strafverfolgung nach dem Weltrechtsprinzip“, fordert die NPD die Landesregierung indirekt auf, George W. Bush bei seinem Besuch anlässlich des G8-Gipfels verhaften zu lassen.²⁶³

2. *Gesundheits- und Sozialpolitik*: Gesundheits- und sozialpolitischen Fragen widmen sich sechs der Anträge und machen damit 15 Prozent aller Anträge der Fraktion aus. Im Verhältnis dazu, daß die NPD mit sozialen Themen sehr stark im Wahlkampf für sich geworben hatte, ist diese Zahl nicht sehr hoch, die Fraktion versucht sich jedoch ein auf diesem Gebiet engagiertes Profil zu geben. So fordert sie u. a. „[k]eine Anrechnung des Neugeborenen-Begrüßungsgeldes für Hartz IV-Empfänger“ oder ausschließlich unangemeldete Kontrollen in Alters- und Pflegeheimen.²⁶⁴ Drei der sechs Anträge gehören zu jenen, welche die NPD als Dringlichkeitsanträge in den Landtag einbrachte, später jedoch zurückzog.

3. *Landtagsintern*: Unter der Kategorie „Landtagsintern“ sind fünf schriftlich gestellte Anträge zur Geschäftsordnung zusammengefaßt, darunter befinden sich hauptsächlich solche zum Ablauf der konstituierenden Sitzung.

4. *Kommunales*: Ebenfalls fünf Anträge der NPD sind zu Belangen die originär die Kommunen betreffen, wie beispielsweise ein Antrag gegen Privatisierung kommunalen Wohnungseigentums.²⁶⁵

5. *Landwirtschaft, Umwelt- und Tierschutz*: Zum Themenkomplex Landwirtschaft, Umwelt- und Tierschutz hat die NPD vier Anträge in den Landtag eingebracht. Drei Anträge fordern den Stop des Einsatzes von gentechnisch veränderten Pflanzen, darunter thematisieren zwei den Gen-Mais MON 810.²⁶⁶ Einer dieser beiden Anträge, der sehr ausführlich ausfällt, ist eine in weiten Teilen wörtliche Übernahme eines Antrages der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag, der von der Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern nur dilettantisch um-

²⁶¹ Drucksachen 5/60, 5/69.

²⁶² Drucksache 5/472.

²⁶³ Drucksache 5/470, Plenarprotokoll 5/17, S. 97.

²⁶⁴ Drucksachen 5/168, 5/591.

²⁶⁵ Drucksache 5/471.

²⁶⁶ Drucksachen 5/592, 5/651.

formuliert wurde. So heißt es z.B. in dem Schweriner Antrag weiterhin „Staatsregierung“ statt Landesregierung.²⁶⁷

6. *Weitere Themen:* Weitere Anträge der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag fordern u.a. eine Ablehnung der „Privatisierung von Staatseigentum“ (wobei insbesondere ein Verkauf an ausländische Investoren generell verboten werden soll) oder ein Zentralregister für Sexualstraftäter.²⁶⁸ Außerdem beauftragte die NPD die Landesregierung, eine Bundesratsinitiative vorzubereiten, welche die Direktwahl des Bundespräsidenten zum Ziel hat, wobei die Fraktion sich in diesem Antrag auf eine Anregung von Horst Köhler berief, der die Direktwahl vorgeschlagen hatte.²⁶⁹ Das Wahlkampfplakat der NPD mit der Aufschrift: „Unsere Kinder sind die Zukunft! Ländliche Schulen erhalten“ und die Äußerung Stefan Kösters nach der Wahl, dies würde eines der ersten Themen der Partei im Landtag sein, findet erst Ende Mai 2007 mit nur einem Antrag der NPD im Landtag seinen Niederschlag. Kulturpolitik oder das Thema „Ausländer“, das rechtsextreme Parteien bevorzugt ansprechen und auch von der NPD im Wahlkampf stark bemüht wurde, sowie für viele ihrer Wähler ein Grund war, für sie zu stimmen, wurden von der Fraktion in ihren Anträgen nicht bedient.

Erst nach Abschluß des Untersuchungszeitraumes stellte die NPD-Fraktion einen Antrag, der auf ein eindeutig rechtsextremes Thema abzielt und fast gleichzeitig und formulierungsgleich auch von der NPD-Fraktion in Sachsen in den dortigen Landtag eingebracht wurde. Die NPD forderte darin die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine Streichung des § 130 StGB, der Volksverhetzung unter Strafe stellt, einzusetzen, da er im Widerspruch zum Recht auf freie Meinungsäußerung stünde und eine „Gesinnungsjustiz“ befördern würde. Den Verweis auf die Gefährdung des öffentlichen Friedens durch volksverhetzende Äußerungen sowie auf den „Würde- und Achtungsanspruch der Opfer des NS-Regimes“ erklärt die NPD in ihrem Antrag für nichtig.²⁷⁰ Die Fraktion versteht demnach unter freier Meinungsäußerung auch das Recht, Haßparolen gegen Migranten, Menschen jüdischen Glaubens oder andere Teile der Bevölkerung, die Verherrlichung des Dritten Reiches und die Leugnung des Holocaust – alles durch § 130 StGB unter Strafe gestellt – äußern zu dürfen. Die Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider (SPD) sagte in ihrer Erwiderungsrede auf die Einbringung des Antrages der NPD durch Udo Pastörs:

²⁶⁷ Drucksache 5/595 und Sächsischer Landtag, Drucksache 4/8824. Ein Antrag der Fraktion der NPD zur Absenkung der Mehrwertsteuer auf verschreibungspflichtige Arznei-, Heil- und Hilfsmittel hatte ebenfalls seinen Ursprung in einem Antrag der Fraktion in Sachsen. Drucksache 5/468 und Sächsischer Landtag, Drucksache 4/0794.

²⁶⁸ Drucksachen 5/650, 5/469.

²⁶⁹ Drucksache 5/649.

²⁷⁰ Drucksache 5/819 und Sächsischer Landtag, Drucksache 4/9731.

„Ihre wirklichen Ziele, Ihre wahren Vorstellungen kommen mit diesem Antrag zum Ausdruck. [...] Durch diesen Antrag können Sie die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes nicht länger glauben machen, dass in den Nadelstreifenanzügen und Zimmermannshosen der NPD-Landtagsabgeordneten und deren Mitarbeiter anständige Kerle stecken, die nun endlich die Probleme der Einwohner dieses Landes lösen könnten.“²⁷¹

Tatsächlich stellt dieser Antrag der NPD einen Bruch zu den vorhergehenden Anträgen der Fraktion dar, die keine originär rechtsextremen Themen aufgegriffen hatten. Im Juli 2006 fand laut „Deutsche Stimme“ ein Koordinierungstreffen von Vertretern der NPD-Führung, Parteimitgliedern sowie Vertretern der „freien Gruppen“ statt, auf dem als gemeinsames Ziel u.a. der „Kampf gegen die Maulkorbparagraphen 130 und 86“ beschlossen worden sei.²⁷² Der Antrag der NPD-Fraktion auf Streichung des § 130 StGB muß also als erster Schritt zur Umsetzung der Ziele der „Volksfront“ gesehen werden und ist ebenfalls als Dienst an der „freien Szene“ sowie an ihren eigenen Parteifunktionären zu verstehen, die schon verschiedentlich mit dem § 130 StGB in Konflikt geraten sind, wie auch jüngst Stefan Köster.²⁷³

Die Qualität der Anträge der NPD-Fraktion ist sehr unterschiedlich. Oft sind diese sehr kurz gehalten und eine Begründung des Antrages fehlt in manchen Fällen völlig. In einem Antrag wird die Landesregierung zum Beispiel nur ganz knapp aufgefordert „geeignete Maßnahmen“ zu ergreifen, um die „Hanse-Sail“ in Rostock zu sichern, an anderer Stelle sind die Forderungen detailliert ausgeführt, wie beispielsweise im Antrag „Nein zur Rente erst ab 67“.²⁷⁴ Ideologische Anklänge sind in den Anträgen nur vereinzelt zu finden.

Bei den Kleinen Anfragen sieht die thematische Schwerpunktsetzung der NPD ganz anders aus als bei ihren Anträgen (vgl. Tabelle 8).

Tabelle 8:
Themen der Kleinen Anfragen (16.10.2006-31.7.2007)

Thema	Anzahl der Kleinen Anfragen
<i>Politisch motivierte Kriminalität</i>	155
Ausländer	19
<i>Rechtsextremismus/NPD</i>	12

²⁷¹ <http://www.endstation-rechts.de/images/stories/dokumente/20070920-bretschneider.pdf>, 8. November 2007.

²⁷² „Sieg der Volksfront! – Eine Bewegung werden!“, in: Deutsche Stimme, Oktober 2006, S. 12. Der § 86 StGB stellt das Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen unter Strafe.

²⁷³ Vgl. S. 44.

²⁷⁴ Drucksachen 5/386, 5/105.

Kommunales	11
Gesundheits- und Sozialpolitik	10
Arbeits- und Strukturpolitik	9
<i>Sonstiges</i>	9
Innere Sicherheit	6
Landwirtschaft, Umwelt- und Tier- schutz	5
Kulturpolitik	3
<i>G8-Gipfel</i>	2
Jugend- und Schulpolitik	2
<i>Geschichtspolitik</i>	2
Deutschland- und Landespolitik	-
Wirtschaft und Steuern	-

1. *Politisch motivierte Kriminalität*: An erster Stelle stehen 155 Kleine Anfragen zu politisch motivierter Kriminalität, wobei es sich hauptsächlich um die schon erwähnten 143 Kleinen Anfragen von Stefan Köster zu diesem Thema handelt. Er fragt in einer Anfrage jeweils nach den Erkenntnissen der Landesregierung hinsichtlich der Geschehnisse einer Straftat, ob es Tatverdächtige gebe, welche Hinweise es zu dem bzw. den Tatverdächtigen gebe, ob es Anhaltspunkte für eine politisch motivierte Straftat gebe und wodurch dieser Verdacht begründet sei. Die übrigen zwölf unter dieser Kategorie zusammengefaßten Kleinen Anfragen, enthalten u.a. vier Anfragen von Tino Müller, in denen er sich in gleicher Art wie Stefan Köster zu rechtsextremen Straftaten, die speziell im Landkreis Uecker-Randow verübt worden sein sollen, erkundigt oder drei Anfragen von Stefan Köster, mittels derer er sich über linksextrem motivierte Straftaten informieren möchte.²⁷⁵

2. *Ausländer*: An zweiter Stelle der Häufigkeit stehen Kleine Anfragen der NPD, die sich unter ihrer Kategorie „Ausländer“ zusammenfassen lassen. Die Fraktion fragt in diesem Zusammenhang hauptsächlich nach statistischen Angaben, so beispielsweise zu Migranten, Asylbewerbern oder Asylbewerberheimen in Mecklenburg-Vorpommern.²⁷⁶ Außerdem formulierte Stefan Köster eine Kleine Anfrage zur „Ausländerkriminalität“ und sechs Anfragen, in denen er für jeweils eine Vollzugsanstalt in Mecklenburg-Vorpommern nach dem Anteil der Häftlinge ohne deutsche Staatsbürgerschaft fragt.²⁷⁷ Tino Müller stellte drei Kleine Anfragen mit dem Titel „Situation der Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion in Mecklenburg-Vorpommern“.²⁷⁸ Die Art der Fragen von Tino Müller lassen darauf schließen, daß er sich in diesen Kleinen Anfragen auf den

²⁷⁵ Drucksachen 5/512, 5/687, 5/682, 5/688 sowie 5/264, 5/266, 5/429.

²⁷⁶ Drucksachen 5/182, 5/210, 5/554.

²⁷⁷ Drucksachen 5/224 sowie 5/413, 5/414, 5/415, 5/416, 5/417, 5/418.

²⁷⁸ Drucksachen 5/367, 5/603, 5/685.

Personenkreis der Spätaussiedler bezieht.²⁷⁹ Diese Kleinen Anfragen unter die Kategorie „Ausländer“ zu fassen, ist insofern nicht ganz richtig, weil Spätaussiedler im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes Deutsche sind und die NPD mit ihnen eigentlich keine Probleme haben sollte, sind sie doch nach „Abstammungsprinzip“ deutsch.²⁸⁰ Die Art, wie Tino Müller nach Anzahl, Situation sowie Straftaten der Spätaussiedler fragt und sie als „Deutsch-Russen“ bezeichnet, läßt jedoch darauf schließen, daß er sie, wahrscheinlich aus kulturellen Gründen, nicht als Deutsche ansieht. So war Deutsch als Umgangssprache in der Sowjetunion lange verpönt und auch Eheschließungen mit Russen haben zu Verlust der deutschen Sprache bei Rußlanddeutschen geführt.²⁸¹ Auch aus diesem Grund werden Spätaussiedler in Deutschland oft als Ausländer wahrgenommen. Dies versucht die NPD aufzunehmen, obwohl sie damit, wie gesagt, gegen ihre eigenen Prinzipien verstößt.

3. *Rechtsextremismus/NPD*: In zwölf Kleinen Anfragen beschäftigt sich die NPD mit Rechtsextremismus oder thematisiert sich selbst. So fragt sie u.a. danach, ob ihre Abgeordneten und Mitarbeiter nachrichtendienstlich überwacht werden, informiert sich in zwei Anfragen über das „Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus“ oder über eine Seminarreihe über die NPD, die in der Volkshochschule Wismar stattfand.²⁸²

4. *Kommunales*: Die elf Kleinen Anfragen zu kommunalen Themen wurden ausschließlich von Stefan Köster und Tino Müller gestellt. Letzter erkundigt sich in zwei Kleinen Anfragen beispielsweise nach dem Stand der „Bahngleis-ertüchtigung in Ueckermünde“.²⁸³ Dort soll das Bahngleis bis zum Hafen der Stadt verlängert werden, wofür der „kleine Mann“ aufkommen müsse, so Müller, der sich als Sprecher der eng mit der Kameradschaftsszene verbundenen Bürgerinitiative „Schöner und sicherer wohnen in Ueckermünde“ schon Anfang 2006 mit diesem Thema beschäftigt hatte und nun die Kleine Anfrage als Informationsquelle nutzt.²⁸⁴ Stefan Köster fragt u.a. nach der Situation der kommunalen Bibliotheken in Mecklenburg-Vorpommern oder nach dem Sachstand des geplanten Braunkohleabbaus in der Griesen Gegend, wozu die NPD-Fraktion kurz darauf auch einen Antrag in den Landtag einbrachte hat.²⁸⁵

5. *Gesundheits- und Sozialpolitik*: Der Themenkomplex Gesundheits- und Sozialpolitik steht bei den Kleinen Anfragen im Gegensatz zu den Anträgen der

²⁷⁹ Vgl. Drucksache 5/367.

²⁸⁰ Vgl. S. 11.

²⁸¹ Gotzes 2001: 109.

²⁸² Drucksachen 5/220, 5/115, 5/601, 5/573.

²⁸³ Drucksachen 5/211, 5/383.

²⁸⁴ Müller 2006: 1, 4.

²⁸⁵ Drucksachen 5/424 sowie 5/86, 5/166.

Fraktion erst an fünfter Stelle. Die NPD erkundigt sich z.B. nach der Situation der Kindertagesstätten, der Anzahl der privatisierten Kindertagesstätten in Mecklenburg-Vorpommern, der Situation des Impfschutzes oder des Landesblindengeldes.²⁸⁶ Merkwürdig mutet es an, daß Stefan Köster, der rechtskräftig dafür verurteilt wurde, eine Frau geschlagen zu haben, sich nach Anzahl und Situation der Frauen- bzw. Männerhäuser in Mecklenburg-Vorpommern erkundigt.²⁸⁷

6. *Weitere Themen:* Weiterhin erwähnenswert ist, daß von den insgesamt neun Kleinen Anfragen, die Michael Andrejewski an die Landesregierung gestellt hat, er sich in fünf gleichlautenden Anfragen nach der Zahl der Arbeitslosen in Mecklenburg-Vorpommern jeweils in einem Monat von Dezember 2006 bis April 2007 erkundigt.²⁸⁸ Andrejewski hat also nicht nur im Plenum darin sein Thema gefunden. Diesen fünf Kleinen Anfragen von Andrejewski war eine Anfrage von Birger Lüssow zu den Arbeitslosenzahlen im November 2006 mit gleichem Wortlaut vorausgegangen.²⁸⁹

Es fällt auf, daß die NPD die Kleinen Anfragen gezielt zur Informationsgewinnung über Themen nutzt, die in Form von Anträgen oder Gesetzentwürfen auch der anderen Fraktionen im Plenum besprochen wurden. So informierte sie sich beispielsweise über den Mindestlohn, über die Ladenöffnungszeiten, über die Situation der Allein in Mecklenburg-Vorpommern und über das Bürgertelefon zum G8-Gipfel.²⁹⁰ Der G8-Gipfel, der bei den Anträgen der Fraktion das von ihr am häufigsten besetzte Thema war, spielt mit zwei Kleinen Anfragen hier nur eine untergeordnete Rolle. Ein Thema, welches im Gegensatz dazu bei den Anträgen nicht auftaucht, ist die Kulturpolitik. Diese drei Kleinen Anfragen zielen hauptsächlich darauf, in Erfahrung zu bringen, wie hoch die Förderung der Theater, Interkulturellen Vereine oder Kulturprojekte beispielsweise durch Mittel des Programms „Demokratie und Toleranz“ oder des Bundesprogramms gegen Rechtsextremismus ausfällt.²⁹¹ Eine Kategorie der Kleinen Anfragen, die ebenfalls nicht bei den Anträgen auftaucht ist die „Geschichtspolitik“. In zwei Kleinen Anfragen erkundigt sich die Fraktion nach Anzahl und Kosten für die „Denk- und Ehrenmäler der Roten Armee“ sowie zum Stand der historischen Aufarbeitung über die Verwendung des Konzentrationslagers Wöbbelin nach dem 2. Mai 1945.²⁹²

²⁸⁶ Drucksachen 5/177, 5/263, 5/501, 5/136.

²⁸⁷ Drucksache 5/87.

²⁸⁸ Drucksachen 5/495, 5/496, 5/497, 5/498, 5/499.

²⁸⁹ Drucksache 5/90.

²⁹⁰ Drucksachen 5/137, 5/195, 5/428, 5/670.

²⁹¹ Drucksachen 5/116, 5/118, 5/426.

²⁹² Drucksachen 5/531, 5/423.

Für Irritation bei der Landesregierung haben drei Kleine Anfragen der Fraktion der NPD zu internen Angelegenheiten des Sozialministeriums gesorgt.²⁹³ Ebenfalls erregte eine Kleine Anfrage von Michael Andrejewski über Aufträge von Ministerien an eine Software-Firma in Darmstadt Aufmerksamkeit, da vermutet wurde, daß die NPD über einen Informanten im Innenministerium verfüge.²⁹⁴ Da Andrejewski den Namen der Firma in seiner Kleinen Anfrage falsch geschrieben hatte, beantwortete die Landesregierung diese damit, daß sie eine Firma mit diesem Namen nicht kenne.²⁹⁵ Stefan Köster stellte daraufhin erneut eine Anfrage zu diesem Thema, hatte aber ebenfalls einen falschen Firmennamen verwendet.²⁹⁶ Erst im September 2007 wurde eine weitere Kleine Anfrage von Stefan Köster zu diesem Sachverhalt beantwortet und seine Frage, ob die Zusammenarbeit mit der Firma der Geheimhaltung unterläge, verneint.²⁹⁷

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die NPD sowohl bei ihren Anträgen, als auch bei ihren Kleinen Anfragen ein breites Spektrum an Sachthemen behandelt und jeweils fast alle in ihrem Aktionsprogramm zur Landtagswahl genannten Kategorien bedient. Bei den Anträgen, die durch die Einbringung in die Landtagssitzungen öffentlich mehr wahrgenommen werden, setzte die Fraktion einen Schwerpunkt auf den G8-Gipfel sowie gesundheits- und sozialpolitischen Fragen, bei ihren Kleinen Anfragen hingegen befaßte sie sich vorrangig mit rechtsextremen Straftaten, Fragen zu Ausländern oder mit sich selbst als Partei.

5.3 Öffentlichkeitsarbeit und außerparlamentarische Aktivitäten der NPD

Die NPD im Schweriner Landtag betreibt im Internet eine eigene Fraktionsseite, auf der sie ausführlich über ihre Arbeit informiert.²⁹⁸ Fast alle dort abrufbaren Artikel sind jedoch auch auf der Internetseite des Landesverbandes vorhanden. Ein Großteil der parlamentarischen Initiativen der Fraktion ist auf ihrer Internetseite einsehbar. Außerdem bietet die NPD die Möglichkeit an, die Landtagssitzungen über das Internet zu verfolgen, veröffentlicht vereinzelt den ganzen Wortlaut der von ihren Abgeordneten im Plenum gehaltenen Reden sowie aller in den Fragestunden von ihr gestellten Mündlichen Anfragen, wobei sie gerne betont, daß sie im Vergleich zu den anderen Fraktionen die meisten Fragen in den Landtag einbringt. Seit Anfang April 2007 erstellt die Fraktion regelmäßig ein Informationsblatt mit dem Namen „Kurz & Knapp“, in dem sie über ihre

²⁹³ Drucksachen 5/260, 5/427, 5/580 und „Beamter verrät Interna an NPD“, in: Ostsee-Zeitung, 25. Mai 2007.

²⁹⁴ „NPD-Maulwurf im Schweriner Innenministerium?“, in: Ostsee-Zeitung, 13. August 2007, S. 1.

²⁹⁵ Drucksache 5/644.

²⁹⁶ Drucksache 5/740.

²⁹⁷ Drucksache 5/772.

²⁹⁸ <http://www.npd-fraktion-mv.de>.

parlamentarische Initiativen in jeweils zwei bis drei Landtagssitzungen berichtet und hat ebenfalls im April zum ersten Mal ihre Fraktionszeitung „Der Ordnungsruf“ herausgebracht, der Ende Juli die zweite Ausgabe folgte. Außerdem wurde eine Reihe von Flugblättern zu einzelnen Themen erstellt, u.a. zur Gentechnik, zur Rente mit 67 oder zur Schließung von ländlichen Schulen.

Die Fraktionszeitung „Der Ordnungsruf“, die in der Aufmachung stark dem Informationsblatt „Klartext“ der Fraktion in Sachsen ähnelt, trägt nicht ohne Grund diesen Namen. So diene das Instrument des Ordnungsrufes im Landtagsplenum den „Pseudodemokraten“ dazu, die „nationale Opposition zum Schweigen zu bringen“.²⁹⁹ Die Ordnungsrufe, die in der Regel nur die NPD träfen, seien jedoch für die Fraktion ein Beweis dafür, daß sie „unbestechlich“ sei und „im Gegensatz zu den heuchlerisch gedrehten Worthülsen der Blockparteien eine klare und deutliche Sprache“ spreche.³⁰⁰ Die Fraktion schmückt sich nach außen hin also mit ihren Ordnungsrufen. Sie würde sie sogar gerne ernten, so Udo Pastörs.³⁰¹

Die NPD-Fraktion stellt sich in allen ihren Veröffentlichungen als die einzige Opposition im Landtag dar und versucht zu suggerieren, daß die anderen Parteien, die sie wie im Plenum als „Blockparteien“ bezeichnet, die Initiativen der NPD ablehnten, weil ihnen die von ihr angesprochenen Themen egal seien. So schreibt die Fraktion beispielsweise als Aufmacher der zweiten Ausgabe des „Ordnungsrufes“ über ihren Antrag „Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien und schulpflichtige Kinder“:

„Die anderen Landtagsparteien lehnten die Verbesserungsvorschläge der NPD-Fraktion ohne große Diskussion ab. Trotz erheblicher Mängel im Bildungsbereich scheint eine ernsthafte Beschäftigung mit der Thematik in Mecklenburg-Vorpommern unerwünscht zu sein. Nach dem Motto ‚Augen zu und durch‘ finden die Fehler der rot-roten Koalition ihre Fortsetzung – auf Kosten unserer Kinder.“³⁰²

Gerne wird von der NPD betont, daß die Linkspartei.PDS gegen Anträge der NPD zu Themen der Sozialpolitik gestimmt hat, was beweise, daß es nur eine „wirklich soziale Partei im Landtag“ gebe, „die NPD!“.³⁰³ Zu diesem sozial engagierten Bild, das die NPD von sich zeichnet, paßt auch, daß sie in ihren Veröffentlichungen dazu aufruft, sich bei Problemen bei der Fraktion zu melden. Unter der Überschrift „Ihre Probleme sind uns wichtig“ schreibt sie in ihrem ersten „Ordnungsruf“: „Wissen Sie etwas über zweifelhafte Machenschaften in

²⁹⁹ <http://www.npd-fraktion-mv.de/index.php?id=7&obj=1136&vchg=2&detail=1>, 10. April 2007.

³⁰⁰ NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern 2007a: 1.

³⁰¹ Ebd.

³⁰² NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern 2007b: 1; vgl. Drucksache 5/589.

³⁰³ <http://www.npd-fraktion-mv.de/medien/bilder/nachrichtenbrief03.pdf>, 14. November 2007.

Verbänden, Unternehmen oder Behörden? Vertrauen Sie sich der NPD-Fraktion oder direkt Ihren lokalen NPD-Abgeordneten an!“³⁰⁴

Ein Antrag der NPD gegen den Braunkohleabbau um Lübtheen wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt, jedoch brachten sie ein paar Monate später einen eigenen Antrag zum selben Thema in den Landtag ein.³⁰⁵ Dies feiert die NPD in ihren Veröffentlichungen als Erfolg. Ihr sei es gelungen eine Steuerungsfunktion im parlamentarischen System einzunehmen und das Anliegen der Bürger im Landtag zu thematisieren. Der NPD gehe es um den „alternativen Einsatz für Heimat und Volk“ und nicht darum, das Thema für sich zu beanspruchen, deshalb werde sie nicht so „engstirnig wie die Scheindemokraten sein“ und die Verhinderung des Braunkohleabbaus unterstützen.³⁰⁶ Die NPD-Fraktion stellt sich demnach in ihren Verlautbarungen als völlig uneigennützig dar, der es im Gegensatz zu den anderen Parteien allein um die Sache gehe.

Die Antworten der Landesregierung auf Kleine Anfragen finden ebenfalls Eingang in die Öffentlichkeitsarbeit der NPD. Der Sinn und Zweck der unzähligen Kleinen Anfragen von Stefan Köster zu politisch motivierten Straftaten in Mecklenburg-Vorpommern erschließt sich beispielsweise erst, wenn man die Auswertung der NPD dazu betrachtet. Demnach haben laut „Ordnungsruf“ die Antworten der Landesregierung auf Kösters 83 kleine Anfragen zu „Politisch motivierte Straftaten in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2006“ ergeben, daß von den von Lobbi e.V. dokumentierten 103 Straftaten 13 einen „zweifelhaften politischen Hintergrund“ besäßen, 13 „eindeutig nicht politisch motiviert“ waren, 18 einen „fraglichen Zusammenhang“ gehabt hätten sowie in 54 Fällen die Straftaten „den Ermittlungsbehörden entweder nicht bekannt oder eingestellt“ worden seien. Damit sei die Dokumentation des Vereins für Opfer rechts-extremer Gewalt als „Machwerk entlarvt“ und jegliche staatlichen Mittel für „den linken Propaganda-Verein“ zu streichen.³⁰⁷

Eine eigene Auswertung der Antworten der Landesregierung auf die Kleinen Anfragen Stefan Kösters zeigt allerdings, daß die NPD mit den von ihr eingeholten Informationen nicht redlich umgeht und die Antworten in ihrem Sinne verzerrt darstellt. Da Stefan Köster in jeder Kleinen Anfrage zu politisch motivierten Straftaten im Jahre 2006 nach nur einer Straftat fragt, kann nicht von

³⁰⁴ NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern 2007a: 2.

³⁰⁵ Drucksachen 5/383, 5/660.

³⁰⁶ NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern 2007b: 3.

³⁰⁷ NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern 2007b: 2.

103, sondern lediglich von 82 Fällen ausgegangen werden.³⁰⁸ In 36 Fällen ist ein politisch motivierter Tathintergrund aufgrund entsprechender Hinweise laut Landesregierung sehr wahrscheinlich, da wie beispielsweise in einem Fall von den Tätern ausländerfeindliche Parolen und „Sieg Heil“ gerufen, und Asylbewerber verfolgt und verletzt worden waren.³⁰⁹ In nur sieben der Fälle hingegen liegen keine Hinweise für eine politisch motivierte Straftat vor und bei sechs Fällen herrscht u.a. aufgrund noch laufender Ermittlungen Unsicherheit darüber, ob die Taten politisch motiviert waren oder nicht. 26 Straftaten können laut Landesregierung weder bei der Staatsanwaltschaft noch bei der Polizei einem Verfahren zugeordnet werden und in vier Fällen reichen die von Stefan Köster angegebenen Tatbeschreibungen nicht aus, um sie einem Verfahren zuordnen zu können. Vier Fälle fallen unter „Sonstiges“, u.a. jene, bei denen keine Ermittlungen geführt worden sind oder die Geschehnisse nicht von strafrechtlicher Relevanz waren. Ein ähnliches Ergebnis zeigt auch die Auswertung der Kleinen Anfragen zu politisch motivierten Straftaten aus dem Jahr 2005. Rund 70 Prozent der 52 von Stefan Köster abgefragten und den Ermittlungsbehörden bekannten im Jahre 2006 begangenen Straftaten waren sehr wahrscheinlich politisch, d.h. rechtsextrem motiviert. Die große Zahl der Straftaten die keinem Verfahren zugeordnet werden konnten, sagt nicht aus, daß es diese nicht gegeben haben muß, da sie möglicherweise nicht zur Anzeige gebracht worden sind. Das von der NPD veröffentlichte Ergebnis der Kleinen Anfragen von Stefan Köster wurde auch durch den Wahlkreismitarbeiter von Tino Müller, Enrico Hamisch, mittels seiner von ihm geführten „Initiative für Volksaufklärung e.V.“ beispielsweise im „Greifswalder Boten“ aufgegriffen und weiter verbreitet.³¹⁰ Die NPD versucht durch ihre Veröffentlichungen zu diesem Thema also gezielt, rechtsextreme Straftaten zu verharmlosen und die Akzeptanz in der Bevölkerung für die finanzielle Unterstützung solcher Vereine wie Lobbi e.V. zu untergraben – ganz nach der von der Fraktion wiederholt bemühten These, für den „Kampf gegen rechts“ sei Geld da, aber für andere Dinge nicht.³¹¹

„Da die Arbeit im Landtag zu wenig transparent und ergebnismager ist, erachten die Fraktionsmitglieder ihre Arbeit vor Ort am Pulsschlag der Bürgerinnen und Bürger um einiges wichtiger“, so die NPD in einer Jahresbilanz ihrer Landtagsarbeit, die sie im Internet veröffentlichte. So habe die Fraktion mittels zahlreicher Infostände im ganzen Land über ihre Arbeit im Landtag be-

³⁰⁸ Nach Durchsicht der Landtagsdrucksachen handelt es sich nicht wie bei der NPD angegeben um 83, sondern um 82 Kleine Anfragen zu diesem Thema.

³⁰⁹ Vgl. Drucksache 5/233.

³¹⁰ Initiative für Volksaufklärung e.V. 2007: 3.

³¹¹ Beispielsweise http://www.npd-mv.de/index.php?sek=0&pfad_id=37&cmsint_id=1&detail=1116, 10. Februar 2007.

richten können.³¹² Außerdem haben fünf der sechs Abgeordneten der NPD inzwischen ein Bürgerbüro eingerichtet. Während das Juweliergeschäft von Udo Pastörs in Lübtheen dem Büro von Pastörs und Köster weichen mußte, welches bereits Ende November 2006 eröffnet wurde,³¹³ hatten die übrigen Abgeordneten erhebliche Probleme, Bürgerbüros einzurichten, da niemand bereit war an die NPD zu vermieten. Die Probleme der Fraktion, Räumlichkeiten zu finden, macht auch der Aufruf „Bürgerbüros gesucht“ auf der Internetseite der Partei deutlich.³¹⁴ Die Eröffnung des Büros von Tino Müller Ende April 2007 in Ueckermünde sorgte bundesweit für Aufsehen, da ein Stadtvertreter der CDU als Vermieter fungiert. Dieser, Norman Breß, betont jedoch, daß er lediglich Minderheits-Gesellschafter der Wohnungsgesellschaft sei und diese den Mietvertrag mit der NPD bereits gekündigt habe. Aufgrund einer Kündigungsfrist wurde jedoch vermutet, daß Tino Müller bis zum Ende der Legislaturperiode in den Räumlichkeiten bleiben kann.³¹⁵ Als vierter Abgeordneter der NPD eröffnete Michael Andrejewski sein Bürgerbüro Mitte August 2007 in dem Privathaus des NPD-Wahlkreismitarbeiters Alexander Wendt im Klein Bünzower Ortsteil Salchow bei Anklam.³¹⁶ Anfang September 2007 wurde in der Rostocker Innenstadt das Bürgerbüro von Birger Lüssow eröffnet.³¹⁷ Dies befindet sich in dem selben Haus, wie ein rechtsextremer Szeneladen, der, wie weiter unten noch näher ausgeführt werden wird, für viel Aufsehen gesorgt hat. Die Bürgerbüros der NPD-Abgeordneten haben jeweils regelmäßige Öffnungszeiten, und es werden von der Fraktion dort „Hartz-IV-Sprechtag“ angeboten, die jedoch offensichtlich lediglich durch den in dieser Sache umherreisenden NPD-Abgeordneten Michael Andrejewski getragen werden. Außerdem finden diese Sprechtag nicht sehr häufig statt, da beispielsweise in dem Ueckermünder Bürgerbüro im Zeitraum von Ende April bis Ende August lediglich von zwei entsprechenden Terminen gesprochen wird.³¹⁸ Im Bürgerbüro in Lübtheen, das laut NPD eine „Begegnungsstätte des Volkes“ sein solle, würden außerdem auch „Frauen-

³¹² http://www.npd-mv.de/index.php?sek=0&pfad_id=37&cmsint_id=1&detail=1485, 19. September 2007.

³¹³ http://www.npd-mv.de/index.php?sek=0&pfad_id=64&cmsint_id=1&detail=1058, 11. Dezember 2006.

³¹⁴ http://www.npd-mv.de/index.php?sek=0&pfad_id=64&cmsint_id=1&detail=1028, 17. November 2006.

³¹⁵ „NPD-Büro längst etabliert“, in: Schweriner Volkszeitung, 7. September 2007.

³¹⁶ „Sparkasse verkauft Haus an Neonazis“, in: Nordkurier, 18. August 2007.

³¹⁷ <http://www.npd-fraktion-mv.de/index.php?id=12&obj=1283&vchg=2&detail=1>, 22. September 2007.

³¹⁸ http://www.npd-mv.de/index.php?sek=0&pfad_id=37&cmsint_id=1&detail=1456, 4. September 2007.

abende, Diskussionsrunden, Leseabende und Tischfußballturniere“ stattfinden.³¹⁹ Allein Raimund Borrmann ist also von den Abgeordneten der NPD noch ohne ein Bürgerbüro.

Anlässlich des G8-Gipfels in Heiligendamm versuchte die NPD zu zeigen, daß sie bundesweit kampagnenfähig ist, sich als Globalisierungsgegner profilieren und damit die Globalisierungsskepsis in der Bevölkerung für sich nutzen. Die von der Partei angemeldete Demonstration gegen den G8-Gipfel am 2. Juni 2007 in Schwerin wurde verboten, was mit „polizeilichem Notstand“ begründet wurde.³²⁰ Ebenso wurde eine Demonstration in Ludwigslust von der Stadt nicht genehmigt. Das von der NPD mittels eines Eilantrages angerufene Bundesverfassungsgericht sah sich nicht in der Lage eine Entscheidung über die Versammlungsverbote rechtzeitig zu treffen. Die Partei reagierte darauf, indem sie ihre Anhänger, die bereits in Bussen auf dem Weg nach Schwerin waren, zu Spontandemonstrationen aufrief. Zu diesen kam es in mehreren Städten Deutschlands. So zogen beispielsweise in Berlin ungefähr 150 Rechtsextreme, angeführt von Udo Voigt, mehrmals durch das Brandenburger Tor.

Am gleichen Tag kam es bei einer Großdemonstration von Globalisierungsgegnern in Rostock zu Ausschreitungen mit fast 1000 Verletzten.³²¹ Die NPD feierte ihre eigenen Aktionen anschließend als vollen Erfolg. Sie hätte sich „als gewaltfreie Gegnerin der Weltdiktatur des Kapitals“ präsentieren können.³²² Die Fraktion in Mecklenburg Vorpommern konzentrierte sich in ihrer Öffentlichkeitsarbeit hauptsächlich auf die Ausschreitungen in Rostock. Ihre Warnungen im Landtag vor dem G8-Gipfel seien nun bestätigt worden und Innenminister Lorenz Caffier müsse zurücktreten, da er mit seiner Deeskalationsstrategie gescheitert sei.³²³ Lediglich Michael Andrejewski äußerte sich in einem Interview in der zweiten Ausgabe der Fraktionszeitung auch inhaltlich über den Prozeß der Globalisierung. Er sagte, daß es auch positive Aspekte der Globalisierung geben könnte, so wäre es beispielsweise auch Globalisierung, wenn ein Mittel gegen Krebs entdeckt und anschließend weltweit verbreitet werden würde. Die Globalisierung sei jedoch von bösartigen Sachverhalten, die sich über die Welt ausbreiten, dominiert und laut Andrejewski eine „Weltausbeutungsordnung“.³²⁴ Udo Pastörs hatte im Namen der Schweriner Fraktion an den russischen Präsidenten Vladimir Putin einen Brief geschrieben.

³¹⁹ NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern 2007a: 2.

³²⁰ Vgl. auch zum folgenden: „Reichstag statt Schweriner Schloss“, in: die tageszeitung, 4. Juni 2007.

³²¹ „Der Schock von Rostock“, in: Ostsee-Zeitung, 4. Juni 2007, S. 1.

³²² http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=7&cmsint_id=1&detail=859, 14. Juni 2007.

³²³ <http://www.npd-fraktion-mv.de/index.php?id=7&obj=1210&vchg=2&detail=1>, 14. Juni 2007.

³²⁴ NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern 2007b: 3.

Dieser möge doch Angela Merkel auf die Unterdrückung der Opposition und die Grundrechtsverletzungen – eine weitere, für den 6. Juni 2007 geplante, Demonstration der NPD war ebenfalls verboten worden – in der Bundesrepublik Deutschland ansprechen.³²⁵ Diese offenbar eher an die deutsche Öffentlichkeit bezweckte, denn an den russischen Staatschef adressierte Aktion verfehlte jedoch ihre Wirkung: Das Medieninteresse blieb ebenso aus wie eine direkte Antwort Putins auf Pastörs' Schreiben.³²⁶ Insofern waren die Aktionen der NPD und ihrer Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel wenig erfolgreich, da diese öffentlich gar nicht oder nur am Rande wahrgenommen wurden und sie sich somit nicht als Kritiker der Globalisierung profilieren konnte.³²⁷ Im Zusammenhang mit den Geschehnissen um den G8-Gipfel hatte die NPD zum Einsenden von Fotos von „linksautonomen Krawalltouristen“ aufgerufen. Dies sei notwendig, so Stefan Köster, da die Menschen zu viel Angst hätten, die Bilder der Gewalttäter selbst der Polizei zu übermitteln.³²⁸ Die NPD tritt also als Hüter von Sicherheit und Ordnung auf.

Im Zeichen des G8-Gipfels stand auch die Demonstration der NPD am 1. Mai 2007 in Neubrandenburg. Das Motto lautete: „Sozial statt Global! – Wir fordern Arbeit im eigenen Land“. Unter den ca. 600 Demonstranten befanden sich auch alle Abgeordneten der Landtagsfraktion und viele ihrer Mitarbeiter. Udo Pastörs und Michael Gielnik traten als Redner auf.³²⁹ In seiner Rede ging Pastörs nur wenig auf das eigentliche Thema der Demonstration ein, sondern äußerte, daß er „die ganze Bagage aus dem Schweriner Schloß“ jagen wolle, bezeichnete die Gegendemonstranten als „Affen“ sowie „linken Mob“ und griff die unter den Gegendemonstranten anwesende Präsidentin des Landtages, Sylvia Bretschneider, verbal an.³³⁰ In drei weiteren von Udo Pastörs auf rechtsextremen Veranstaltungen gehaltenen Reden wird seine Gesinnung noch deutlicher. Anlässlich einer rechtsextremen Gedenkveranstaltung an die deutschen Opfer des

³²⁵ <http://www.npd-fraktion-mv.de/index.php?id=7&obj=1208&vchg=2&detail=1>, 14. Juni 2007.

³²⁶ Interview mit Udo Pastörs am 24. September 2007.

³²⁷ Die Ereignisse um den G8-Gipfel hatte für die NPD-Fraktion insofern ein Nachspiel, da sie dem Vorwurf illegaler Parteispenden ausgesetzt war. Sie habe die Demonstrationen der Partei angemeldet und damit auch die Gerichtskosten getragen, dies sei allerdings Aufgabe des Landesverbandes da die Gelder der Fraktion nur für die Parlamentsarbeit verwendet werden dürften, so u.a. der Vorsitzende der SPD-Fraktion Volker Schlotmann. Bundestagspräsident Norbert Lammert leitete jedoch kein Prüfungsverfahren ein, da sich aus den Unterlagen keine Anhaltspunkte für eine illegale Parteispende ergeben hätten. Vgl. „Keine Prüfung der NPD-Spende“, in: Schweriner Volkszeitung, 4. September 2007.

³²⁸ http://www.npd-mv.de/index.php?sek=0&pfad_id=37&cmsint_id=1&detail=1327, 5. Juni 2007.

³²⁹ <http://www.bnr.de/archiv/jahrgang2007/ausgabe102007/inlaenderfreundlich/>, 4. Juni 2007.

³³⁰ Zitiert nach: „Neonazi Pastörs tritt in falscher Stadt auf“, in: Nordkurier, 2. Mai 2007.

Zweiten Weltkrieges im brandenburgischen Halbe am 3. März 2007 sprach er von einer „verfaulten Republik“, die man „unterwühlen“ müsse. Außerdem sagte er:

„Wir werden regiert von mafia-ähnlich strukturierten Parteikartellen im Schulterchluss mit dem großen Bruder Usrael [sic!]. [...] Lasst uns Widerstand organisieren. Nicht als Reflex, sondern als geplante, systematische und vom tiefen Herzen gewollte Bewegung. [...] Am 8. Mai 1945 hat unsere heldenhafte Wehrmacht kapituliert. Das Deutsche Reich hat niemals kapituliert. Das Deutsche Reich besteht als Völkerrechtssubjekt bis heute fort. Und nur das Deutsche Reich kann eine in Zukunft wieder lebendige deutsche Nation bedeuten. Das System, das sich BRD nennt, ist irreparabel.“³³¹

Am 16. Juni 2007 äußerte sich Udo Pastörs auf einer Demonstration von Rechtsextremen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm im brandenburgischen Rathenow in einem Stil, der an Hitler oder Goebbels erinnerte.³³² Die Bundeswehr solle laut Pastörs in Zukunft wieder deutsche Wehrmacht heißen. Die „nationale Opposition“, die jahrelang unterschätzt worden sei, sei in manchen Regionen „schon recht ansehnlich ausgewachsen“ und das werde „Leuchtturm-Funktion“ haben. Außerdem sagte er:

„Wenn man uns vorwirft, oder mir vorwirft, ich sei radikal, dann antworte ich diesen Dummköpfen: Was uns radikal bedroht, dem kann man nur mit Radikalität abhelfen und das wollen wir gemeinsam schaffen in den nächsten Jahren. [...] Nur wer kämpft, hat die Chance auf Sieg. Und wenn wir zur Macht gelangen, dann besteht darin auch die Verpflichtung, jene einer gerechten Strafe zuzuführen, die für diese Ausplünderungspolitik unseres deutschen Volkes Verantwortung tragen und heute noch uns frech ins Gesicht grinsen. Also, liebe herrschende Klasse, seht euch vor, denn wer Wind sät, wird Sturm ernten. Lasst uns Sturm sein!“³³³

Mitte August 2007 trat Pastörs bei einer rechtsextremen Demonstration im fränkischen Gräfenberg als Hauptredner auf. Die „deutschen Ostgebiete“ stünden unter „polnischer Besatzung“ und ebenso spricht er von einem „göttlichen Auftrag“, der laute: Volkserhalt.³³⁴ Während die Ideologie der NPD im Landtagsplenum von ihr nur angedeutet wird oder unterschwellig mitschwingt, wird sie bei diesen Reden außerhalb des Parlaments von Udo Pastörs vor Anhängern der Partei offen geäußert. So bezieht er sich u.a. positiv auf das Dritte Reich, spricht Drohungen gegen die Regierung aus und ruft zum Umsturz des politischen Systems auf. Diese Äußerungen von Pastörs stehen im Gegensatz zu dem gemäßigt-

³³¹ Zitiert nach: http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=469&Itemid=92, 25. Juni 2007.

³³² Vgl. http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=467&Itemid=92, 25. Juni 2007.

³³³ Zitiert nach: http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=467&Itemid=92, 25. Juni 2007.

³³⁴ Zitiert nach: http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=581&Itemid=92, 4. September 2007.

teren Auftreten der Fraktion im Landtag und dennoch passen sie in das Kalkül der Partei. Sie senden ein Signal an die rechte Szene, nach dem Motto: Wir verweichlichen nicht. Während auf der rechtsextremen Internetseite „Altermedia“ darüber diskutiert wurde, ob es „clever“ von Udo Pastörs gewesen sei, der Öffentlichkeit bei seiner Rede in Rathenow mitzuteilen, daß die Bundeswehr wieder Wehrmacht heißen solle, war der Rest des Inhaltes der Rede unstrittig. Jedoch gingen die Meinungen, über die richtige Strategie, ob nun ein radikales oder gemäßigteres Auftreten für die NPD besser sei, in der Diskussion auseinander.³³⁵ Pastörs' Reden haben der Partei mediale Aufmerksamkeit geschenkt, die ihr durch ihre Arbeit im Landtag kaum bis gar nicht zuteil wird. So hat insbesondere seine Rede in Rathenow für viel Aufsehen gesorgt und in Mecklenburg-Vorpommern die Rufe nach einem erneuten NPD-Verbotsverfahren laut werden lassen.³³⁶ Außerdem wurde die Rathenow-Rede auf strafrechtliche Relevanz überprüft, ein Verfahren gegen Pastörs jedoch nicht eingeleitet.³³⁷ Außer Udo Pastörs trat von den Abgeordneten der NPD im Schweriner Landtag lediglich Birger Lüssow im November 2006 anlässlich des „Heldengedenkens“ im brandenburgischen Seelow als Redner auf einer rechtsextremen Veranstaltung in Erscheinung.³³⁸

Mitte Juni 2007 wurde in dem studentisch geprägten Rostocker Stadtteil Kröpeliner Tor-Vorstadt ein rechtsextremer Szeneladen mit dem Namen „East Coast Corner“ (ECC) eröffnet. Geschäftsführer ist Torben Klebe, ein bekannter Rechtsextremist aus Hamburg. Zur Eröffnung erschien auch Birger Lüssow gemeinsam mit seinem Wahlkreismitarbeiter David Petereit, der mit einer Metallstange in der Hand gesehen wurde, als sich eine Demonstration gegen die Geschäftseröffnung, dem Laden näherte.³³⁹ In den folgenden Tagen kam es immer wieder zu Protesten und Demonstrationen gegen den Laden. Am 26. Juni statteten Udo Pastörs, Stefan Köster, Tino Müller sowie die Mitarbeiter Peter Marx und David Petereit dem Geschäft einen Besuch ab, um sich „ein Bild von der Lage zu machen“.³⁴⁰ Pastörs hielt im Laden eine Pressekonferenz ab.³⁴¹ Im Internet heißt es dazu von Seiten der NPD, daß nur ein massives Polizeiaufgebot

³³⁵ http://de.altermedia.info/general/nicht-besonders-clever-oder-herr-pastors-210607_10104.html, 2. August 2007.

³³⁶ „Pastörs-Rede: MV prüft Chancen auf NPD-Verbot“, in: Ostsee-Zeitung, 22. Juni 2007, S. 5.

³³⁷ http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_frontpage&Itemid=92&limit=15&limitstart=15, 16. Oktober 2007.

³³⁸ <http://www.bnr.de/archiv/jahrgang2006/ausgabe242006/waffenssnostalgiker/>, 5. Juni 2007.

³³⁹ http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=460&Itemid=92, 25. Juni 2007.

³⁴⁰ „Aus der Bewegung – Für die Bewegung“, in: Deutsche Stimme, August 2007, S. 14.

³⁴¹ http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=478&Itemid=92, 6. Juli 2007.

hätte verhindern können, daß die Abgeordneten und ihre Mitarbeiter von „linken Schlägern“ angegriffen worden wären, und Udo Pastörs wird mit den Worten zitiert:

„Die laufenden Angriffe auf die Opposition sind ein unerträglicher Zustand. Wenn jetzt sogar Landtagsabgeordnete durch gewaltbereite Linksextremisten an der störungsfreien Wahrnehmung von Terminen gehindert werden, dann liegt die Vermutung nahe, daß diese Angriffe staatlich gefördert sind.“³⁴²

Am 30. Juni kam es im Vorfeld einer Demonstration, zu der die NPD aufgerufen hatte, in einer Regionalbahn auf dem Weg nach Rostock am Haltepunkt Pölchow zu heftigen gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Rechtsextremen und Gegendemonstranten. Mit im Zug waren Udo Pastörs, Stefan Köster und Tino Müller, die sich jedoch betont im Hintergrund hielten.³⁴³ An der dann mit Verspätung stattfindenden Demonstration beteiligte sich von den Landtagsabgeordneten der NPD auch Birger Lüssow.³⁴⁴ Stefan Köster nutzte im nachhinein die Ereignisse, um seine Fehde gegen den Verein Lobbi e.V. fortzusetzen. Dieser hatte über die Geschehnisse auf seiner Internetseite informiert und betreibe laut Köster eine „staatlich finanzierte Hetze und Lügenkampagne gegen die NPD“.³⁴⁵ Auf einer weiteren, von Lüssow angemeldeten Demonstration, waren dieser, Tino Müller, Stefan Köster und Michael Andrejewski von der Fraktion der NPD anwesend. Die beiden letztgenannten traten als Hauptredner auf, während die Mitarbeiter Jörg Hähnel und Michael Gielnik die Demonstration leiteten.³⁴⁶ Daß er sein Bürgerbüro im selben Haus wie das ECC eröffnet habe, sei seine Antwort auf die Vorfälle um das Geschäft und solle noch einmal die Solidarität seiner Fraktion mit dessen Betreibern bekunden, so Birger Lüssow.³⁴⁷ Der NPD-Fraktion kamen die Auseinandersetzungen um den rechtsextremen Szeneladen sehr gelegen. So konnte sie die mediale Aufmerksamkeit für sich nutzen, Engagement für ihre rechtsextreme Klientel zeigen, sowie sich und die rechte Szene als Opfer der Linken, die vom Staat in ihrer Gewalttätigkeit unterstützt werden, darstellen. Außer Raimund Borrmann waren alle Abgeordneten der

³⁴² http://www.npd-mv.de/index.php?sek=0&pfad_id=37&cmsint_id=1&detail=1380, 6. Juli 2007.

³⁴³ „Neonazis greifen Zug nach Rostock an“, in: die tageszeitung, 2. Juli 2007, S. 6.

³⁴⁴ <http://www.bnr.de/archiv/jahrgang2007/ausgabe142007/frontstadtrostock/>, 1. September 2007.

³⁴⁵ http://www.npd-mv.de/index.php?sek=0&pfad_id=37&cmsint_id=1&detail=1404, 16. Juli 2007.

³⁴⁶ http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=478&Itemid=92, 16. Juli 2007.

³⁴⁷ <http://www.npd-fraktion-mv.de/index.php?id=12&obj=1283&vchg=2&detail=1>, 22. September 2007.

Fraktion, insbesondere Birger Lüssow, an den Aktivitäten um den Laden beteiligt.

Nach der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern schwärmte Jürgen Gansel von einer „nationalen Achse“ zwischen den Fraktionen in Dresden und Schwerin und der Parteizentrale in Berlin. Mit Hilfe dieser strategischen Achse werde die Partei „von Mitteldeutschland aus“ eine „nationale Welle über das Land schwappen lassen“, so Gansel.³⁴⁸ Anfang Januar 2007 trafen sich die beiden Fraktionen der NPD im Schweriner Schloß, um die „Achse Schwerin-Dresden mit Leben [zu] erfüll[en]“ und über eine gemeinsame politische Strategie zu beraten.³⁴⁹ Die interfraktionelle Zusammenarbeit werde jedoch laut Udo Pastörs „weitestgehend überbewertet“. Die landespolitischen Situationen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern seien überhaupt nicht vergleichbar.³⁵⁰ Birger Lüssow äußerte sich ebenso skeptisch über die postulierte Achse: „Wenn es in Dresden immer mehr bergab geht, ist das für uns hier ein Grund, ein bißchen vorsichtiger zu sein.“³⁵¹ So konnte die NPD-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern sicherlich von den Erfahrungen der sächsischen Fraktion, dabei vor allem vermittelt durch Peter Marx, profitieren, eine rege Zusammenarbeit läßt sich jedoch nicht konstatieren. Nur vereinzelt ist eine Koordinierung der Arbeit der beiden Fraktionen festzustellen, wie im Falle des Antrages auf Streichung des § 130 StGB.

5.4 Auswertung

Die gesammelten Erkenntnisse über die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern – über ihr Personal sowie über ihr Agieren innerhalb und außerhalb des Parlamentes – werden nun umfassend ausgewertet. Dabei wird das Verhalten der Fraktion auch im Hinblick auf die Organisation, Programmatik und Strategie der NPD, die im zweiten Kapitel dargestellt wurden, analysiert. Außerdem wird das Agieren der NPD im Schweriner Parlament mit den im dritten Kapitel zusammengetragenen Erkenntnissen über das Auftreten anderer Landtagsfraktionen rechtsextremer Parteien verglichen, insbesondere mit der NPD-Fraktion in Sachsen. Zudem wird beleuchtet, ob die Abgeordneten der NPD in Mecklenburg-Vorpommern ihren eigenen Ansprüchen, die sie um die Landtagswahl 2006 formuliert haben, gerecht werden.

³⁴⁸ http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=535, 5. Juni 2007.

³⁴⁹ „Achse Schwerin-Dresden mit Leben erfüllt“, in: Deutsche Stimme, Februar 2007, S. 1, 14.

³⁵⁰ Interview mit Udo Pastörs am 24. September 2007.

³⁵¹ Zitiert nach: „Pornos, Patronen und 'ne scharfe Wumme“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 27. Dezember 2006.

Über die soziale Zusammensetzung der Fraktion und ihren Mitarbeiterstab ist folgendes zu sagen: Die Abgeordneten der NPD im Schweriner Landtag sind alle männlich und unter ihren Mitarbeitern ist nur eine Frau vertreten. Bei anderen Landtagsfraktionen rechtsextremer Parteien war oder ist der Anteil der Frauen, wie festgestellt, ebenfalls sehr gering. Die NPD in Mecklenburg-Vorpommern stellt in dieser Hinsicht also keine Ausnahme dar. Während Frauen im gleichen Maße wie Männer zu rechtsextremen Einstellungen neigen, wählen Männer häufiger entsprechende Parteien und engagieren sich auch mehr in rechtsextremen Organisationen.³⁵² Die Abgeordneten im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern sowie ihre Mitarbeiter sind im Durchschnitt vergleichsweise jung. Damit bestätigt sich das jugendliche Gesicht der Partei, das sich insbesondere durch den massenhaften Eintritt von jungen Neonazis aus Ostdeutschland entsprechend gewandelt hat. Zu den neueren Mitgliedern gehören auch die Abgeordneten Tino Müller und Birger Lüssow, die aus der Kameradschaftsszene stammen und der Partei erst seit 2005 angehören. Ihre Anwesenheit unter den Mandatsträgern der NPD ist Ausdruck einer erfolgreichen Umsetzung der von der Partei postulierten „Volksfront von rechts“ in Mecklenburg-Vorpommern. Dem Mitarbeiterstab der Fraktion gehören ebenso einige der führenden Kameradschaftskader des Bundeslandes an. Obwohl nicht von allen Mitarbeitern Informationen über ihre weiteren politischen Tätigkeiten vorliegen, fällt doch auf, daß die Zahl derer, die originär aus der NPD stammen, relativ gering ist. Daß die Partei generell, aber besonders in Mecklenburg-Vorpommern, mit qualifiziertem Personal sehr dünn besetzt ist, macht auch die Tatsache deutlich, daß einige der Mitarbeiter der Fraktion extra aus anderen Bundesländern hinzugezogen wurden. Davon stammt jedoch lediglich Peter Marx aus den alten Bundesländern. Der Mitarbeiterstab der Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern ist allerdings nicht in dem Maße mit Parteiprominenz besetzt wie das sächsische Pendant.³⁵³ Die Anstellung von Patrick Wieschke als Praktikant bei der NPD in Vorbereitung auf eine führende Rolle im Wahlkampf in Thüringen bringt zum Ausdruck, daß die Schweriner Fraktion als organisatorische und strategische Schaltstelle der gesamten Partei dient.

Die konstituierende Sitzung am 16. Oktober 2006 markierte den medien-trächtigen Auftakt der Präsenz der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Der Fraktion gelang es, mit einem sorgfältig inszenierten, stark mit polemischen Äußerungen gespickten Auftritt die Sitzung, die im wesentlichen durch die Verabschiedung der neuen Geschäftsordnung be-

³⁵² Vgl. Bitzan 2002: 89.

³⁵³ Vgl. Brech 2005: 14-18.

stimmt war, zu dominieren. Dies gelang ihr in der Folgezeit nicht wieder. Schon in der ersten Sitzung des Schweriner Landtages in der neuen Legislaturperiode wurde jedoch deutlich, daß die Fraktion der NPD gut vorbereitet in die Sitzungen geht, die Geschäftsordnung kennt und sie anzuwenden weiß. Die Abgeordneten der NPD sind im Landtagsplenum grundsätzlich um ein seriöses Auftreten bemüht. Die Sachbeiträge der Fraktion bleiben allerdings in den meisten Fällen oberflächlich, und auch in den Ausschüssen, in denen die Mandatsträger der NPD sich nur vereinzelt zu Wort melden oder Anträge einbringen, wird ihre mangelnde Kompetenz in Sachfragen offenbar. Es fehlt allerdings bei der NPD auch vielfach die Bereitschaft, sich sachlich mit einem Thema zu befassen. Sie setzt vielmehr auf Polemik und öffentlichkeitswirksame Äußerungen, mit denen sie jedoch seit der konstituierenden Sitzung kein überregionales Medieninteresse mehr erzielte.³⁵⁴

Die NPD-Fraktion verfolgt in ihrer Arbeit im Landtag, aber ebenso außerhalb des Parlamentes, eine Doppelstrategie. Einerseits ist sie darum bemüht, seriöse parlamentarische Arbeit zu betreiben und sich mit Hilfe von Informationsständen sowie der Arbeit in ihren Wahlkreisbüros bürgernah zu präsentieren, andererseits versucht sie, mit polemischen Äußerungen im Landtag und mit verschiedenen Aktionen außerhalb des Parlamentes, wie etwa im Zusammenhang mit dem Rostocker Szeneladen oder insbesondere Udo Pastörs mittels seiner Reden auf verschiedenen rechtsextremen Veranstaltungen, ihre extrem rechte Anhängerschaft zu bedienen sowie die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erlangen. Diese Doppelstrategie ist Ausdruck des eingangs geschilderten Konfliktes, innerhalb der Strategie der NPD radikale wie bürgerlich-konservative Kreise gleichzeitig ansprechen zu wollen. Die Partei nutzt jedoch ihre Präsenz im Landtag, um den „Kampf um die Köpfe“ auf parlamentarischer Ebene weiter zu betreiben. Man kann den Ausspruch von Udo Pastörs, die NPD-Fraktion im Schweriner Landtag habe eine „Leuchtturmfunktion“, auch in diesem Sinne verstehen, daß der Landtag von der NPD als Podium genutzt wird, die Ideologie der Partei zu verbreiten, rechtsextreme Ansichten gesellschaftsfähig zu machen und den Menschen gleich einem Leuchtturm den vermeintlich richtigen Weg zu weisen. In den Reden der Abgeordneten der NPD im Plenum des Schweriner Landtages sind alle Elemente der Parteiideologie wiederzufinden. Neben EU-feindlichen, völkischen, ausländerfeindlichen, rassistischen und geschichtsrevisionistischen Äußerungen, sowie einer Verharmlosung des Dritten Reiches, werden im besonderen Maße kapitalismuskritische Bemerkungen gepflegt. Die Fraktion der NPD nimmt auch die Strategie der Partei

auf, sozialpolitische Fragen verstärkt zu thematisieren. Die Äußerung Udo Pastörs', das erste Augenmerk habe dem Gesunden und Starke zu gelten, unterstreicht jedoch die menschenverachtende Position der Partei. Unter dem von ihr postulierten „nationalen Sozialismus“ sollen nicht alle gleichermaßen gefördert werden, sondern die NPD unterscheidet zwischen „leistungsfähig“ und „überflüssig“. In die gleiche Richtung geht auch Udo Pastörs' Bemerkung, die er nach der Landtagswahl formulierte, daß er die Unterstützung von Frauen, Behinderten und Asylbewerbern für Heuchelei halte. Lösungsvorschläge der Fraktion für bestimmte Probleme enden in der Regel bei der formelhaften Wiederholung von Vorstellungen der Partei wie beispielsweise einer „volksbezogenen Familien- und Wirtschaftspolitik“ oder einer „raumorientierte[n] [...] Wirtschaft“.³⁵⁵ Bei der Thematisierung des G8-Gipfels argumentiert die Fraktion im Gegensatz zu den Verlautbarungen der Partei nicht ideologisch, sondern fokussiert ihre Kritik auf die Kosten des Gipfels und die Gefahr von Ausschreitungen oder gar Terrorangriffen. Versuche, an positive Erinnerungen der Menschen an die DDR anzuknüpfen, wie sie in den Schriften der Bundespartei oder im Aktionsprogramm der NPD zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern enthalten sind, unternimmt die Fraktion im Schweriner Landtag nicht. Sie beabsichtigt vielmehr, mit der Bezeichnung der anderen Parteien als „Blockparteien“ sowie dem Vergleich des Landtages mit der Volkskammer das Parlament und seine Akteure in Mißkredit zu bringen.

Das Auftreten der Fraktion der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern hat viele Gemeinsamkeiten mit dem anderer Fraktionen rechts-extremer Parteien in anderen Landesparlamenten (Vgl. 3.4). Neben dem erwähnten typischen Merkmal eines geringen Frauenanteils bei rechtsextremen Fraktionen, das bei der Schweriner Fraktion wiederzufinden ist, zeigt sich auch bei ihr das charakteristische Verhalten, daß sie sich im Plenum häufig zu Wort meldet, viele parlamentarische Initiativen in den Landtag einbringt, ihre Abgeordneten in den Ausschüssen hingegen nahezu inaktiv sind. Die Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern lehnt jedoch im Unterschied zu der in Sachsen eine Beteiligung an der Arbeit in den Ausschüssen nicht kategorisch ab.

Im Unterschied zu der Dresdner Fraktion und Fraktionen anderer rechts-extremer Parteien gibt es bei der NPD im Schweriner Landtag zumindest bisher noch keine Anzeichen von Instabilität.³⁵⁶ In Sachsen bestand bei einigen Abgeordneten Unzufriedenheit über die Vernachlässigung von sozialen Themen und über die ideologische Ausrichtung der Fraktion am Nationalsozialismus und

³⁵⁵ Plenarprotokoll 5/21, S. 52, Plenarprotokoll 5/15, S. 25.

³⁵⁶ Hierbei ist jedoch zu beachten, daß es etwa in Sachsen erst nach über einem Jahr zu den Austritten aus der Fraktion kam.

die Dominanz von aus Westdeutschland stammenden Abgeordneten. Dieses Problem wird bei der Schweriner Fraktion so nicht auftreten, denn dort treffen auf die Kader aus Westdeutschland die tendentiell noch radikaleren Abgeordneten aus der Kameradschaftsszene. Im Moment ist eher zu beobachten, daß sich die NPD und damit auch die Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern durch die Zusammenarbeit mit den Kameradschaften weiter radikalisiert.

„[I]ch wäre ein sehr schlechter Fraktionschef, wenn ich keine Ziele hätte. Dann würde ich mich so in der Dimension DVU bewegen, also nur rein da, dann gibt es Geld und dann gucken wir mal.“³⁵⁷ Mit dieser Aussage grenzt Udo Pastörs sich und seine Fraktion von dem desolaten Auftreten von DVU-Fraktionen in Landtagen der Bundesrepublik ab. So ist die Arbeitsweise der Fraktion der NPD in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu anderen Fraktionen rechtsextremer Parteien tatsächlich durch eine gewisse Professionalität gekennzeichnet. Wie geschildert, tritt die Fraktion im Landtag geschlossen auf. Die internen Zuständigkeiten hat sie nach Politikfeldern aufgeteilt und geht in ihren Reden im Plenum auch weitgehend danach vor. In ihren parlamentarischen Initiativen ist sie gleichzeitig darum bemüht, eine Vielfalt an Themen zu bearbeiten und sich nicht auf wenige Bereiche zu beschränken. Außerdem hat die Fraktion eine eigene Internetseite eingerichtet und veröffentlicht regelmäßig Informationen über ihre Arbeit in Form von Mitteilungsblättern und einer Fraktionszeitung. Dies alles ist bei Landtagsfraktionen rechtsextremer Parteien alles andere als selbstverständlich.

In ihrer thematischen Schwerpunktsetzung hat die Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern aus den Ereignissen in Sachsen gelernt – sie beschäftigte sich von Anfang an mit sozialpolitischen Inhalten. Mit typischen Themen rechtsextremer Parteien wie Ausländer- und Asylpolitik oder Sicherheit und Ordnung befaßt sich die NPD im Schweriner Landtag in ihren Anträgen jedoch nicht. Dies sieht, wie erwähnt, bei ihren Kleinen Anfragen anders aus.

Die Ablehnung der anderen Parteien im Schweriner Landtag gegenüber jeglicher Zusammenarbeit mit der NPD wurde durch eine gemeinsame Erklärung bekräftigt und durch Änderungen der Geschäftsordnung wurde auf die Anwesenheit der rechtsextremen Fraktion reagiert. Die anderen Fraktionen treten insgesamt geschlossen und besonnen der NPD gegenüber. In diesem Sinne konnten auch die anderen Parteien aus den Ereignissen in Sachsen lernen. Ihr Verhalten stellt in der Rückschau kein Einzelfall dar, ist jedoch im Vergleich zu

anderen Landtagen mit rechtsextremen Fraktionen keineswegs überall erreicht worden.

In welcher Weise wird die Fraktion der NPD im Schweriner Landtag ihren eigenen, um die Wahl 2006 formulierten Ansprüchen gerecht? Die NPD sagte im Wahlkampf, daß sie nichts versprechen wolle und blieb in ihren Äußerungen über ihre kommende Arbeit im Landtag auch entsprechend vage. Einige der von ihr angesprochenen Themen wurden im Landtag in ihren Anträgen wieder aufgegriffen wie beispielsweise die Situation der Arbeitslosengeld-II-Empfänger, die Privatisierung öffentlichen Eigentums oder die grüne Gentechnik. Die Thematisierung gleicht jedoch der des Wahlkampfes, sie bleibt zumeist plakativ und oberflächlich und bietet keine konkreten Lösungsvorschläge an. Die Situation der ländlichen Schulen – damit hatte die NPD auf einem Wahlplakat für sich geworben, und Stefan Köster hatte angekündigt, dies werde eines der ersten Themen der Fraktion im Landtag sein – wurde von der NPD erst nach über einem halben Jahr in einem Antrag aufgegriffen. Von „neuen, unverbrauchten Kräften mit Ideen“ wie die NPD im Wahlkampf sich selbst titulierte, kann, angesichts der aus Sachsen übernommenen Anträge und eines Gesetzentwurfes aus dem Saarland, nur mit Einschränkungen gesprochen werden. Die wiederholte Zustimmung der Fraktion der NPD zu Initiativen der übrigen im Landtag vertretenen Parteien läßt die Bezeichnung als „fundamentale Opposition“ ebenfalls unangebracht erscheinen. Daraus jedoch eine beginnende Integration der NPD in das politische System abzuleiten, wäre falsch. Die Zustimmung der NPD-Fraktion zu Initiativen der anderen Fraktionen und ihre Betonung, es würde ihr ausschließlich um die Sache gehen, ist damit ebenfalls Element der Strategie, sich als eine „normale“ Fraktion zu präsentieren.

Die NPD hatte nach der Wahl angekündigt, sie werde Bürgerbüros eröffnen, Michael Andrejewski seines sogar schon im Oktober 2006. Über ein Jahr später haben noch nicht alle Abgeordneten der Fraktion ein entsprechendes Büro und Andrejewski hat seines erst Mitte August 2007 eingerichtet. Die Öffentlichkeitsarbeit, u.a. in Form einer eigenen Fraktionsseite im Internet, war ebenfalls erst nach über einem halben Jahr richtig angelaufen. Eine vermutete stärkere Aktivität der beiden aus den Kameradschaften stammenden Abgeordneten, Tino Müller und Birger Lüssow, im außerparlamentarischen Bereich im Vergleich zu den übrigen Mandatsträgern der NPD im Schweriner Landtag, ist nicht zu belegen.

Stefan Köster hat sein inaktives Verhalten aus dem Kreistag von Ludwigslust im Landtag völlig abgelegt und scheint Michael Andrejewski, dessen Arbeitsstil sich in den Kommunalparlamenten durch eine akribische Detailarbeit auszeichnete, sogar noch überbieten zu wollen. So hat Stefan Köster mit

Abstand die meisten Kleinen Anfragen der NPD-Fraktion gestellt. Inhaltliche Erfolge konnte die Fraktion der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern aufgrund der konsequenten Abgrenzung der anderen Parteien nicht erzielen. Die Einbringung eines Antrages gegen den Braunkohleabbau um Lübtheen durch die anderen Fraktionen im Landtag verbuchte die NPD zwar als ihren Verdienst, da sie dieses Thema durch einen eigenen Antrag erst in den Landtag gebracht hätte. Der Abbau von Braunkohle in der Griesen Gegend ist aber schon jahrelang Thema der anderen Parteien und wird von diesen abgelehnt.³⁵⁸ Die außerparlamentarische Arbeit ist für die NPD von entscheidender Bedeutung, weil sie dort die Menschen direkt erreichen kann. Die Präsenz in Landtagen bleibt ein wichtiges Puzzleteil in der Gesamtstrategie der Partei, sie verschafft ihr Gelder und Zugang zu Informationen, welche die NPD für ihre Arbeit außerhalb des Parlamentes nutzen kann.

6. SCHLUSSBEMERKUNGEN

Diese Untersuchung kann nur eine Momentaufnahme der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern liefern. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Arbeit der Fraktion im Laufe der Legislaturperiode weiter entwickelt. Parlamentarische Arbeit macht Mühe, insofern wird insbesondere angesichts der ausbleibenden Erfolge der NPD im Schweriner Landtag zu beobachten sein, ob die Fraktion ihr relativ hohes Arbeitspensum beibehält, auch in Zukunft so geschlossen auftritt und sich bei den Abgeordneten der NPD nicht irgendwann Ermüdungserscheinungen zeigen. Eine Ende April 2008 erschiene Analyse der Landtagsarbeit der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, deren Untersuchungszeitraum gegenüber dieser Untersuchung um ungefähr ein halbes Jahr hinausgeht, macht jedoch deutlich, daß sich an der Geschlossenheit der rechtsextremen Fraktion und ihrem Arbeitspensum bisher nichts verändert hat. Nach dem Ausklingen des G8-Gipfels zeigt sich viel klarer die inhaltliche Schwerpunktsetzung der NPD bei ihren Anträgen auf Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Kleinen Anfragen zeigen diesen Schwerpunkt hingegen nicht ganz so deutlich.³⁵⁹

Eine Frage, die im Rahmen dieser Untersuchung nicht geklärt werden konnte, ist der Umgang der Medien mit der NPD-Fraktion. Die Berichterstattung der Medien beeinflußt im großen Maße, wie die NPD außerhalb des Landtages wahrgenommen wird.³⁶⁰ Eine entsprechende Untersuchung dazu wäre deshalb wünschenswert. Ein weiterer, hier nicht beleuchteter Aspekt ist, ob die Arbeit der

³⁵⁸ Plenarprotokoll 5/14, S. 55-56.

³⁵⁹ Vgl. Langer/Lehmann 2008: S. 74, 84.

³⁶⁰ Zum Umgang der Medien mit der NPD vgl. Brodkorb 2008: 54, 59-60.

NPD-Mandatsträger in den Kommunalparlamenten Mecklenburg-Vorpommerns sich im Zuge der Präsenz der Partei im Landtag verändert hat. Konnten insbesondere Michael Andrejewski und Stefan Köster die im Landtag gewonnenen Informationen für ihre Arbeit in den Kommunalparlamenten nutzen?

Die klare Abgrenzungsstrategie der anderen Parteien im Landtag gegenüber der Fraktion der NPD hat nicht nur den Effekt, daß die NPD keine parlamentarischen Erfolge verbuchen kann, sondern zeigt auch außerhalb des Landtages seine Wirkung. Es sei ein Ruck durch das Land gegangen, so der Leiter des Mobilen Beratungsteams für demokratische Kultur, Karl-Georg Ohse. Schulen, Bürgermeister, Bürgerinitiativen, Handwerkskammern und Feuerwehren, alle seien wacher als früher.³⁶¹ Das Thema Rechtsextremismus ist durch die Präsenz der NPD im Landtag in Mecklenburg-Vorpommern stark in der Öffentlichkeit vertreten und immer mehr Bürgern wird klar, daß auch sie in der Verantwortung stehen, die Demokratie zu schützen. Die NPD trägt also unfreiwillig auch dazu bei, die Demokratie zu stärken. Das eigentliche Problem ist jedoch nicht die NPD, sondern die rechtsextremen Einstellungen und die Unzufriedenheit der Menschen, die ihr zu dem Wahlerfolg verholfen haben. Neben der Entlarvung der politischen Ziele der NPD ist auch ein wichtiger Teil der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus eine Politik der etablierten Parteien, welche die Ängste der Menschen ernstnimmt und nicht lediglich wie die NPD für ihre Zwecke nutzt.

Drei Umfragen, die nach der Landtagswahl im September, Oktober und Dezember 2007 gemacht wurden, ergeben mit 7, 4 sowie 7 Prozent für die NPD, daß die Zustimmung gegenüber dem Ergebnis von 7,3 Prozent der Partei bei der Wahl leicht gesunken ist, jedoch auch stark schwankt und wenig Aussagekraft haben.³⁶² Dennoch könnte es der NPD 2009 bei den Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern gelingen, ihre Mandate auszubauen. Auch aus diesem Grund ist es geboten, das Augenmerk vor allem auf die außerparlamentarische Arbeit der NPD in den Kommunen zu richten und dieser etwas entgegenzusetzen.

³⁶¹ Zitiert nach: „Ein Ruck gegen Rechts“, in: Frankfurter Rundschau, 13. Juli 2007.

³⁶² http://www.election.de/cgi-bin/showpoll.pl?name=ltw_mv, 23. April 2008.

7. LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS

7.1 Literatur

- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.), 2005: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden.
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.), 1991: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bonn.
- Beier, Katharina/Bogitzky, Jenny/Buchstein, Hubertus/Feike, Katharina/Fischer, Benjamin/Freyber, Pierre/Strüwing, Mathias/Wiedemann, Tim, 2006: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, Greifswald.
- Bitzan, Renate, 2002: Frauen in der rechtsextremen Szene. In: Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hrsg.), Handbuch Rechtsradikalismus. Personen - Organisationen - Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen 2002, 87-104.
- Brandstetter, Marc, 2006: Die NPD im 21. Jahrhundert. Eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten, Marburg.
- Brech, Franziska, 2005: Ein halbes Jahr NPD im sächsischen Landtag. Personen - Arbeitsstil - Entwicklungsperspektiven, Berlin.
- Brodkorb, Mathias, 2008: Provokation als Prinzip. In: Mathias Brodkorb/Volker Schlotmann (Hrsg.), Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2008, 41-61.
- Brodkorb, Mathias, 2003: Metamorphosen von rechts. Eine Einführung in Strategie und Ideologie des modernen Rechtsextremismus, Münster.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.), 2007: Verfassungsschutzbericht 2006. Vorabfassung, Berlin.
- Butterwegge, Christoph, 2002: Rechtsextremismus, Freiburg im Breisgau.
- Butterwegge, Christoph, 1999: Erfahrungen mit Rechtsextremen in Parlamenten. In: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft, Berlin 1999, 177-190.
- Dreier, Horst, 2000: Artikel 146. In: ders. (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar. Band III. Artikel 83-146, Tübingen 2000, 1488-1516.
- Erb, Rainer, 2002: Die kommunalpolitische Strategie der NPD Ende der neunziger Jahre. In: Heinz Lynen von Berg/Hans-Jochen Tschiche (Hrsg.), NPD - Herausforderung für die Demokratie?, Berlin 2002, 45-61.
- Ewert, Stefan/Buchstein, Hubertus, 2006: Landtag und Gesetzgebung. In: Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Politische Landeskunde Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2006, 88-

105.

- Fischer, Benjamin, 2006: Ueckermünde – Ein Refugium des Rechtsextremismus?, Greifswald.
- Flemming, Lars, 2005: Das NPD-Verbotsverfahren. Vom „Aufstand der Anständigen“ zum „Aufstand der Unfähigen“, Baden-Baden.
- Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag (Hrsg.), 2006: Die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag. Strategie und Ideologie. Dokumentation eines Fachgesprächs der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag am 24. Mai 2006, Dresden.
- Geisler, Astrid, 2007: Einleitung. In: Regionale Arbeitsstellen für Jugendhilfe, Schule und interkulturelle Arbeit (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e.V. (Hrsg.), Rechts oben. Vorpommern als Modellregion der extremen Rechten, Neubrandenburg 2007, 7-9.
- Gotzes, Andrea, 2001: „Das haben wir alles überlebt“. Rußlanddeutsche Erinnerungen 1930-1990, Erfurt.
- Grumke, Thomas/Wagner, Bernd (Hrsg.), 2002: Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen.
- Hafeneger, Benno, 1999: Rechtsextreme Parteien in Parlamenten – Gedanken zum Umgang. In: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft, Berlin 1999, 191-200.
- Heinrich, Gudrun/Lehmann, Arne, 2006: Zwischen Provokation und Systemfeindschaft – Die NPD. In: Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2006, 67-77.
- Hoffmann, Günther, 2007: Freie Radikale. Kameradschaften in Vorpommern. In: Regionale Arbeitsstellen für Jugendhilfe, Schule und interkulturelle Arbeit (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e.V. (Hrsg.), Rechts oben. Vorpommern als Modellregion der extremen Rechten, Neubrandenburg 2007, 21-25.
- Hoffmann, Jürgen/Lepszy, Jürgen, 1998: Die DVU in den Landesparlamenten: inkompetent, zerstritten, politikunfähig. Eine Bilanz rechtsextremer Politik nach zehn Jahren, Sankt Augustin.
- Hoffmann, Uwe, 1999: Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt am Main.
- Holtmann, Everhard, 2002: Die angepaßten Provokateure. Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU als Protestpartei im polarisierten Parteiensystem Sachsen-Anhalts, Opladen.
- Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), 2005: Rechtsextremistische Subkulturen, Rostock.

- Initiative für Volksaufklärung e.V. (Hrsg.), 2007: Steuergeldverschwendung im „Kampf gegen Rechts“. In: Der Greifswalder Bote, 2/2007, S. 3.
- Jesse, Eckhard, 2005: Das Auf und Ab der NPD. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 42/2005, 31-38.
- Kailitz, Steffen, 2005: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Auf dem Weg zur „Volksfront“?, Sankt Augustin.
- Landtag Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), 2007: Handbuch. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 5. Wahlperiode 2006-2011, Schwerin.
- Landtag Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), 2006a: Landtag konstituierte sich. In: Landtagsnachrichten, 7/2006, Schwerin, S. 3.
- Landtag Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), 2006b: Fraktionsfinanzen und Regeln für Mitarbeiter geändert. In: Landtagsnachrichten, 7/2006, Schwerin, S. 17.
- Langer, Kai/Lehmann, Arne, 2008: 18 Monate Populismus und Provokation. In: Mathias Brodkorb/Volker Schlotmann (Hrsg.), Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2008, 63-95.
- Leunig, Sven, 2007: Die Regierungssysteme der deutschen Länder im Vergleich, Opladen.
- Mayer, Stefan, 2006: Die DVU in Brandenburg – Ein rechtsextremistisches Erfolgsmodell? In: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden 2006, 154-170.
- Mobiles Beratungsteam für demokratische Kultur, 2006: Iagebilder rechtsextremismus frühjahr 2006, o.O.
- Müller, Tino, 2006: Offener Brief der Bürgerinitiative „Schöner und sicherer wohnen“ an Heidi Michaelis. In: Der Uecker-Randow Bote 1/2006, S. 1, 4.
- Neubacher, Bernd, 2001: Die Republikaner im baden-württembergischen Landtag – von einer rechtsextremen zu einer rechtsradikalen, etablierten Partei?, o.O.
- Niethammer, Lutz, 1969: Angepaßter Faschismus. Politische Praxis der NPD, Frankfurt am Main.
- NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), 2007a: Der Ordnungsruf, 1/2007.
- NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), 2007b: Der Ordnungsruf, 2/2007.
- NPD-Parteivorstand (Hrsg.), 2006: Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung. Argumente für Kandidaten & Funktionsträger. NPD. Die Nationalen, Berlin.

- NPD-Parteivorstand (Hrsg.), 2004: Parteiprogramm. Nationaldemokratische Partei Deutschlands, Berlin.
- NPD-Parteivorstand (Hrsg.), 2002: Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland, Berlin.
- Pfahl-Traugher, Armin, 2002: Die NPD in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. Ideologie, Strategie und Organisation. In: Claus Leggewie/Horst Meier (Hrsg.), Verbot der NPD oder mit Rechtsradikalen leben? Die Positionen, Frankfurt am Main 2002, 30-43.
- Pingel-Schliemann, Sandra/Ohse, Karl-Georg, 2007: Erntefest. Der Wahlerfolg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern. In: Regionale Arbeitsstellen für Jugendhilfe, Schule und interkulturelle Arbeit (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e.V. (Hrsg.), Rechts oben. Vorpommern als Modellregion der extremen Rechten, Neubrandenburg 2007, 11-15.
- Röpke, Andrea/Speit, Andreas (Hrsg.), 2005, Braune Kameradschaften. Die militanten Neonazis im Schatten der NPD, Berlin.
- Schlotmann, Volker, 2008: Menschenverachtende Ideologie statt politischer Willensbildung. In: Mathias Brodkorb/Volker Schlotmann (Hrsg.), Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2008, 13-24.
- Schmidt, Matthias, 1997: Die Parlamentsarbeit rechtsextremer Parteien und mögliche Gegenstrategien: eine Untersuchung am Beispiel der „Deutschen Volksunion“ im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Münster.
- Schoon, Steffen, 2006: Wählerverhalten und Strukturmuster des Parteienwettbewerbs in Mecklenburg-Vorpommern nach der Landtagswahl 2006. In: Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2006, 9-20.
- SPD-Landtagsfraktion Brandenburg, 2005: Die Deutsche Volksunion (DVU), Potsdam.
- Staud, Toralf, 2008: Enges Korsett im Parlament, freie Hand auf der Straße? In: Mathias Brodkorb/Volker Schlotmann (Hrsg.), Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2008, 27-39.
- Staud, Toralf, 2006: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Köln.
- Steglich, Henrik, 2006: Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004, Göttingen.
- Stöss, Richard, 2005: Rechtsextremismus im Wandel, Berlin.

Stöss, Richard, 1990: Die „Republikaner“. Woher sie kommen. Was sie wollen. Wer sie wählt. Was zu tun ist, Köln.

Voigt, Udo, 1999: Mit der NPO auf den Weg in das neue Jahrtausend. In: Holger Apfel (Hrsg.), Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN, Stuttgart 1999, 469-475.

7.2 Internetquellen

Altermedia Deutschland – Störtebeker-Netz (2007): http://de.altermedia.info/general/nicht-besonders-clever-oder-herr-pastors-210607_10104.html, 2. August 2007.

Blick nach rechts (2007): <http://www.bnr.de>, 5. November 2007

Der Spiegel (2007): <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,442894,00.html>, 4. November 2007.

Die Zeit (2007): <http://www.zeit.de>, 26. Juni 2007

Election.de (2008): http://www.election.de/cgi-bin/showpoll.pl?name=ltw_mv, 23. April 2008.

Endstation Rechts (2007): <http://www.endstation-rechts.de>, 8. November 2007.

Europaprogramm der NPD (2007): http://partei.npd.de/medien/pdf/Europaprogramm_Netz.pdf, 8. Mai 2007.

Initiative-Dialog (2007): http://www.inidia.de/sprache_des_rechtsextremismus.htm, 12. November 2007.

Mobiles Beratungsteam für demokratische Kultur (2006): http://www.mbt-mv.de/aktuelles/kg_npd_kandidaten.pdf, 29. April 2006.

NiP Sachsen – Nazis in den Parlamenten (2007): <http://nip.systemli.org/modules.php?op=modload&name=News&file=article&sid=21>, 25. September 2007.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) (2007): <http://www.npd.de>, 14. Juni 2007.

NPD-Blog (2007): <http://www.npd-blog.info/>, 12. Oktober 2007.

NPD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern (2007): <http://www.npd-fraktion-mv.de>, 14. November 2007.

NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (2007): <http://www.npd-mv.de>, 16. Juli 2007.

NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Aktionsprogramm zur Landtagswahl `06 (2007): http://www.npd-mv.de/medien/bilder/ltw_0620060727_aktionsprogramm.pdf, 8. Mai 2007.

Redok e. V. (2007): <http://www.redok.de/content/view/820/36/>, 26. September 2007.

SPD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern (2007): <http://www.spd-fraktion-mv.de/media/content/Gemeinsame%Erklaerung.pdf>, 30. Juli 2007.

Spiegel-Online (2007): <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,442894,00.html>, 4. November 2007.

Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern (2007): http://www.statistik-mv.de/index_lwahl.htm?/pages/txt_wahlen_2006_ergebnisse.htm, 11. September 2007.

Stern (2007): http://www.stern.de/politik/deutschland/570674.html?nv=ct_mt, 1. September 2007.

Wahlen, Wahlrecht und Wahlsysteme (2007): <http://www.wahlrecht.de>, 11. September 2007.

7.3 Zeitungen und Zeitschriften

Berliner Zeitung

Der Tagesspiegel

Deutsche Stimme

die tageszeitung

Die Zeit

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Frankfurter Rundschau

Ostsee-Zeitung

Nordkurier

Schweriner Volkszeitung

Wahlkampfzeitung der NPD Mecklenburg-Vorpommern: „Es reicht“.

Wahlkampfzeitung der NPD Mecklenburg-Vorpommern: „Weiterdenken“.

7.4 Interviews

Mathias Brodkorb (SPD) am 17. Oktober 2007

Udo Pastörs (NPD) am 24. September 2007

Peter Ritter (Linkspartei.PDS bzw. Die Linke) am 17. Oktober 2007

Michael Roolf (FDP) am 15. November 2007

Peter Stein (CDU) am 15. November 2007

8. ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
DLVH	Deutsche Liga für Volk und Heimat
DVU	Deutsche Volksunion
ECC	East Coast Corner
FDP	Freie Demokratische Partei
HDJ	Heimattreue deutsche Jugend
JN	Junge Nationaldemokraten
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
PDS	Partei des demokratischen Sozialismus
REP	Die Republikaner
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SNBP	Soziales und Nationales Bündnis Pommern
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

LAURA NIEMANN

- geb. 1981 in Berlin
- von 2001 bis 2007 Magisterstudium der Politikwissenschaft, Kunstgeschichte und Erziehungswissenschaft an der Universität Greifswald
- 2004 Aufenthalt an der „Sogndal Folkehøgskule“, Norwegen

- HEFT 1** EXEKUTIVE FÜHRERSCHAFT“ IN DER GEMEINDE?
DIE STADTVERTRETUNG WOLGAST ZWISCHEN GLEICHGÜLTIGER
GEFOLGSCHAFT UND WOHL ÜBERLEGTEM FOLGEN
(THOMAS MÜLLER, 2006)
ISBN 3-86006-259-X
- HEFT 2** UECKERMÜNDE – EIN REFUGIUM DES RECHTSEXTREMISMUS?
(BENJAMIN FISCHER, 2006)
ISBN 3-86006-264-6
- HEFT 3** DIE BERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE NPD IN KOMMUNALPARLAMENTEN
(BENJAMIN BARKOW, 2007)
ISBN 3-86006-283-2
- HEFT 4** DIE NPD IM LANDTAG VON MECKLENBURG-VORPOMMERN
IHRE PARLAMENTSARBEIT IM ERSTEN JAHR
(LAURA NIEMANN, 2008)
ISBN 3-86006-309-X